



HESSEN



1981-2006

25 Jahre Regierungspräsidium Gießen



Herausgegeben vom Regierungspräsidium Gießen
Januar 2006

Regierungspräsidium Gießen
-Pressestelle-
Landgraf-Philipp-Platz 1-7
35390 Gießen

Tel.: 0641 / 303 – 2005 (2007)
Fax: 0641 / 303 – 2008
E-mail: pressestelle@rpgi.hessen.de
www.rp-giessen.de

Redaktion: Manfred Kersten
Gestaltung: Melanie Laczynski

Eigendruck

Januar 2006

Wir danken denjenigen, die uns freundlicherweise Textbeiträge und Fotos für diese Broschüre zur Verfügung gestellt haben.

1981-2006

25 Jahre Regierungspräsidium Gießen

Vorwort des Behördenleiters

*Sehr verehrte Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Gäste und Wegbegleiter,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,*

seit 25 Jahren besteht nun das Regierungspräsidium Gießen – Anlass genug, um in einer kleinen Festschrift Rückblick zu halten, wie sich die Behörde in diesem Vierteljahrhundert entwickelt hat. Erinnerung soll dabei auch an wichtige Entscheidungen und Geschehnisse, die eng mit dem Namen des Regierungspräsidiums verknüpft sind.



Wir wollen damit auch einen Einblick in unsere breiten Aufgabenfelder und unsere Arbeit geben. Wir sind die zentrale Behörde des Landes Hessen in der Region Mittelhessen, die maßgeblich an einem in die Zukunft gerichteten öffentlichen Management der Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft, der Umwelt sowie der regionalen, aber auch der hessischen Infrastruktur mitwirkt – als Behörde, die die unterschiedlichsten – oft entgegenstehende – Belange zu einer Entscheidung bündelt.

Für unsere Bediensteten soll dies zugleich Anlass sein, auf ihre Mitwirkung an bedeutsamen Gegenwarts- und Zukunftsentscheidungen stolz zu sein und sich umso mehr mit der Behörde und ihrem Aufgabenfeld zu identifizieren. Stolz auch gerade deshalb, weil es nicht immer einfach ist, den richtigen Weg und die gerechte Abwägung zwischen unterschiedlichsten Interessen im Sinne des Gemeinwohls zu finden.

Die Anforderungen der Zukunft werden sicher nicht geringer sein als in der Vergangenheit. Wir wollen uns aber auch künftig als moderner öffentlicher Dienstleister verstehen, der in Zusammenarbeit mit unseren regionalen und hessischen Partnern und im Interesse der hier lebenden und arbeitenden Menschen handelt, wie wir es in unserem Leitbild verabredet haben.

Der Rückblick in unserer Festschrift ist bedeutsam. In den nächsten 25 Jahren aber wollen wir unsere Funktion als unverzichtbarer Partner für die Entwicklung der Region Mittelhessen und als anerkannte Fachbehörde des Landes ausbauen. Wir sind dafür gut aufgestellt und durch die ständige Modernisierung der Landesverwaltung bestens vorbereitet.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wilfried Schmied'. The signature is fluid and cursive.

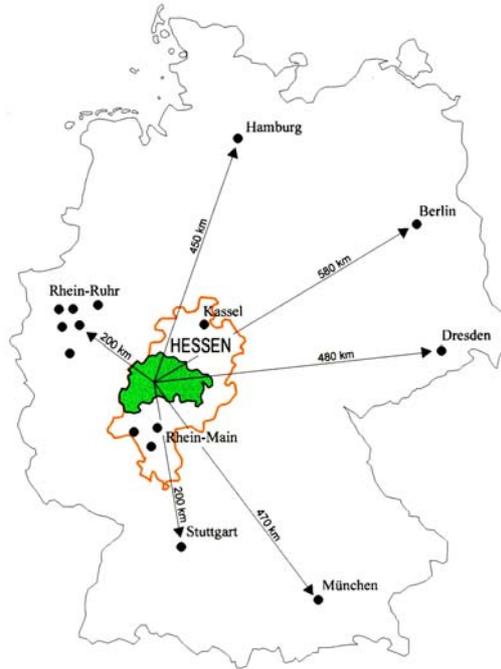
Wilfried Schmied
Regierungspräsident

Inhaltsverzeichnis

Planungsregion Mittelhessen – Lage im Raum	I
Karte von Mittelhessen	I
Grußwort des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch	II
Grußwort des Hessischen Ministers des Innern und für Sport Volker Bouffier	III
Grußwort des Gießener Oberbürgermeisters Heinz-Peter Haumann	IV
25 Jahre Regierungspräsidium	
Die Entwicklung der Behörde	1
Regierungspräsidium Gießen – erst 25 Jahre?	2
Gießen hat eine weitaus längere Tradition als Sitz der staatlichen Mittelinstanz. Von Susanne Reissmann und Manfred Kersten	2
Bildung und Errichtung des Regierungspräsidiums Gießen im Jahr 1980 Von Knut Müller, Regierungspräsident von 1981 bis 1987	3
Die Stunde „Null“ - vor 25 Jahren Von Gerd Einloft	5
Ein Blick zurück im Zeitraffer Von Jürgen Berg, Regierungsvizepräsident von 1981 bis 2000	7
Der Speyer-Preis : Eine Behörde modernisiert sich Vom Prozess einer Selbstfindung. Von Hartmut Bäumer, Regierungspräsident von 1991 bis 1999	8
Die Jahre der Reformen (2001 – 2005) Von Regierungsvizepräsident Hans-Otto Kneip	10
25 Jahre: Rück- und Ausblick Von Regierungspräsident Wilfried Schmied	11
Veränderung als Routine Meilensteine in 25 Jahren Entwicklung des Regierungspräsidiums	13
Organigramm des Regierungspräsidiums	17
Entscheidungen und Ereignisse –	
An was man sich erinnert	18
Von Großmärkten auf der „grünen Wiese“...	19
Aus Wohnbürgern werden Staatsbürger Die Einbürgerungszahlen haben sich in 25 Jahren verzehnfacht	20
Das Jahrhunderthochwasser 1984 Hochwasserschutz ist nicht erst seit der Elbe ein Thema	22
<i>Auch das gab es ... Eine Stunde Kunstunterricht, die Schlagzeilen machte</i>	24
<i>Auch das gab es ... Walkman & Co im Straßenverkehr – schon 1985 ein Thema</i>	24
<i>Auch das gab es ... Der „Kuckuck“ auf dem Dienstwagen</i>	25
Regionaler Schulterschluss Die Mittelhessenrunde und das Regionalmanagement	26
Stadtallendorf oder das Erbe des Krieges 500 Hektar Wohngebiet, Industrieflächen und Trinkwasserfördergebiet sind nach zwei Jahrzehnten Sanierung wieder voll nutzbar.	28
Um EPO gab es noch heftige Diskussionen 15 Jahre Vollzug des Gentechnikgesetzes	30

Das „Tor zum Westen“ stand für 800.000 Menschen in Gießen	
Die Zentrale Aufnahmestelle rückte 1989 ins Blickfeld der Weltpresse	31
<i>Auch das gab es ... „Orson“ – der Löwe von Hüttenberg</i>	32
Neue Akzente bei der Aufforstung	
Eineinhalb Jahrzehnte nach dem verheerenden Sturm „Wiebke“	34
Ziel: Ein „guter Zustand“ der Gewässer	
Die Renaturierung der Lahn und ihrer Nebengewässer	35
250 Anhörungsverfahren für ein funktionierendes Straßenverkehrsnetz	
Basis einer modernen Verkehrsinfrastruktur in Mittelhessen	38
Von „Kultur am Fluss“ bis „grenzenlos“	
60 Gemeinden machen jedes Jahr beim Mittelhessischen Kultursommer mit	39
<i>Auch das gab es ... Eine Airbus-Entführung und ein RP-Dementi</i>	41
Schutz und Nutzung der Lahnaue	
Beispiel erfolgreicher Kooperation zwischen Bürgern und Behörden	41
Mit 280 km/h durch den „Goldenen Grund“	
Das Raumordnungsverfahren für die ICE-Neubaustrecke war ein Paradestück erfolgreicher Bündelung	43
Erfolgsstory Lahn-Radwanderweg	
Einer der beliebtesten Radfernwege Deutschlands	44
Der Lachs kehrt zurück	
10 Jahre Lachsbesatz im Lahnsystem	45
Schnelle Genehmigungsverfahren – ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft	47
<i>Auch das gab es ... Ein krähender Hahn... ..und ein salomonisches Urteil der RP-Bauristen</i>	49
Die Lahn – Bootswandern im Mittelgebirge	
Paradefall einer naturverträglichen „Steuerung durch Angebote statt Verbote“	50
In Mittelhessen stehen 240 Windkraftanlagen	51
Das RP als Fabrikbesitzer	
In Alsfeld ging es um den Erhalt von 70 Arbeitsplätzen	52
Maul- und Klauenseucheverdacht in Mittelhessen	53
Von der Deponierung zur Wiederverwertung	
Nach 25 Jahren landen nur noch 8% des Hausmülls auf Deponien	55
Gesundes Futter - gesunde Tiere - gesunde Lebensmittel Vorbeugender Verbraucherschutz bei Erzeugern, Verarbeitern und Großhandel	56
Beratung, Aufsicht und Unterstützung neuer Ideen	
Der Heimaufsicht geht es um angemessene Lebensbedingungen in den Heimen	57
Der Verein MitteHessen stellt sich vor:	
Mittelhessen – wir wachsen zusammen!	58
NATURA 2000 - Europäisches Naturerbe in Mittelhessen	61
Trinkwasser für Rhein-Main...	
...oder der mühsame Weg zu einer Umwelt schonenden Wassergewinnung im Vogelsberg	63
Pro Jahr 2.700 Lufttretungen	64
86 Betriebe unterliegen heute noch der Bergaufsicht	
Eine Behörde mit außergewöhnlich langer Tradition	64
Zahlen und Daten zum Regierungsbezirk Gießen	66

Planungsregion Mittelhessen – Lage im Raum



Karte von Mittelhessen



Grußwort des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch

zum 25jährigen Jubiläum des Regierungspräsidiums Gießen

Kein demokratischer Staat kann auf eine verfassungstreue, kompetente und effiziente Verwaltung verzichten. Sie sorgt dafür, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich entwickeln können. Ich freue mich, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Regierungspräsidiums Gießen sowie allen Menschen, die in seinem Regierungsbezirk leben, zum 25jährigen Jubiläum dieser Behörde meine herzlichen Grüße übermitteln zu können.



„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ – So beginnt Artikel 20 des Grundgesetzes. Der Artikel beschreibt wesentliche Elemente der verfassungsmäßigen Ordnung und bildet als Grundnorm die Legitimationsgrundlage auch des Handelns der Exekutive. Zusammen mit der Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht in Absatz 3 des Artikels 20 bestimmt unsere Verfassung damit grundlegende Anforderungen an das Handeln der Verwaltung und jedes ihrer Angehörigen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Gießen verfügen wie die Beschäftigten der anderen Behörden des Landes und der Kommunen über hohes fachliches Können. Sie erfüllen ihre Aufgaben in unserem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat kompetent und engagiert. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf sie verlassen.

Dabei ist allen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bewusst, dass sich die Anforderungen, die an sie gestellt werden, stetig wandeln. Das Land Hessen antwortet auf diesen Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft nicht zuletzt mit einer umfassenden Reform der Verwaltung. Es geht um Aufgabenabbau und Privatisierung, um Verfahrensbeschleunigung und Vorschriftenabbau, um e-Government, neue Verwaltungssteuerung und modernes Rechnungswesen. Wichtige Ziele haben wir bereits erreicht. So konnten zum Beispiel zahlreiche Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen in Hessen außer Kraft gesetzt werden.

Ziel der Reform ist es, die Verwaltung für die Zukunft zu rüsten. Denn das Land Hessen und seine Bürgerinnen und Bürger möchten auch künftig einer guten, international angesehenen Verwaltung vertrauen. Das Regierungspräsidium Gießen hat in den vergangenen 25 Jahren das Seine getan, um die staatliche Ordnung in unserem Land zu gestalten und mit Leben zu erfüllen. Ich bin zuversichtlich, dass es diese Leistung auch künftig erfolgreich erbringen wird. Dafür wünsche ich dem Regierungspräsidium und seinen Beschäftigten alles Gute.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Roland Koch', written in a cursive style.

Roland Koch
Hessischer Ministerpräsident

Grußwort des Hessischen Ministers des Innern und für Sport Volker Bouffier

zum 25jährigen Jubiläum des Regierungspräsidiums Gießen

25 Jahre Regierungspräsidium Gießen – das bedeutet 25 Jahre Einsatz für die Belange des mittelhessischen Raumes.

Das jüngste hessische Regierungspräsidium ist seit seiner Gründung zum 1. Januar 1981 erfolgreicher Mittler zwischen den Ministerien, den nachgeordneten Behörden und den kommunalen Interessen und ist inzwischen in der Region Mittelhessen fest verankert.



Aus der Bündelungsfunktion der Behörde – die Zusammenfassung unterschiedlicher Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten in einer Hand, die wichtige Koordinierung zwischen Landespolitik und regionalen Bedürfnissen, die Beratungs- und Kontrollfunktion und das Erfordernis von sachgerechten und ausgewogenen Lösungen – wird deutlich, dass es neben den Regierungspräsidien keine andere Dienststelle im Verwaltungsaufbau des Landes Hessen gibt, in der so viele unterschiedliche Bereiche der öffentlichen Verwaltung bearbeitet werden. Die Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre haben gezeigt, dass das Regierungspräsidium Gießen als regionale Instanz bei der Zusammenführung der unterschiedlichen Verwaltungsbereiche und der effektiven Aufgabenerledigung – nicht zuletzt auch im Sinne der allseits geforderten „Kundenorientierung“ zugunsten der Bürger – unentbehrlich ist.

Kontinuität und zugleich Veränderung bestimmen unser tägliches Leben. Erfolgreiche Arbeit und eine bewährte Praxis bedeuten deshalb keinesfalls, dass nicht weitere Möglichkeiten der Optimierung gefunden werden. Die Hessische Landesregierung hat dazu - in enger Zusammenarbeit mit allen drei Regierungspräsidien – eine Reihe wichtiger Maßnahmen zur Konzentration und Aufgabenoptimierung bei den Regierungspräsidien in die Wege geleitet. Dabei sind sich alle einig, dass damit der Auftrag einer ständigen Aufgabenkritik keineswegs abgeschlossen ist. 25 Jahre Regierungspräsidium Gießen, die in dieser Festschrift umfassend gewürdigt werden, sind ein Grund zum Innehalten und Feiern, sie sind aber auch Herausforderung, den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Dazu wünsche ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Tatkraft, Engagement, Innovationsbereitschaft und Kreativität, um dieses Ziel in die Tat umzusetzen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Volker Bouffier'. The signature is fluid and cursive.

Volker Bouffier
Staatsminister des Innern und für Sport

Grußwort des Gießener Oberbürgermeisters Heinz-Peter Haumann



Seit einem Vierteljahrhundert nimmt das Regierungspräsidium Gießen seine Aufgaben als Mittelinstanzbehörde wahr. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich im Namen des Magistrats.

Die Universitätsstadt Gießen ist nicht nur der Sitz des mittelhessischen RP, sie ist als Oberzentrum auch ein bedeutender Standort für Wirtschaft und Handel. Als Sitz von Universität und Fachhochschule sowie zahlreicher Landesbehörden ist Gießen zudem eine Stadt der Verwaltung.

Das Regierungspräsidium trägt wesentlich dazu bei, den traditionsreichen Verwaltungsstandort zu stärken. Das Regierungspräsidium als Teil der Landesverwaltung schafft Arbeitsplätze und prägt als Genehmigungsbehörde oder als Aufsichtsbehörde das Image einer modernen Verwaltung.

Doch das Regierungspräsidium ist viel mehr als das. Es stiftet mittelhessische Identität. Naturgemäß vertritt die Behörde die mittelhessischen Interessen im Land und die Landesinteressen in Mittelhessen.

Ausgehend von der Mittelhessenrunde hat es gerade der amtierende Regierungspräsident verstanden, die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise in der Region zusammenzubringen; daneben weitere Institutionen und die Wirtschaft. Der Verein MitteHessen und das Regionalmanagement stärken nachhaltig die Region Mittelhessen als Standort von Verwaltung, Wirtschaft sowie Forschung und Lehre.

Dass Mittelhessen aufgeholt hat, in manchen Bereichen sogar landesweit Akzente setzt, ist ein Ergebnis des gewachsenen Zusammengehörigkeitsgefühls und der daraus entstandenen Kooperation.

In diesem Sinne wünsche ich dem RP Gießen als unserer „regionalen mittelhessischen Behörde“ ein herzliches Glückauf!

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'H.-P. Haumann'. The signature is fluid and cursive, written on a white background.

Heinz-Peter Haumann
Oberbürgermeister

25 Jahre Regierungspräsidium Die Entwicklung der Behörde

Regierungspräsidium Gießen – erst 25 Jahre?

Gießen hat eine weitaus längere Tradition als Sitz der staatlichen Mittelinstanz.

Von Susanne Reissmann und Manfred Kersten

Die Frage „Erst 25 Jahre?“ ist in der Tat berechtigt. Zwar ist die Geschichte des mittelhessischen Raums geprägt von vielen Wechseln zwischen Herrschaft und Zugehörigkeit, und es bieten sich nur wenige Konstanten. Eine davon ist, dass die Universitätsstadt Gießen eine lange Tradition als Sitz einer Mittelbehörde hat: schon seit 1604 war Gießen Hauptstadt und Verwaltungsmittelpunkt der Provinz Oberhessen – bis 1937. Zwischen den jeweils unterschiedlich benannten Mittelinstanzen und dem heutigen Regierungspräsidium gibt es durchaus funktionale Parallelen. Denn etwa mit der „Aufsicht über die milden Stiftungen der Provinz, die Dislokation der Gendarmen oder die Anordnung gesundheitspolizeilicher Maßregeln, die über den Bereich des Kreises hinausgehen“ nahmen die Provinzialregierungen kreisübergreifende staatliche Aufgaben wahr. Tatsächlich reicht also die Geschichte einer staatlichen Mittelinstanz in Gießen deutlich weiter zurück als ein Vierteljahrhundert!

Das Mittelhessen, wie wir es heute kennen, gehörte in früheren Jahrhunderten zu vielen unterschiedlichen Territorialstaaten. Neben nassauischen Territorien gab es etwa noch die solmsischen, die mainzischen und vor allem die hessischen Landesteile, hier besonders Oberhessen. Nachdem Landgraf Ludwig IV. von Hessen-Marburg im Jahr 1604 ohne Nachkommen verstarb, wurde Hessen-Marburg (d. h. Oberhessen) seinem letzten Willen entsprechend geteilt. Die Residenz- und Universitätsstadt Marburg und der Norden der Landgrafschaft gingen an seinen Neffen Moritz von Hessen-Kassel. Der Süden hingegen mit der Festungsstadt Gießen als neuem Zentrum fiel an den Neffen Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt. Dessen Sohn, Landgraf Ludwig V. von Hessen-Darmstadt, gründete 1607 in Gießen eine Universität als Gegenpol zur etwas älteren Marburger Universität. Nach dem blutigen „Hessenkrieg“ (1645 – 1648) am Ende des 30-jährigen Krieges verfestigte sich diese Teilung Oberhessens in das zu Hessen-Kassel gehörende, nun kleinere „Marburger Oberhessen“ und das um das Hinterland vergrößerte „Gießener Oberhessen“ als Teil der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, aufgewertet durch weitere Verwaltungsfunktionen. Auch während und nach der napoleonischen Herrschaft blieben Gießen und Marburg oberhessische Provinzhauptstädte – Marburg allerdings nur bis 1866, als Kurhessen (Hessen-Kassel) preußisch wurde.



1821 folgte unter Kurfürst Wilhelm eine Neuorganisation der kurhessischen Provinzen. Marburg auf der einen Seite erhielt als Provinzhauptstadt und Sitz der Landesuniversität eine Regierung und ein Obergericht. Diese kurhessische Provinz setzte sich aus den Kreisen Marburg, Frankenberg, Kirchhain und Ziegenhain mit 107.932 Einwohnern (1827) zusammen. In der zum Großherzogtum Hessen gehörigen Provinz Oberhessen (Kreise Gießen, Biedenkopf, Alsfeld, Lauterbach, Schlitz, Grünberg, Hungen, Schotten, Friedberg, Nidda, Büdingen und Vilbel) lebten 1828 271.642 Menschen. Die Provinzialhauptstadt Gießen war weiterhin Sitz einer Provinzialregierung, oberer Gerichts-, Schul- und Kirchenbehörden mittelinstanzlichen Charakters, zudem einer Landesuniversität und ein Landesgymnasiums.

1832 gab es weitere Veränderungen: Mit dem Edikt vom 06. Juni 1832 über „die Organisation der dem Ministerium des Innern und der Justiz untergeordneten Regierungsbehörden“ wurde die Auflösung der Provinzialregierungen Starkenburg und Oberhessen sowie – neben neuer Kreiseinteilung - der rein staatlichen Landratsbezirke entschieden. In einigen Bereichen (z. B. Polizei) blieb eine „provinzialische Zuständigkeit“ erhalten, die die Kreisräte der bisherigen Provinzhauptstädte Darmstadt und Gießen unter dem Titel „Provinzialkommissär“ wahrnahmen.

Im Revolutionsjahr 1848 wurde Hessen-Darmstadt in zehn Regierungsbezirke eingeteilt. Die bürokratisch verwalteten Kreisämter wurden durch kollegialisch organisierte Regierungskommissionen ersetzt, wobei die in der Hauptstadt Gießen übergeordnete Funktionen behielt. 1852 wurde die frühere Kreiseinteilung wieder hergestellt, und durch Edikt vom 12. November 1860 wurden nunmehr Provinzialdirektionen eingesetzt und mit neuen Kompetenzen ausgestattet; die in der Hauptstadt Gießen stand den anderen oberhessischen Kreisräten vor. Das „Gesetz betr. die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und der Provinzen“ aus dem Jahr 1874 machte

schließlich aus den Kreisen Selbstverwaltungskörperschaften, ein Verwaltungsaufbau, der in dieser Form Jahrzehnte bestehen blieb. Erst 1937 wurden die drei darmstädtischen Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen per Gesetz als „staatliche Verwaltungsbehörde“ und „öffentliche Gebietskörperschaften mit dem Recht der Selbstverwaltung“ abgeschafft, somit auch die Mittelinstanz in Gießen.

Nach 1945 gehörte das heutige Mittelhessen zunächst zu den Regierungsbezirken Darmstadt, Wiesbaden und Kassel, ab 1968 (Auflösung RP Wiesbaden) zu Darmstadt und Kassel. Erst 1981 wird mit der Errichtung des Regierungspräsidiums in Gießen - aus strukturpolitischen Gründen - wieder an einer alten Tradition angeknüpft, jetzt aber auch Marburg, das schon früh preußisch gewordene Wetzlar und das nassauische Dillenburg, Limburg und Weilburg umfassend, allerdings nicht mehr den heutigen Wetteraukreis, deren Provinzhauptstadt über lange Zeit Gießen war.

Für ihre freundliche Unterstützung danken wir Dr. Klaus-Dieter Rack, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Dr. Ludwig Brake, Stadtarchiv der Universitätsstadt Gießen, und Jürgen Dauernheim, Gießen.

Bildung und Errichtung des Regierungspräsidiums Gießen im Jahr 1980

Von Knut Müller, Regierungspräsident von 1981 bis 1987

A. Als sich Anfang März 1980 unter meiner Leitung als Beauftragter der Landesregierung ein Aufbaustab mit 12 Mitarbeitern in Gießen an die Arbeit machte, hatte der Landtag das Gesetz für die Errichtung der Behörde noch nicht verabschiedet. Allerdings hatte der Landtag mit dem Haushalt 1980 die erforderlichen Stellen für die Vorarbeiten vor Ort geschaffen. Weitere Grundlage für unsere Tätigkeit war die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1978, in welcher Ministerpräsident Börner die Absicht der nach der Landtagswahl aus SPD und FDP gebildeten Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen zur Neuorganisation der staatlichen Mittelinstanz und der Landesplanung bekannt gab. Zu den beiden Regierungspräsidien in Darmstadt und Kassel sollte der Regierungspräsident in Gießen hinzutreten. Gleichzeitig sollten die bisherigen regionalen Planungsgemeinschaften in die staatliche Mittelinstanz eingegliedert werden. Beiden Absichten war die CDU-Fraktion als damalige Opposition im Landtag mit Nachdruck entgegen getreten. Diese Ablehnung hielt – unterstützt von großen Teilen der Medien – noch bis Mitte der 80iger Jahre an.



Ungeachtet der rechtlichen Unsicherheit und der anhaltenden kritischen Begleitung in der Öffentlichkeit machten sich die Mitglieder des Stabes mit Feuereifer an die Arbeit und schufen entgegen manchen Besorgnissen in wenigen Monaten die räumlichen und personellen Voraussetzungen für den stufenweisen Aufbau der Behörde. Bei seiner Tätigkeit konnte sich der Aufbaustab auf die gründliche Vorarbeit von Arbeitsgruppen des hessischen Innenministeriums stützen. Zahlreiche Probleme, insbesondere Fragen der Unterbringung der Behörde in mehreren Liegenschaften und weit gehend auch die Personalauswahl, konnten aber nur vor Ort gelöst werden. Dies gelang dank des großen Einsatzes und der Sachkunde aller Mitglieder des Stabes. Bei Inkrafttreten des Gesetzes am 01. Januar 1981 war die Aufbauarbeit nahezu abgeschlossen. Die Behörde hatte sogar Anfang Oktober mit einer ersten Stufe schon ihre praktische Arbeit für die Region begonnen.

B. Angesichts der reibungslosen Arbeit des Aufbaustabes konnte ich mich bis Ende 1980 darauf konzentrieren, das Gespräch mit allen wichtigen Institutionen der Region aufzunehmen und mich dabei aber auch in manchen Gesprächen mit den Medien in Mittelhessen der vielfältigen Kritik an der Errichtung des Regierungspräsidiums Gießen zu stellen. Insgesamt war die Aufnahme in der Region durchaus freundlich und interessiert. Einige Punkte der damals vorgetragenen Kritik an einer weiteren Behörde verdienen es auch heute noch, festgehalten zu werden.

- Nach der Auflösung des Regierungspräsidiums Wiesbaden vor einem Jahrzehnt, die vielfach als erste Stufe für die Abschaffung der Regierungspräsidien in Hessen insgesamt verstanden worden sei, erscheine die Schaffung einer Mittelinstanz für Mittelhessen als widersprüchlich. Dem konnte ich entgegenhalten, dass die Diskussion über die Existenzberechtigung der Regierungspräsidien seitdem weitergegangen sei und in Wissenschaft und Praxis diese Einrichtung für größere Flächenländer als unverzichtbar angesehen werde. Insofern konnte ich besonders auf den einmütig verabschiedeten Mittelinstanzbericht der Innenministerkonferenz von 1973 verweisen. Die weitere Entwicklung bis heute zeigt allerdings, dass diese Frage nicht zur Ruhe kommt. Noch aus Anlass seines 60jährigen Jubiläums musste sich in diesen Tagen das Regierungspräsidium Darmstadt die Frage seiner Existenzberechtigung gefallen lassen (Frankfurter Rundschau vom 04.11.2005). Beruhigend ist nur, dass der befragte Wissenschaftler, Prof. Scholich, ebenso wie schon Frido Wagner vor 25 Jahren, einen ersatzlosen Verzicht auf den RP als regionale Bündelungsbehörde mit Koordinierungsfunktion für undenkbar hält. Wer in Hessen die RPs abschaffen wolle, müsse zwischen Land und Kommunen eine neue regionale Verwaltungsstruktur schaffen.
- Besonders kritisch bewertet wurde bei den kommunalen Gebietskörperschaften nicht nur in Mittelhessen sowie bei den in ihrer Existenz betroffenen Regionalen Planungsgemeinschaften die Absicht der Landesregierung, den Regierungspräsidien die Aufgabe der Regionalplanung zu übertragen. Die vielfach geäußerte Sorge, das monokratisch organisierte Regierungspräsidium sei für eine derartige Aufgabe ungeeignet, Raum für kreatives Handeln werde dort nicht gegeben sein und der unverzichtbar erscheinende Einfluss der Gebietskörperschaften gehe verloren, konnte mit dem Verweis auf die geplante Regelung über die regionale Planungsversammlung, durch welche der kommunale Einfluss gesichert werde, sowie die Vorzüge der Zusammenführung von Planung und Planungsvollzug in vielen Gesprächen nicht völlig entkräftet werden. Nur die praktische Handhabung des Gesetzes durch die Regierungspräsidien konnte helfen, diese Bedenken zu zerstreuen. Rückblickend lässt sich sagen, die Aufstellung der Regionalen Raumordnungspläne nunmehr auf Bezirksebene durch die dort neu geschaffenen Abteilungen für Regionalplanung (gebildet aus den erfahrenen und qualifizierten Mitarbeitern der bisherigen Planungsgemeinschaften) bei den drei staatlichen Mittelbehörden in Hessen unter maßgeblicher Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften dürfte alle Skeptiker widerlegt haben.
- Schwer zu entkräften schien auch das Argument, das künftige Regierungspräsidium sei als staatliche Aufsichtsbehörde mit der Aufgabe, den historisch zersplitterten mittelhessischen Raum zu integrieren, überfordert. Von Anfang an war aber allen Beteiligten klar, es erfordere einen langen Atem, um in einem solchen Raum, der bisher über keinerlei einheitliche Institutionen verfüge, in den als Folge der historischen Entwicklung beispielsweise drei katholische Bistümer und drei evangelische Landeskirchen hineinragen, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu entwickeln. Als kleinen Beitrag hierzu konnte man zunächst nur die Planungsversammlung mit Vertretern aus allen Teilen des Regierungsbezirks nutzen. Weitere Ansätze hier waren aber unverzichtbar, wollte man dem Ziel der Integration näher kommen. Die Suche danach verlief aber wenig Erfolg versprechend. So zeigten die Gespräche mit den für den Bezirk zuständigen Kammern rasch, dass deren Organisation zunächst tabu war. Dies war angesichts der mittelständisch geprägten wirtschaftlichen Struktur des Raumes beim Handwerk besonders bedauerlich. Die bisher für Mittelhessen zuständigen Handwerkskammern lagen weit von der Region entfernt in Kassel und in Wiesbaden. Auch mein Vorstoß beim damals verantwortlichen Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry machte mir rasch klar, dass von der Landesregierung keine Initiative zur Bildung einer Handwerkskammer in und für Mittelhessen zu erwarten war. Mein Verweis darauf, dass in der Bundesrepublik ganz überwiegend die Grenzen der Handwerkskammern und der Regierungsbezirke deckungsgleich seien, blieb wirkungslos. Angesichts dessen habe ich völlig darauf verzichtet, eine öffentliche Diskussion zu dieser Frage anzustoßen. Noch heute meine ich, es täte der Vertretung der Interessen des Handwerks und der nötigen Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium, das im Bereich des Handwerks gewichtige Zuständigkeiten hat, gut, wenn es eine Handwerkskammer Mittelhessen gäbe. Ähnliches gilt, wenn auch weniger ausgeprägt, auch für die Industrie- und Handelskammern im Bezirk.

Rückblickend darf man es eine gute Entscheidung der zweiten Regierung Börner nennen, dass sie ungeachtet aller Einwände im Interesse der Stärkung der Region Mittelhessen an der Schaffung des Regierungspräsidiums festgehalten hat.

Die Stunde „Null“ - vor 25 Jahren

Von Gerd Einloft

Es ist der 3. März 1980 um 6.45 Uhr und noch dämmerig. Ich betrete den Innenhof hinter dem Gebäude Ludwigstr. 8 in Gießen. Das Gebäude ist ein älteres Wohnhaus mit zwei Etagen und Dachgeschoss. Ich bin aufgeregt. Immerhin beginnt heute eine neue Phase meines Lebens mit vielen Unbekannten.

Als ich in den Hof einbiege, sehe ich, dass dort schon sechs Leute stehen: ein älterer Mann, zwei junge Männer und drei junge Frauen. Einige davon hatte ich schon beim Vorstellungstermin kurz kennen gelernt. Wir begrüßen uns. Ein anderer junger Mann sei gerade dabei, den Schlüssel für die Eingangstür zu holen, höre ich. Wir treten von einem Fuß auf den anderen. Zaghafte beginnt ein Gespräch - natürlich allgemein, vorsichtig, abtastend.



Da - jetzt kommt der junge Mann mit dem Schlüssel. Er ist hektisch und erzählt, während er aufschließt, bruchstückhaft von den Schwierigkeiten, die er hatte, den Schlüssel zu bekommen. Wir tasten uns durch ein dunkles enges Treppenhaus eine Etage höher und stehen vor einer einfachen Flureingangstür mit einem provisorischen Türschild aus Pappe. Der junge Mann hantiert wieder mit seinem Schlüsselbund. Endlich hat er den passenden Schlüssel gefunden.

Als die Tür aufgeht, strömen wir in eine leere 5-Zimmer-Wohnung. Jeder läuft neugierig von Zimmer zu Zimmer, bis wir uns letztlich in einem Raum treffen, der vollgestellt ist mit Rollladenschreibtischen, Rollladenschränken (Eichekunststoffdekor), Drehstühlen, einer elektrischen Schreibmaschine Triumph-Adler, einer elektrischen IBM-Kugelpkopfschreibmaschine plus Kunststoffpapierkörben gefüllt mit Schreibutensilien. Nach kurzem Kriegsrat beginnen wir damit, das Mobiliar zu verteilen. Inzwischen ist auch klar geworden, dass das 2. Obergeschoss dazugehört. Pullover werden ausgezogen, Ärmel hochgekrempelt, Möbel geschleppt und die Räume hergerichtet. Der beige, viel zu tiefe Teppichboden wirft Wellen und man muss aufpassen, um nicht zu stürzen.

In die Hektik hinein öffnet sich die Tür und zwei Herren treten ein: ein schlanker dunkelhaariger Herr im Anzug mit fetteten, streng gekämmten Haaren, einer vornehmen bis strengen Mimik und ein eleganter Mittdreißiger, ebenfalls im Anzug. „Guten Morgen!“ schallt es in einer festen sonoren Stimme durch die Räume. „Der Knut kommt“, raunt mir mein Gegenüber zu, mit dem ich gerade einen Schreibtisch von Raum A nach Raum B wuchte. Knuts Begleiter ist wohl sein Adlatus. Wie es sich kurz darauf herausstellt, heißt er Björn Christian Stein und kommt - wie Polizeipräsident Knut Müller - vom Polizeipräsidium Frankfurt. Respektvoll und ein wenig ängstlich blicke ich in die Richtung, aus der das „Guten Morgen“ kam. Wir halten aber nur kurz inne und schleppen dann weiter. Immerhin will jeder so schnell wie möglich seinen Arbeitsplatz in Besitz nehmen. So gegen 11.00 Uhr ist es geschafft.

Ich sitze mit Bernd Kinzler zusammen in einem engen Zimmer. Bernd ist der Mann, der den Schlüssel geholt hatte. Er ist vielleicht zehn Jahre älter als ich, freundlich, aber resolut. Wir beide sind die „Sachbearbeiter Organisation“. Ulf Siegmund wird für den „Haushalt“ und Wolfgang Wagner für „Personal“ zuständig sein. Wolfgang ist nur wenig älter als ich, groß und schlank, ziemlich ruhig, fast schüchtern. Ulf ist wahrscheinlich etwas jünger als Bernd. Man sieht ihm sein freundliches Wesen auf den ersten Blick an. Ich verstehe mich mit ihnen sofort gut. Mit meinen 25 Jahren bin ich der Benjamin im Männer-Quartett. Die drei jungen Damen - Gabi Wolf, Petra Mattern und Marianne Tröller - sind ebenfalls sehr nett.

Johannes Gerbig und Björn-Christian Stein gehören dem „höheren Dienst“ an und sind unsere Chefs. Herr Gerbig ist Dezernatsleiter für den Bereich Haushalt und Personal, Herr Stein für den Bereich Organisation.

Über allem thront Knut Müller, der ehemalige Frankfurter Polizeipräsident. Sein Auftreten ist Respekt einflößend, distanziert, eine wirklich imposante Persönlichkeit, kein Zweifel - der Gründungspräsident.

Die jungen Damen sind in Herrn Müllers Auftrag und mit seinem Geld losgezogen, um belegte Brötchen zu organisieren. Wir Männer holen im Geschäft nebenan einige Getränke.

Dann findet eine erste Personalversammlung statt. Der Gründungspräsident hält eine kurze Begrüßungsrede und skizziert die Ziele unserer künftigen Arbeit. Eine Vorstellungsrunde schließt sich an, bevor wir uns über Brötchen und Getränke hermachen. Das Ganze dauert aber nicht sehr lange, weil sich jeder so schnell wie möglich „konstituieren“ will.

Ich kann es immer noch nicht fassen: ist dieser kleine Haufen wirklich der Aufbaustab zur Errichtung des Regierungspräsidiums Gießen? Werden so wenige, zusammengewürfelte Personen es wirklich schaffen, eine so große Behörde aus der Taufe zu heben?

Seit diesem Vormittag sind jetzt 25 Jahre vergangen. Aus den zehn Leuten der ersten Stunden ist inzwischen eine Behörde von rund 900 Bediensteten entstanden. Nach turbulenten Aufbaujahren und insgesamt 17jähriger Arbeit in der Organisation der Behörde erfüllte sich für mich in 1997 der Wunschtraum einer heimatnäheren Umsetzung in die Umweltabteilung nach Marburg. Ich erfuhr dort eine so enge Kollegialität und Erfüllung in der Arbeit, wie ich sie seit langer Zeit nicht mehr erlebt hatte. Dafür bin ich sehr dankbar!

Meine Erfahrungen in 25 Jahren bei dieser Behörde waren vor allem geprägt von den Menschen, mit denen ich zusammenarbeitete und von den unterschiedlichen Aufgaben.

„I have a dream.“ Den Traum, den Martin Luther King von einer brüderlichen, gewaltlosen Gesellschaft ohne Rassentrennung träumte, träumte ich von einer Behörde, in der Kollegialität und Freundschaft groß und Hierarchien klein geschrieben werden, in der man sich mit seinen Aufgaben, den Vorgesetzten und mit der Behörde als Ganzes uneingeschränkt identifizieren kann.

Im Rückblick auf die Zeit vor 25 Jahren kann ich mich nostalgischer Gefühle nicht erwehren. Und ich habe nicht aufgehört zu träumen ...



Der erste Betriebsausflug des (erweiterten) Aufbaustabs 1980.

Ein Blick zurück im Zeitraffer

Von Jürgen Berg, Regierungsvizepräsident von 1981 bis 2000



Am Anfang standen Pläne. Lange bevor die Behörde des Regierungspräsidiums in Gießen im Januar 1981 offiziell gegründet wurde, existierte sie bereits in abstrakter Form in den Vorstellungen ihrer Gründer. Sie war – quasi „am Reißbrett“ – entwickelt worden und hatte ihren Niederschlag in Organisations-, Stellen- und Unterbringungsplänen gefunden. Diese galt es jetzt nur noch umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Aus der Retrospektive gesehen, wirkt das Wörtchen „nur“ allerdings eher verniedlichend, denn der Übergang von einem abstrakten Planungsmodell hin zu einer funktionierenden Behörde war ein langer und steiniger Weg.

Mit der Überstellung des Aktenmaterials von den Schwesterbehörden waren die Aufgaben da, aber lange noch nicht das Personal, welches sie auch mit Sach- und Fachkunde bearbeiten konnte. Die geplanten Versetzungen von den Schwesterbehörden in Darmstadt und Kassel nach Gießen erfolgten nicht immer so zügig, wie wir uns das vorgestellt hatten. Die Besetzung der übertragenen offenen Planstellen und Stellen war zeitaufwändig.

Keine Frage: Für das Personaldezernat und alle dort Beschäftigten bedeutete das monatelange Schwerstarbeit. Aber es hat funktioniert. Immer mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fanden sich unter unserem Dach zusammen und nahmen ihre Arbeit auf. Dabei ist der Begriff „Dach“ allerdings relativ zu sehen, denn genauer gesagt, waren es ja viele „Dächer.“ Wer geglaubt hatte, sich ins „gemachte Nest“ setzen zu können, sah sich getäuscht.

Die weiter wachsende Behörde war in zahllosen, über die ganze Stadt verteilten Liegenschaften untergebracht. Allerdings schien Abhilfe in Sicht zu sein. Das Land Hessen wollte an der Peripherie Gießens ein neues, zeitgerechtes Bürogebäude errichten, in dem die ganze Behörde konzentriert werden sollte. Behördenleitung und Organisationsdezernat nutzten die Chance, sich intensiv in den Planungsprozess einzubringen. Für das schnelle Zusammenwachsen der neuen Behörde wäre das geplante Dienstgebäude ein ganz wichtiger Schritt gewesen. Leider konnten die Blütenräume dann doch nicht reifen. Die Hessische Landesregierung sah sich schließlich gezwungen, die Bauplanungen aufzugeben, da die notwendigen finanziellen Mittel nicht in den Investitionshaushalt eingestellt werden konnten. Für uns war das ein früher und deutlicher Hinweis: Die „fetten Jahre“ waren vorbei! Als Alternative blieb der Versuch, die Behörde gleichwohl durch den Erwerb größerer Liegenschaften zu konzentrieren, was schließlich ja auch gelang.

Nachdem die Gründung des Regierungspräsidiums abgeschlossen werden konnte, die Aufbauorganisation also „stand“, schloss sich eine Zeit an, die als „Optimierungsphase“ bezeichnet werden kann. Einige organisatorische und personelle Entscheidungen hatten sich als nicht ganz optimal herausgestellt und mussten jetzt korrigiert werden.

Zu einem wesentlichen Schwerpunkt der Führungsarbeit wurde nun jedoch die Aufgabe, die Ablauforganisation der Behörde, insbesondere die organisatorische Zusammenarbeit der Fachabteilungen zu optimieren und damit das enorme Fachwissen, das in den einzelnen Organisationseinheiten der Behörde vorhanden war und ist, zum Tragen zu bringen. Es war logische Folge, dass der Schlüsselbegriff der Bündelungsfunktion, die Regierungspräsidien zu leisten haben, durch zielgerichtete Führungsarbeit immer stärker ins Blickfeld rückte. Nur so konnte dieser spezielle Behördentypus bewusst entwickelt werden, um einen Beitrag zur Profilierung der „schwierigen“ Region Mittelhessen leisten zu können.

Einfach war dieser Prozess nicht. Wie auch? Unser Personal kam von verschiedenen Landes- und Bundesbehörden, aus der freien Wirtschaft und von Verbandsorganisationen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten sich erst kennen lernen, zusammenfinden, das „Wir-Gefühl“ gezielt gefördert werden. Diese Bemühungen um die Entwicklung einer zeitgemäßen Behördenkultur waren vor diesem Hintergrund nicht modischer „Schnickschnack“, sondern schiere Notwendigkeit.

Später begannen sich immer stärker die Anzeichen zu häufen, dass eine tiefe Zäsur der Hessischen Landesverwaltung in der Luft lag. Wir in Gießen hatten bereits recht früh ein gewisses Sensorium für die sich abzeichnenden Änderungen entwickelt.

Nicht nur die zu den Akten gelegten Bauplanungen bewirkten dies, sondern auch andere alarmierende Anzeichen. Bereits fest zugesagte Planstellen und Stellenhebungen kamen einfach nicht mehr an, was die Personalbewirtschaftung und die optimale Aufgabenerledigung zunehmend erschwerte.

Bei der Personalführung zeigte sich mehr und mehr ein gravierendes Manko. Häufig gab es – auch mittel- und langfristig nicht – keine Möglichkeit, selbst den leistungsstärksten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine angemessene berufliche Entwicklungsmöglichkeit eröffnen zu können. Zur Herausbildung des erwähnten Sensoriums hatte noch eine andere Entwicklung in hohem Maße beigetragen: die Kritik.

Kritik hatte das Regierungspräsidium Gießen bereits begleitet, als seine Entstehung geplant wurde. Berufene, meist jedoch Unberufene, meinten sich später an der Behörde reiben zu müssen, oftmals nur deshalb, weil sie glaubten, einen geeigneten Blitzableiter für eigene Versäumnisse gefunden zu haben. Diese – meist unberechtigte – Kritik ärgerte und frustrierte unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sensibilisierte andererseits aber auch für Entwicklungen, die in der Luft lagen. Der Behördentypus „Regierungspräsidium“ war ja keineswegs sakrosankt; er hatte mächtige Gegner und galt Vielen als entbehrlich, durch andere Verwaltungsmodelle ersetzbar.

Uns haben diese Attacken nicht erschüttern können. Wir sahen uns nicht als „Verhandlungsmasse“, weil wir von der Funktionstüchtigkeit unserer Behörde nach wie vor fest überzeugt waren. Angestachelt wurde allerdings der Wille zur Selbstbehauptung und die Bereitschaft, selbst etwas zu tun, um unser Haus nach vorn zu bringen. Selbstgefälligkeit wäre in dieser Situation der völlig falsche Ratgeber gewesen. Es galt, die ständige Aufgabenoptimierung als eine dauerhafte Zielsetzung zu begreifen und das Regierungspräsidium noch schärfer zu profilieren.

Insbesondere zeichnete sich immer stärker eine Option ab, die uns blieb: Auch eine nachgeordnete Behörde hat durchaus Spielräume, um innere Veränderungsprozesse anzustoßen. Sie braucht keineswegs zu warten, bis eine „Weisung von oben“ erfolgt. Diese Spielräume begannen wir jetzt zunehmend zu nutzen; es gelang, den Personalrat und größere Teile der Belegschaft einzubeziehen. Nach der Aufbau- und Konsolidierungsphase begann eine neue: die der innerbehördlichen Reformen.

Der Speyer-Preis : Eine Behörde modernisiert sich

Vom Prozess einer Selbstfindung.

Von Hartmut Bäumer, Regierungspräsident von 1991 bis 1999

Manche Behörden in unserem Land blicken auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurück. Da darf es eigentlich nicht verwundern, dass seit über dreißig Jahren von informierter wie von uninformatierter Seite heftig eine Reform der öffentlichen Verwaltung, ein Abbau von Bürokratie, mehr Effizienz und mehr Transparenz gefordert wird. Wie man inzwischen weiß, mit gemischtem Erfolg.

Mehr verwundert vielleicht, dass sich eine Behörde von gerade einmal 12 Jahren Existenz, wie das RP Gießen im Jahre 1993, auf den Weg machte, sich selbst zu modernisieren und - wie ich im Rückblick hinzufügen möchte – *sich selbst zu finden*.



Denn darum ging es und geht es zu Beginn jeder Verwaltungsreform: dass eine Behörde zunächst einen Blick auf sich selbst wirft, sich Rechenschaft darüber ablegt, welche Funktion in Staat und Gesellschaft sie hat und ob sie ihre „Dienstleistungs“-Aufgabe optimal erfüllt. Diese Frage stand auch am Anfang des Reformprozesses in Gie-

ßen, für dessen Zwischenergebnisse das jüngste Regierungspräsidium der alten Bundesländer mit dem so genannten „Speyerpreis“ ausgezeichnet wurde.

Wenn man will, mag man die Zeit der beginnenden Reformen im RP analog zum Alter der Behörde mit der Entwicklungsphase der Pubertät vergleichen, an dessen Ende bekanntlich der Eintritt in die Welt des Erwachsenseins steht.

Nach der Zeit des Aufbaus unter nicht einfachen Startbedingungen: politisch motivierter, zu kleinräumiger Bereich, fehlende Identität der Region, unterdurchschnittliche Ausstattung mit Mitarbeitern und Übernahme so mancher Altlasten der abgehenden Präsidien, vermehrten sich nach der ersten Konsolidierung Anfang der neunziger Jahre die Stimmen, die generell eine Abschaffung dieses Behördentyps forderten.

Begründet wurde dies zumeist mit mangelnder Effizienz, zu langen Verfahren und fehlender Transparenz und Legitimation. Diese Kritik speiste sich aus zwei Quellen: Erstens einer auf Erfahrung gestützten Analyse bürokratischer Abläufe und zweitens auf einer, die eher der Kategorie „Pflege von Vorurteilen gegenüber einer unbekanntem Institution ohne Lobby“ zuzuordnen ist.

Einer solch schwierigen Gemengelage am Ende der „Kindheit“ ausgesetzt zu sein, hat Vor- und Nachteile. Mangelnde Erfahrung, mit solchen Kritiken umzugehen, das Fehlen einer gewachsenen regionaler Einbindung erschwert eine vorwärts gewandte Strategie. Die Jugendlichkeit schützt aber auch vor Wahrnehmungsdefiziten der Alten und setzt mutige Kräfte frei.

Dem RP Gießen kam Anfang der 90er Jahre zweifellos zugute, dass es eine relativ junge Mitarbeiterschaft gab, von der mindestens 20 Prozent bereit war, sich aktiv an den Anforderungen und Mühen einer Selbstanalyse mit nachfolgender Veränderung zu beteiligen. Dies war die Voraussetzung dafür, im Jahre 1994 interne Reformen zur Verbesserung und Beschleunigung der Verwaltungsabläufe in einer Bündelungsbehörde, zur Stärkung der regionalen Verantwortung der Mittelinstanz und zur Erstellung eines Leitbildes in Angriff zu nehmen.

Als Glücksfall erwies sich in diesem Zusammenhang die Beteiligung des RP an dem Wettbewerb der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, bei dem besonders innovative Verwaltungen ausgezeichnet werden. Diese, das Organisationsdezernat unter der rührigen Frau Dr. Runzheimer zusätzlich belastende, wohlgemerkt: von dort angeregt!, Aufgabe brachte einen zusätzlichen Motivationsschub an der Reformarbeit. Neben den alltäglich zu überwindenden Problemen erzeugte die Möglichkeit, ausgezeichnet zu werden, einen externen Anreiz, der nicht unterschätzt werden darf. Niemand macht es auf Dauer Spaß, in einer allseits kritisierten und als schwerfällig und reformunfähig öffentlich dargestellten Institution zu arbeiten. Die Chance, diese als ungerecht empfundene Kritik auch öffentlich korrigieren zu können, setzt daher größere Kräfte frei, als dies so mancher materielle Anreiz vermöchte.

Das Ergebnis der Wettbewerbsteilnahme, mit dem in dieser Form niemand rechnen konnte, stellt als damaliger Höhepunkt der internen Weiterentwicklung sicher einen Meilenstein in der – hoffentlich noch langen – Geschichte des RP Giessen dar. Dank der intensiven Medienarbeit der Pressestelle unter Herrn Kersten und der ebenso aktiven Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern durch die damalige Bürgerbeauftragte, Frau Kober, verhalf die Auszeichnung dem Regierungspräsidium zu einer Anerkennung und positiven Wahrnehmung in der Öffentlichkeit über den Regierungsbezirk hinaus, die sich positiv auf die Motivation bei der Arbeit ausgewirkt hat.

Auch nach nunmehr fast 10 Jahren empfindet der Verfasser dieses Artikels viel Freude, an diesem Prozess aktiv teilgenommen zu haben und eine Dankbarkeit allen Beteiligten, besonders den Mitarbeitern gegenüber, ihn ermöglicht zu haben.

Veränderung ist möglich, nicht zuletzt in unserem Land !

Die Jahre der Reformen (2001 – 2005)

Von Regierungsvizepräsident Hans-Otto Kneip

Das Umfeld öffentlicher Verwaltungen hat sich verändert. Die anhaltende Finanzkrise öffentlicher Haushalte, neue und zunehmend komplexere Aufgaben sowie die veränderten Ansprüche der Gesellschaft und die fortschreitende Globalisierung machen ein Umdenken unumgänglich. Von der öffentlichen Verwaltung wird verlangt, dass sie weniger kostet und mehr Dienstleistungsqualität erbringt, ohne das rechtsstaatliche Prinzip der Recht- und Ordnungsmäßigkeit aufzugeben.



Um die neuen Herausforderungen an die öffentliche Verwaltung meistern zu können, hat die hessische Landesregierung eine weit reichende Reform zur Modernisierung der Hessischen Landesverwaltung in Gang gesetzt.

Für jede Reform gilt: „Wer sich nicht bewegt, bleibt stehen!“ Jede Reform, man denke an die Gebietsreform als Territorialreform in den 70ern oder die aktuelle Förderalismusreform als Funktionalreform, soll dem Grunde nach den Zustand verbessern. Ob dem so ist, bestimmen letztlich die Akteure. In einer Verwaltungsreform sind das die Verwaltung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch ihre „Ideeengeber“, die Regierungen, ihre Partner, die mitbetroffenen Körperschaften, die Wirtschaft und die Bürger als Steuerzahler und Financier öffentlicher Leistungen.

Den Grundstein für eine umfassende Modernisierung der hessischen Landesverwaltung hat die Landesregierung mit der durch Kabinettsbeschluss vom 14.07.1998 beschlossenen Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung gelegt.

Mitunter verkannt, ist es das Ziel der Neuen Verwaltungssteuerung, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und damit das Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Verkannt deshalb, weil bisweilen nur der Weg dorthin, nämlich die Schaffung einer modernen, effizienten und leistungsfähigen Verwaltung, gesehen wird.

Für die Verwaltung und damit ihre Beschäftigten ist es selbstverständlich gerade dieser Weg, der im Blickpunkt allen Wirkens und Handelns steht! Für das Regierungspräsidium gestaltete er sich als prall gefülltes Bündel einzelner Verwaltungs-Unterreformen und Projekte zum Vorschriftenabbau und zur Vorschriftenvereinfachung, zum Abbau und zur Verlagerung von Aufgaben sowie der Reform des Dienstrechts, der Personalentwicklung und der Datenverarbeitung. Ein wesentliches Kernstück der Neuerung ist die Steuerung der Verwaltung über Ziele und Produkte, d. h. das Verwaltungshandeln wird künftig an dem gemessen, was beim Bürger ankommt. Dies soll bis 2008 erreicht werden durch die Einführung der doppelten Buchführung, einer Kosten- und Leistungsrechnung, einer dezentralen leistungsorientierten Budgetierung und eines Controllings. Damit einhergehend werden die Kosten des Verwaltungshandelns und die Erstellung öffentlicher Leistungen transparent.

Maßgeblich tangiert wurde das Regierungspräsidium Gießen dabei nicht nur von den Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreformgesetze, durch die in über 80 Rechtsbereichen Widerspruchsverfahren entweder generell abgeschafft oder durch einfachere Regelungen ersetzt wurden. Auch die Errichtung der Landesbetriebe Landwirtschaft Hessen und Hessische Landeslabore strahlte in den Wirkungsbereich der Behörde.

Zu den wesentlichen Anliegen des Reformvorhabens gehört auch, die Strukturen der Landesverwaltung zu optimieren. Im Zuge der Strukturreform wurden in 2001 das ehemalige Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, das Hessische Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft sowie das Hessische Landesamt für Versorgung und Soziales als Fachverwaltungen bzw. Sonderverwaltungen aufgelöst und in das Regierungspräsidium Gießen integriert. Dadurch wurde die Bedeutung des Regierungspräsidiums als Bündelungs- und Einheitsbehörde deutlich gestärkt.

Ein tiefgreifender Einschnitt in die Strukturen der Regierungspräsidien erfolgte durch die „Operation Sichere Zukunft“. Der damit verbundene Personalabbau um rund 23% soll u. a. durch Aufgabenverlagerungen und eine Straffung der Organisationsstrukturen bis hin zu Standortzusammenlegungen erreicht werden. Die ersten Schritte sind bereits umgesetzt. So wurden die Anzahl der Abteilungen von 8 auf 7 und die der Dezernate von 53 auf 44 reduziert.

Nicht zuletzt erstellte die Hessische Landesregierung im Bereich der Datenverarbeitung einen E-Government-Masterplan, der mit dem geplanten einheitlichen Dokumentenmanagementsystem und Einzelprojekten, wie der elektronischen Beihilfe und einem Internet-Landesportal, an jedem Arbeitsplatz deutlich spürbar werden wird.

Die Aufzählung dürfte deutlich machen, dass es seit dieser Zeit – und wir sind trotz sehr erfolgreicher Anstrengungen noch nicht am Ende dieser Phase angelangt – keinen Bereich im Regierungspräsidium mehr gibt, der nicht in irgendeiner Weise von dieser gewaltigen Reform der hessischen Landesverwaltung betroffen ist. Das ist der gegenwärtige Ist-Zustand.

Das Regierungspräsidium Gießen ist Arbeitgeber von ca. 900 Beschäftigten und damit auch in dieser Beziehung ein Standortfaktor Mittelhessens. Mit der Gründung eines dritten Regierungspräsidiums in der Mitte Hessens haben Landtag und Landesregierung vor 25 Jahren eine klare Entscheidung zu Gunsten der hier lebenden und in der Region arbeitenden Menschen getroffen, und diese Entscheidung gilt nach wie vor.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, aktuell und für die nachfolgenden Generationen, die richtigen Weichen zu stellen, damit diese wertvolle und wichtige Entscheidung auch in Zukunft ihre Daseinsberechtigung behält. Nicht die Frage nach dem „OB“, sondern die Frage nach dem „WIE“ bildet somit den Kern einer intelligenten, nachhaltigen und in vielen Bereichen auch innovativen Umsetzung der hessischen Verwaltungsreform, die in den kommenden Jahren erfolgreich zu bewältigen sein wird.

Ein Erfolg, der sich erstmals in der Geschichte der öffentlichen Verwaltung messen lassen und weit über die Grenzen des eigenen Hauses nachprüfbar und hinterfragbar sein wird, weil zukünftig jedermann die Zielsetzung und Wirkung sowie den Preis einer öffentlichen Leistung anhand von Zahlen nachvollziehen und nachprüfen kann.

Mit dieser neuen Ära wird die Zeit der noch immer bestehenden – meist emotionalen - Vorbehalte gegen die öffentliche Verwaltung endgültig der Vergangenheit angehören, denn sie wird – davon bin ich überzeugt – dem dann endlich möglichen Vergleich standhalten.

25 Jahre: Rück- und Ausblick

Von Regierungspräsident Wilfried Schmied

Wem von uns ist denn bekannt, dass Gießen von 1803 bis 1937 Sitz der „Provincialregierung“ als Mittelbehörde für Oberhessen war? Hessen-Darmstadts Provinz Oberhessen umfasste in etwa die Fläche des Landkreises Gießen, des Vogelsbergkreises und des Wetteraukreises. Vor 60 Jahren wurde nach dem Ende des zweiten Weltkrieges das heutige Bundesland Hessen gegründet, in dem zunächst die Regierungsbezirke Darmstadt, Wiesbaden und Kassel als mittlere Landesbehörden installiert wurden. 1968 wurde der Regierungsbezirk Wiesbaden aufgelöst und dem Regierungsbezirk Darmstadt zugeordnet.



Bereits 1981, also nunmehr vor 25 Jahren, wurde nach Wiederaufhebung des umstrittenen Lahn-Stadt-Gesetzes der heutige Regierungsbezirk Gießen mit Sitz in Gießen eingerichtet. Bis dahin befanden sich die fünf Landkreise unseres heutigen Regierungsbezirks Gießen nicht nur in einer geographischen Randlage zwischen den Großräumen Rhein-Main und Kassel, sondern auch im Westen an der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz und Nord-

rhein-Westfalen und im Osten in der Nähe des Eisernen Vorhangs. Erfolgreiche Industriebetriebe mit bekannten Namen auf dem Weltmarkt waren die wirtschaftliche Basis mit Schwerpunkt im Lahn-Dill-Kreis, aber auch im Raum Gießen und Marburg. Das Straßen- und Autobahnnetz im Herzen von Hessen und der damaligen Bundesrepublik Deutschland war bei uns in den siebziger Jahren stark ausgebaut und verbessert worden. Die Traditionsuniversitäten in Gießen und Marburg sowie die stark wachsende Fachhochschule Gießen-Friedberg waren damals wie heute Leuchttürme des Regierungsbezirks. Diese Hochschulen waren gemeinsam mit den beiden Universitätsklinika längst größte Arbeitgeber in der Region.

Insbesondere die bereits Anfang der achtziger Jahre einsetzenden Veränderungen der Industrielandschaft mit dem Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen in Traditionsunternehmen brachte am Ende der Aufbauphase nach dem Krieg erste unerwartete wirtschaftliche Probleme für den Regierungsbezirk. Auch der immer stärker werdende Pendlerstrom in das Rhein-Main-Gebiet konnte die hier entstehenden Defizite nicht voll ausgleichen. Insofern kam auf die neue Mittelbehörde in Gießen unmittelbar nach ihrer Gründung die Aufgabe zu, möglichst schnell Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Umbau der hiesigen Wirtschaft zu schaffen.

Von den Gießener Regierungspräsidenten wurde über ihre originäre Aufgabe als Bindeglied zwischen Landesregierung und der Region hinaus erwartet, dass sie notwendige Anstöße für die Ansiedlung neuer Betriebe und die Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten. In Zusammenarbeit mit der beim Regierungspräsidium angesiedelten Regionalen Planungsversammlung wurden immer wieder so genannte „Mittelhessenrunden“ einberufen, in denen Defizite des hiesigen Raums definiert und Lösungsvorschläge erarbeitet wurden. Eine Reihe erfolgreicher mittelhessischer Projekte ist daraus entstanden.

Sehr frühzeitig bildete sich für den Verwaltungsbereich des Regierungspräsidiums die Bezeichnung Mittelhessen, die in der Zwischenzeit in unzähligen Kombinationen im Namen von Betrieben und Einrichtungen zu finden ist. Die Bemühungen der Verantwortlichen um eine Akzeptanz der neuen Landesverwaltung stießen lange bei den Kommunalpolitikern in den Landkreisen und der Bevölkerung auf große Vorbehalte. Die Chance zur Verbesserung der Standortsituation durch eine ortsnahe regionale Landesverwaltung wurde kaum erkannt. Insbesondere die Anfang der achtziger Jahre überproportional zunehmende Umweltgesetzgebung erschwerte die rasche Realisierung von Straßenprojekten, Siedlungen und Gewerbeansiedlungen. Das Wort von der Verhinderungsbehörde machte die Runde und erschwerte die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Präsidium, den Kommunen und der Wirtschaft. Dabei ist es unstrittig, dass insbesondere die Arbeit der Regionalen Planungsversammlung von Anfang an durch große Einmütigkeit gekennzeichnet war, und dass mit der erfolgreichen Modernisierung der Umweltverwaltung hier und in ganz Hessen eine hervorragende Basis für erfolgreiches Arbeiten für den Wirtschaftsraum Mittelhessen geschaffen war. Die konsequente organisatorische Ausrichtung unseres Hauses zur effektiven Bündelungsbehörde ermöglichte rasche Entscheidungen aus einem Guss – sehr zur Zufriedenheit unserer Kunden.

Natürlich sind die immer umfangreicher werdenden Aufgaben in unserem Hause dem klassischen Ordnungs- und Hoheitsrecht zuzuordnen. Viele unserer Aufgaben sind aber „Wirtschaftsförderung pur.“ Durch Auflösung von Landessonderbehörden und Integration deren Aufgaben in unsere Häuser wuchs der Umfang der klassischen Bündelungsaufgaben. Die Modernisierung der hessischen Landesverwaltung hat auch unsere Arbeit in Atem beraubendem Tempo verändert. Viele unserer früheren Aufgabenfelder wurden auf die Ebene der Landkreise übertragen. Geblieben sind die wichtigen Aufgaben für die Entwicklung der Region und wir nehmen sie sehr erfolgreich wahr.

Jetzt, eine Generation nach Einrichtung des Regierungspräsidiums Gießen, scheint der Wille der Verantwortlichen in der Region Mittelhessen zur intensiveren Zusammenarbeit zu wachsen. Wichtige Projekte werden in funktionierenden Kooperationen bearbeitet, die im Januar 2003 erfolgte Einrichtung des Regionalmanagementvereins MitteHessen e.V. trägt erste Früchte. Das Ziel, die Arbeit der früheren Mittelhessenrunde durch ein professionelles Management mit eigenem Budget zu ersetzen, erweist sich als richtig.

Unser gemeinsames Ziel muss es im Sinne unseres Leitbildes sein, in den nächsten 25 Jahren zu einer unverzichtbaren Einrichtung für den Wirtschaftsraum Mittelhessen zu werden. Wir sind dazu auf einem guten Weg.

Veränderung als Routine

Meilensteine in 25 Jahren Entwicklung des Regierungspräsidiums

(Die angegebenen Daten geben den Zeitpunkt des Ereignisses oder dessen öffentlicher Bekanntgabe an)

03.03.1980	Der Aufbaustab des Regierungspräsidiums Gießen nimmt unter der Leitung des späteren Regierungspräsidenten Knut Müller mit zehn Mitarbeitern in der Ludwigstr. 8, Gießen, seine Tätigkeit auf (Abb.1: Das erste Türschild).
01.10.1981	„Der Regierungspräsident in Gießen“ formiert sich; da der Landtag das entsprechende Gesetz noch nicht verabschiedet hat, firmiert die Behörde als „Der Beauftragte des Hessischen Ministers des Innern für den Aufbau des Regierungspräsidenten in Gießen“. Zu dieser Zeit wird von einem Neubau für das RP an der Schlangenzahl ausgegangen.
15.10.1980	Der Hessische Landtag beschließt mit dem „Gesetz über die Errichtung des Regierungspräsidenten in Gießen und die Neuordnung der Landesplanung“ (Abb. 2) die Errichtung des Regierungspräsidiums zum 1.1.1980.
14.01.1981	Festakt zur Errichtung des Regierungspräsidiums mit dem Hessischen Innenminister Ekkehard Gries in der Kongresshalle (Abb. 3: Innenminister Gries, 3. von links, RP Müller, 5. von links). Die Behörde hat zu diesem Zeitpunkt 158 Bedienstete, bis Jahresende sollen es 400 sein. Hauptsitz ist am Landgraf-Philipp-Platz 1.
15.06.1981	Regierungsvizepräsident Jürgen Berg tritt sein Amt an (Abb. 4). Zu dieser Zeit leitet Herr Tümmler die Abteilung II (Kultus), Herr Dr. Ihmels die Abt. IV (Regionalplanung); dieser übernimmt später die Abt. III (Bauen, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt), Herr Spöhrer die Abt. I (Hoheitsverwaltung, Inneres) und Herr Schulz die Abt. Regionalplanung.
22.06.1981	Die Regionale Planungsversammlung Mittelhessen tritt erstmals zusammen.
01.07.1981	RP Müller bezeichnet die zweite Aufbauphase mit 36 von 50 geplanten Dezernaten als abgeschlossen. In jüngster Zeit hinzugekommen sind die Medizinal-, Pharmazie- und Veterinärdezernate, die Dezernate Polizeirecht, Gewerbeaufsicht, Bauaufsicht/Kommunales Bauwesen, Bauleitplanung, Baurecht, Wohnungs- und Siedlungswesen, Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung, im Oktober folgen die Einsatzleitungen der Schutz- und der Kriminalpolizei, im Januar das Dezernat Brandschutz.
31.08.1981	Der erste Betriebsausflug des Regierungspräsidiums führt nach Weilburg und Limburg.
05.04.1982	Ein Sachbearbeiter der RP-Beihilfestelle wird festgenommen, nachdem er fiktive Beihilfen auf eigene Konten umgeleitet hat.
15.07.1983	Beim RP sind 71 junge Menschen in Ausbildung. Die Berufsausbildung beim RP ist offenbar attraktiv: Auf 13 neue Einstellungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst bewerben sich zum 01.10.1983 541 junge Menschen; Mitte 1986 gehen auf 42 Ausbildungsplätze für Stenosekretärinnen über 400 Bewerbungen ein.

Abb. 1



Abb. 2

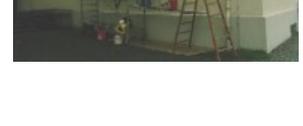


Abb. 3

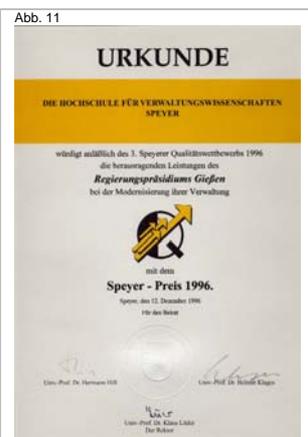


Abb. 4



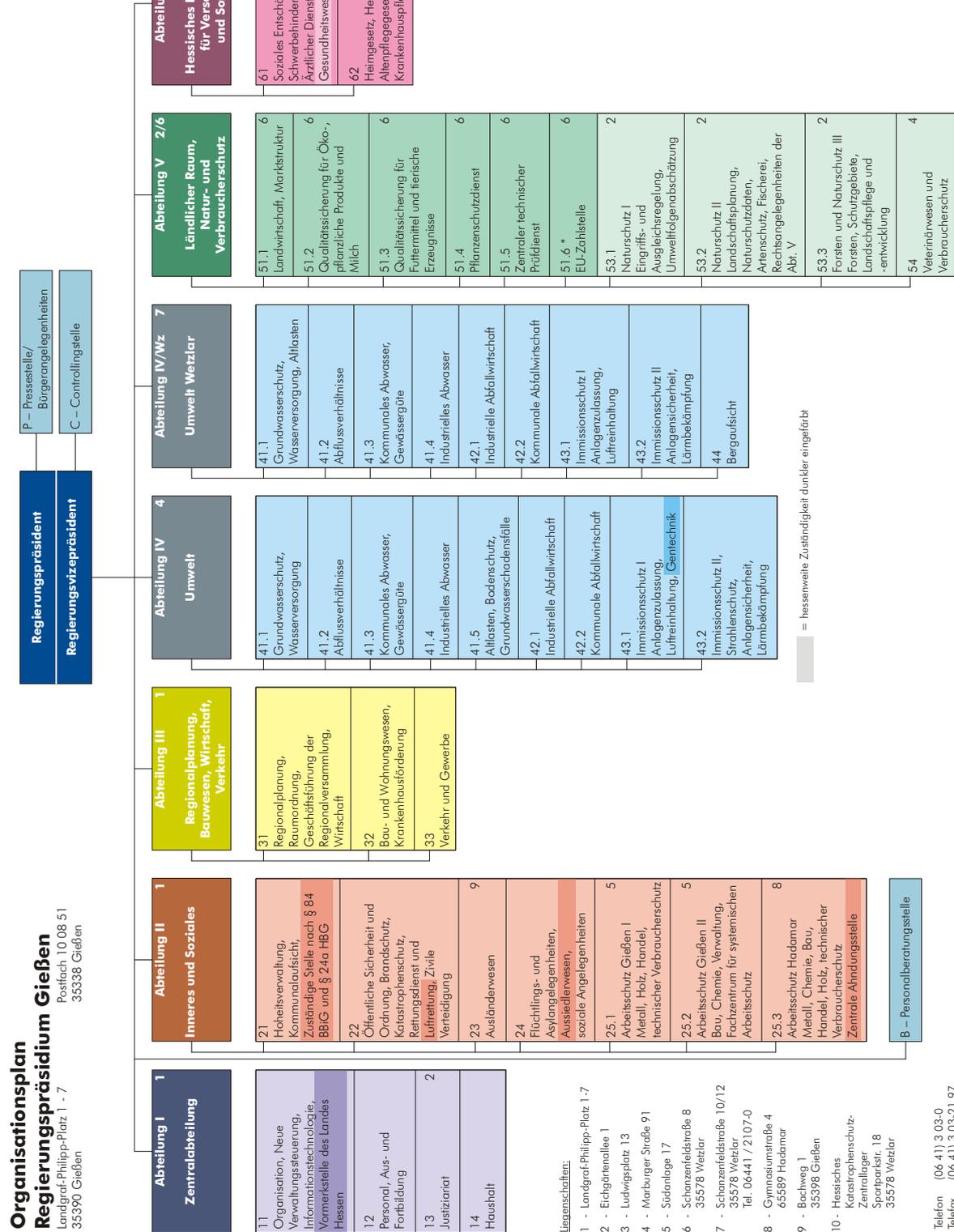
<p>Abb. 5</p> 	<p>Die Unterbringung des Regierungspräsidiums in der früheren Gailischen Zigarrenfabrik (heutiges Polizeipräsidium) anstelle eines Neubaus an der Schlangenzahl wird öffentlich diskutiert.</p>	29.02.1984
	<p>Herr Dr. Ihmels, AL III, wechselt als Kreisbeigeordneter zum Lahn-Dill-Kreis; seine Nachfolge tritt Herr Spöhrer, bisher AL I, an; ihm folgt wiederum Herr Werner als AL I nach.</p>	10.06.1985
<p>Abb. 6</p> 	<p>Die Regionalversammlung beschließt den erstmals im RP erarbeiteten neuen Regionalen Raumordnungsplan Mittelhessen.</p>	18.03.1986
<p>Abb. 7</p> <p>RP-Wechsel nach 792 Tagen: Alois Rhiel löst Dr. Pünder ab</p> 	<p>In einem Brief an die Mitarbeiter(innen) und die Presse teilt Regierungspräsident Müller mit, dass das Arbeitsamt am Landgraf-Philipp-Platz 3-7, der heutige Hauptsitz, für das RP angekauft wird. (Abb. 5)</p>	31.03.1987
<p>Abb. 8</p> 	<p>Nach der Landtagswahl wird Dr. Tilman Pünder, Fulda, durch Innenminister Gottfried Milde als Regierungspräsident ins Amt eingeführt (Abb. 6: (von links) RP Müller mit Gattin, Innenminister Milde, RP Dr. Pünder mit Gattin)</p>	01.06.1987
<p>Abb. 9</p> <p>In Mittelhessen fehlt es noch am ehrlichen Willen zur Gemeinsamkeit</p> 	<p>Das RP erhält eine neue Abteilung Forsten und Naturschutz unter der Leitung von Herrn Corell.</p>	01.01.1989
<p>Abb. 10</p> 	<p>Innenminister Gottfried Milde führt Dr. Alois Rhiel, Fulda, als neuen Regierungspräsidenten ins Amt ein, nachdem Dr. Pünder als Oberstadtdirektor nach Münster gewechselt ist (Abb. 7: vorne Dr. Pünder, Innenminister Milde, Dr. Rhiel rechts daneben).</p>	01.08.1989
<p>Abb. 8</p> 	<p>Das Regierungspräsidium zieht in das umgebaute alte Arbeitsamt um; weiterhin gibt es fast ein Dutzend weiterer Liegenschaften im Stadtgebiet.</p>	22.02.1990
<p>Abb. 8</p> 	<p>Pressekonferenz zum 10-jährigen Bestehen des Regierungspräsidiums (Abb. 8: RVP Berg, RP a.D. Müller, RP Dr. Rhiel, RP a.D. Dr. Pünder, AL Tümmeler).</p>	09.01.1991
<p>Abb. 9</p> 	<p>Nach dem Regierungswechsel in Wiesbaden wird Hartmut Bäumer, München, durch Innenminister Dr. Herbert Günther ins Amt eingeführt (Abb. 9: RP Bäumer mit Familie).</p>	04.07.1991
<p>Abb. 9</p> 	<p>Das leer stehende RP-Gebäude in der Braugasse 8 (heutige Druckerei) wird durch „Autonome“ besetzt und schließlich von der Polizei geräumt.</p>	23.11.1991
<p>Abb. 9</p> 	<p>Die Abt. Forsten und Naturschutz wird in zwei eigenständige Abteilungen „Forsten“ (Leitung Herr Corell) und „Naturschutz“ (Leitung Herr Böttcher) aufgeteilt.</p>	18.08.1992
<p>Abb. 9</p> 	<p>Das Regierungspräsidium richtet erstmals eine Clearingstelle (für Bauleitplanverfahren) ein.</p>	06.10.1992
<p>Abb. 9</p> 	<p>Herr Tümmeler, AL Kultusabteilung, wechselt zum RP Darmstadt; seine Nachfolge tritt am 22.4.1993 Herr Eifert an.</p>	01.12.1992
<p>Abb. 10</p> 	<p>Nach wiederholten Bemalungen mit politischen Parolen wird das Hauptgebäude am Landgraf-Philipp-Platz 3-7 mit „chinesischen Schriftzeichen“ verschönert; die Schmierereien hören danach auf (Abb. 10: Die Malerei wird angebracht).</p>	Juli 1993
<p>Abb. 10</p> 	<p>Die Unternehmensberatung Kienbaum untersucht Bündelungsverfahren auf Möglichkeiten der Effizienzsteigerung; im Ergebnis werden im Regierungspräsidium für über 20 Verfahrenstypen Verfahrensbücher und Verfahrenskonten eingeführt.</p>	1994

1995	Im RP arbeiten 640 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf 603,5 Planstellen.
12.12.1996	Das Regierungspräsidium Gießen – und damit erstmals ein RP - erhält den renommierten „Speyerpreis“ der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer für „herausragende Leistungen bei der Modernisierung der Verwaltung“; Gründe sind das im RP eingeführte Verfahrens-Controlling, das Leitbild, die Einführung von Mitarbeitergesprächen und die Bildung von Behördenzielen. (Abb.11)
30.06.1997	Die Schulabteilung wird aufgelöst und in die Staatlichen Schulämter integriert; Herr Eifert wechselt zum Staatlichen Schulamt Frankfurt/Main.
01.10.1997	Mit den Abteilungen Umwelt in Wetzlar sowie in Marburg werden erstmals externe Abteilungen errichtet, hervorgegangen aus den Immissionsschutz-, Wasser-, Abfall- und Gentechnik-Dezernaten des RP sowie den beiden Wasserwirtschaftsämtern Dillenburg und Marburg, dem Bergamt Weilburg sowie dem Marburger Amt für Immissions- und Strahlenschutz.
23.03.1999	„Weg vom Blindflug, hin zum Instrumentenflug“ (RP Bäume) - zwei Jahre nach Errichtung der Stabsstelle Controlling zieht das RP Bilanz: Die Dauer der einfachen Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz sei auf 2 ½ Monate gesunken (Bäume: „Bundesweit wohl kaum unterboten“), Gentechnik-Konzessionsverfahren dauerten jetzt durchschnittlich 1,14 Monate, Plangenehmigungsverfahren im Abfallrecht seien auf drei Monate Verfahrenszeit (von acht in 1996) verkürzt worden.
10.05.1999	Nach erneutem Regierungswechsel wird Wilfried Schmied als neuer Regierungspräsident durch Innenminister Volker Bouffier ins Amt eingeführt (Abb. 12: Innenminister Bouffier, RP a. D. Bäume, RP Schmied).
03.08.1999	Die Umweltabteilung Marburg veranstaltet mit guter Resonanz einen Tag der offenen Tür.
22.09.2000	Regierungsvizepräsident Jürgen Berg wird von Innenminister Bouffier in den Ruhestand verabschiedet (Abb. 13).
01.12.2000	Das RP tritt erstmals mit anfangs rund 500 Seiten im Internet auf; Ende 2005 umfasst das Informationsangebot fast 2.000 Seiten.
01.01.2001	Die Abteilungen Forsten und Naturschutz werden mit 130 Landwirtschaftsfachleuten des früheren Landesamts zur neuen Abteilung „Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ mit Sitz in Wetzlar zusammengefasst; Leitung Herr Corell. Die RP-Polizeidezernate werden in das Polizeipräsidium Mittelhessen integriert.
05.02.2001	Das RP feiert sein 20-jähriges Bestehen mit Innenminister Bouffier und Gästen, darunter die früheren Regierungspräsidenten, und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Aula der Universität. (Abb. 14)
11.04.2001	Staatssekretär Udo Corts gibt den Startschuss für die Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) im Regierungspräsidium.
14.08.2001	Im Jahr 2000 hat laut Bericht der Stabsstelle Controlling das RP 800 Genehmigungen mit einem Investitionsvolumen von 300 Mio. DM erteilt.
05.11.2001	Das Dezernat Bergaufsicht wird als „besonders kundenfreundliche Verwaltung“ von Ministerpräsident Koch ausgezeichnet (Abb. 15: Verleihung der Auszeichnung durch Ministerpräsident Koch in den Räumen der IHK Frankfurt).



<p>Abb. 16</p> 	<p>Als neuer Regierungsvizepräsident wird Hans-Otto Kneip von Innen-Staatssekretär Corts in sein Amt eingeführt (Abb. 16: Staatssekretär Corts, RVP Kneip mit Gattin).</p>	01.03.2002
<p>Abb. 17</p> 	<p>Erwin Spöhrer, Leiter der Umweltabteilung in Marburg, wird in den Ruhestand verabschiedet.</p>	29.04.2002
<p>Abb. 18</p> 	<p>Das Amt für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik Mittelhessen, Gießen und Hadamar, wird als neue Dezernate Arbeitsschutz ins RP integriert. Das Landesversorgungsamt Hessen, bisher Frankfurt, wird als Abt. VII ins RP integriert.</p>	01.07.2002
<p>Abb. 19</p> 	<p>Das Regierungspräsidium hat nach den Reformen ein Personalvolumen von fast 1000 Personen auf rund 930 Stellen.</p>	2002
	<p>Die Bediensteten spenden freiwillig 2.600 € für die Opfer des Elbhochwassers.</p>	28.08.2002
	<p>Walter Corell, Leiter der Abt. Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, wird in den Ruhestand verabschiedet.</p>	25.11.2002
	<p>Adolf Laux wird neuer Leiter der Abteilung Umwelt in Marburg.</p>	10.01.2003
	<p>Dr. Runzheimer, AL'in IV/Wetzlar, wechselt als AL'in Landwirtschaft ins Hessische Umweltministerium.</p>	09.04.2003
	<p>Hartmut Schulz, Leiter der Abteilung III, stirbt nach längerer Krankheit.</p>	23.06.2003
	<p>Die Landesregierung gibt die Operation Sichere Zukunft bekannt. Für die drei Regierungspräsidien ist darin als Zielvorgabe enthalten, insgesamt fast 25% des Personals bis 2008 einzusparen. Nach dem von den Regierungspräsidenten erarbeiteten Konzept der Umstrukturierung gibt es Diskussionen um die vorgesehenen Standortverlagerungen insbesondere der bisherigen „Staatlichen Umweltämter“ sowie des weiteren um die Personalverlagerungen (Personalvermittlungsstelle). (Abb. 17: Demonstration der Marburger Mitarbeiter gegen die Verlagerung nach Gießen)</p>	01.09.2003
	<p>Regierungspräsident Schmied gibt den Startschuss für die Anwendung der Buchungs-Software SAP R3 im RP.</p>	05.01.2004
	<p>Neue Leiterin der Abteilung V (Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz) wird Gudrun Baum, zuvor DL'in Haushalt/NVS .</p>	19.04.2004
	<p>Die Staatlichen Abteilungen bei den Landräten werden kommunalisiert und die bisher beim Landrat des Landkreises Gießen angesiedelte Zentrale Ausländerbehörde für Mittelhessen in das Regierungspräsidium integriert.</p>	01.04.2005
	<p>An einem von den Abteilungen IV und V in Wetzlar ausgerichtetem Hoffest nehmen rund 450 Bedienstete teil und sind begeistert von dem erstmals auftretenden RP-Chor und der RP-Combo (Abb. 18 + 19).</p>	30.06.2005
	<p>Die Marburger Umweltabteilung zieht in die Marburger Straße in Gießen um; im Frühjahr 2006 sollen dort beide Umweltabteilungen (Marburg und Wetzlar) zu einer Abteilung „Umwelt“ in Gießen zusammengeführt werden.</p>	14.10.2005
	<p>Das Regierungspräsidium feiert in der Kongresshalle Gießen sein 25-jähriges Bestehen mit Innenminister Bouffier, Gästen aus der Region und den Bediensteten. Für den Sommer 2006 ist aus diesem Anlass ein Hoffest mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen vorgesehen.</p>	12.01.2006

Organigramm des Regierungspräsidiums (Stand: Nov. 2005)



Telefon (06 41) 3 05-0
Telefax (06 41) 3 05-21 97
E-Mail rp-giessen@rpgi.hessen.de
Internet http://www.rp-giessen.de

Entscheidungen und Ereignisse – An was man sich erinnert

04.12.1981 Pressemitteilung des Regierungspräsidiums: Die neue Regionalstruktur in der Kfz-Haftpflichtversicherung bringt auf Grund der Bildung des Regierungsbezirks Gießen den heimischen Autofahrern künftig einen Prämienvorteil von 6 Prozent. *Anmerkung: In den Pressemitteilungen der stark vom Aufbau, aber auch politischen Infragestellungen der Behörde geprägten Jahre 1982/83 spiegelt sich das starke Bemühen wider, als Behörde für die Region in der Region akzeptiert zu werden. Dies zeigen Meldungen wie die oben genannte, aber auch viele Veröffentlichungen, in denen die Aufgaben der Behörde vorgestellt werden und natürlich auch Reaktionen auf zahlreiche „Attacken“ von außen.*

08.01.1982 In einer landesplanerischen Stellungnahme zur A 49-Planung spricht sich das RP für die Ohmtaltrasse aus.

22.12.1982 Erstmals lehnt das Regierungspräsidium die Ansiedlung eines Verbrauchermarkts mit 10.000 qm Verkaufsfläche in Breitscheid (Lahn-Dill-Kreis) ab. *(siehe Beitrag)*

23.12.1982 Die Bevölkerungsprognose des neuen Entwurfs des Regionalen Raumordnungsplans Mittelhessen erwartet bis 1995 974.000 Einwohner in der Region. Tatsächlich steigt die Einwohnerzahl Mitte der 90er Jahre auf rund 1.060.000; Hauptgrund ist die damals nicht absehbare starke Zuwanderung aus der DDR (später den neuen Ländern) und von deutschstämmigen Spätaussiedlern und deren Angehörigen.

Von Großmärkten auf der „grünen Wiese“ ...

... und der urbanen Funktion der Innenstädte

Eine rasante Entwicklung hat der großflächige Einzelhandel in den vergangenen 25 Jahren vollzogen. Wenn damals Lebensmittelmärkte mit 400, 500 oder sogar 700 m² Verkaufsfläche an zentralen Standorten platziert werden sollten, war schon zu diesen Zeiten eine Abstimmung mit den raumordnerischen Zielvorgaben erforderlich. In der Regel wurde diesen Märkten mangels "schädigender Einflüsse" für die Zentren zugestimmt; heute sind Märkte mit 1.200 m² Verkaufsfläche die Regel.

Einen großflächigen Verbrauchermarkt „auf der grünen Wiese“ (mit 10.000 m² Ver-

kaufsfläche) hat die Regionalversammlung erstmals 1982 in Breitscheid/Westerwald abgelehnt. Die Gründe waren ähnlich denen späterer Vergleichsfälle: die absehbare Beeinträchtigung benachbarter Innenstädte, die Nicht-Integration in die Siedlungsstruktur und die fehlende Verkehrsinfrastruktur, und statt der vorgebrachten neuen Arbeitsplätze, so die Regionalplanung, sei mit einem Abbau von Arbeitsplätzen andernorts zu rechnen.

Unterstützt oder schädigt eine Neuansiedlung von der Größe und vom Sortiment her die Attraktivität der Innenstadt, und wie wirkt sie auf die Angebote

der benachbarten Städte und Gemeinden? Diese Fragen rückten mehr und mehr in den Mittelpunkt. Denn darin sind sich die Fachleute einig: die Funktionsfähigkeit und Attraktivität der Innenstädte mit ihren vielseitigen Handels- und Dienstleistungsangeboten muss aus vielen guten Gründen erhalten bleiben.

Mit einem ständig verfeinerten Bewertungsinstrumentarium (Landesentwicklungsplan, Regionalplan, Einzelhandelserlass und Rechtsprechung) ist es der Regionalplanung gelungen, die Funktion der Innenstädte als „klassische Zentren urbanen Lebens“ – was über den Han-

del hinaus zu verstehen ist – weit gehend zu erhalten. Zahlreiche großflächige Ansiedlungswünsche wurden – nicht um Konkurrenz zu verhindern, sondern im Sinne dieses Ziels - auf ein verträgliches Maß an Verkaufsfläche und Sortimentsangebot reduziert.

Ebenso ist es insbesondere in der Lebensmittel-Grundversorgung gelungen, die Größe der Versorgungsbetriebe auf die Größe der zu versorgenden Gemeinden abzustimmen (sog. "Beeinträchtigungsverbot") - mit dem Vorteil, dass die Konzentration von Märkten auf wenige

Standorte („Rückzug aus der Fläche“) bis auf vereinzelte Ausnahmen vermieden und das von der Raumordnung verfolgte Prinzip der Erhaltung "wertgleicher Lebensbedingungen" in Mittelhessen zu einem beachtlichen Teil erreicht werden konnte.

Als Sonderfall seien hier noch die sog. „Factory Outlet Centers“ (FOC, Fabrik-Direktverkaufszentrum) erwähnt. Sie sind meist in verkehrsgünstiger Lage und außerhalb der Zentren geplant, wirken aber auf Grund ihres Sortiments (hochwertige, im Preis herabgesetzte

Markenartikel) über einen weiten Radius (90 Autominuten) schädigend für zahlreiche Innenstädte. Einen solchen Antrag für ein FOC mit 10.000 qm Verkaufsfläche gab es z. B. für den Standort Beselich (bei Limburg) Die Regionalversammlung traf hierzu den Grundsatzbeschluss, dass solche Direktverkaufszentren nur in den Kernstädten der Oberzentren zugelassen werden sollen.

Klaus Faulenbach
Dezernat 31

18.01.1983	Das RP berichtet, dass 1982 in Mittelhessen 372 Einbürgerungen vollzogen wurden (<i>siehe Beitrag</i>).
24.06.1983	Um das Planfeststellungsverfahren für die B 3a Gießen-Marburg gibt es öffentliche Diskussionen; die Planfeststellung erfolgt schließlich im Jahre 1990.
26.07.1983	Nachdem in Frankfurt ein Düsenjäger bei einer Vorführung abgestürzt war, untersagt das RP Düsenjet-Schauflüge beim Flugtag in Breitscheid (Lahn-Dill-Kreis) – Jahre vor dem Ramstein-Unglück.

Aus Wohnbürgern werden Staatsbürger

Die Einbürgerungszahlen haben sich in 25 Jahren verzehnfacht

Von 382 vollzogenen Ausländereinbürgerungen im Jahr 1982 berichtete eine RP-Pressemittlung vom 18. Januar 1983. Heute sieht dies ganz anders aus: rund das Zehnfache an Einbürgerungsurkunden wird ausgehändigt! Bereits bis Anfang der 90er Jahre war die Zahl der Einbürgerungen in

Mittelhessen auf weit über 2.000 angestiegen, und im Jahr 1998 verzeichnet die Statistik sogar mehr als 6.000 Einbürgerungen. Allerdings berücksichtigen diese Zahlen auch Spätaussiedler nebst Ehegatten und Kindern, die auf Grund des Artikels 116 Grundgesetz einen Einbürgerungsanspruch hatten

und bis Mitte 1999 noch auf Antrag förmlich eingebürgert wurden. Seitdem erhalten sie die deutsche Staatsangehörigkeit per Gesetz, werden also nicht mehr in der Einbürgerungsstatistik berücksichtigt.



Seit 1999 stehen somit die „klassischen“ Ausländereinbürgerungen im Mittelpunkt des Einbürgerungsdezernats. Dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für viele Ausländer attraktiv ist, belegen die Zahlen der Jahre 1999-2004 mit durchschnittlich 3.200 ausgehändigten Einbürgerungsurkunden pro Jahr. Mit mehr als 70 % stellen Einbürgerungsbewerber türkischer Herkunft seit Jahren den größten Anteil der eingebürgerten Ausländer. Ihnen folgen Bewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus den Nachfolgestaaten der früheren UdSSR sowie aus Iran und Afghanistan (ca. 20%). Der Wunsch vieler Ausländer, Deutscher zu werden, liegt durchaus im besonderen politischen Interesse. Denn es gehört zu den erklärten staatspolitischen Zielen, dass Wohnbevölkerung und Staatsbevölkerung möglichst weitgehend übereinstimmen sollen.

Ein Einbürgerungsanspruch besteht nach heutiger Rechtslage für solche Ausländer, die

einen verfestigten Aufenthaltsstatus und einen rechtmäßigen achtjährigen Inlandsaufenthalt nachweisen können. Vorausgesetzt werden in der Regel außerdem Straffreiheit, ein ausreichendes wirtschaftliches Einkommen und das Be-

kenntnis zur bundesdeutschen Verfassung. Dass auch die Weltpolitik die Arbeit der Einbürgerungsexperten beeinflusst, beweist die Tatsache, dass seit den Terroranschlägen von New York die Verfassungstreue der Einbürgerungsbewerber verstärkt geprüft wird.

Ganz wichtig: Seit dem Jahr 2000 gehört zu den wesentlichen Einbürgerungsvoraussetzungen auch der Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse. Fehlen geeignete Nachweise (Schulzeugnisse, Sprachzertifikate), ist ein Sprachtest bei der Einbürgerungsbehörde unabdingbar.

Die Prüfungen und Ermittlungen, ob Antragsteller alle Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, bestimmen den Arbeitsalltag des Einbürgerungsdezernats. Sie gestalten sich angesichts der komplexen Rechts-

materie mit einer Vielzahl von Ausnahmeregelungen höchst aufwändig. Probleme entstehen oft dadurch, dass die Einbürgerung den Verlust oder die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit voraussetzt. Mit ihren Entlassungsbemühungen stoßen jedoch viele Antragsteller auf erhebliche bürokratische Hürden im Heimatland. Das RP-Einbürgerungsteam steht dabei jedem Einbürgerungswilligen mit Rat und Tat zur Seite und gewährt auch im Rahmen von Sprechtagen persönliche Unterstützung.

Trotz aufwändiger Prüfungstätigkeit gehören zügige Bearbeitungszeiten - durchschnittlich drei bis vier Monate - zum Standard im Einbürgerungsdezernat. Eine weitere Optimierung erprobt derzeit das RP Gießen gemeinsam mit den Schwesterbehörden in Darmstadt und Kassel sowie ausgewählten hessischen Kommunen: ein hochmodernes Verfahren zur digitalen Einbürgerung mit dem Ziel, Einbürgerungsverfahren schneller und transparenter zu machen.

Jochen Süß
Dezernat 21



07.02.1984	Das Jahrhunderthochwasser an der Lahn richtet Schäden in Höhe von rund 217 Mio. DM an; das RP beruft erstmals den Katastrophenschutzstab ein (<i>siehe Beitrag</i>).
April 1984	In einer ersten Ausreisewelle im Frühjahr kommen erstmals Übersiedler mit Ausreisegenehmigung in großer Zahl aus der DDR ins Notaufnahmelager Gießen.
Nov. 1984	Ein Sturm richtet in Mittelhessen Schäden von 78 Mio. DM an; das RP veranlasst eine Finanzhilfefaktion.
28.11.1984	Eine Schweineseuche (Aujeszky'sche Krankheit) tritt im Raum Alsfeld auf; auf Anordnung des RP werden 1000 Tiere getötet.

Das Jahrhunderthochwasser 1984

Hochwasserschutz ist nicht erst seit der Elbe ein Thema

Talauen sind die bevorzugten Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsräume. Allein in den letzten 100 Jahren wurden der Lahn dadurch 15 Mio. m³ Retentionsraum entzogen. Was es immer schon gab – Hochwasser vor allem im Winterhalbjahr – kann heute enorme Schäden verursachen.

Von den größeren Hochwässern an der Lahn dürfte den Anwohnern im Einzugsgebiet von Dill und Lahn vor allem jenes vom 7. Februar 1984 – ein „Jahrhunderthochwasser“ - noch gut in Erinnerung sein. Der Pegelstand in Gießen überstieg damals zum einzigen Male im 20. Jahrhundert die 7-Meter-Marke, und am Pegel

Leun flossen damals rund 745 m³ pro Sekunde ab – eine Menge, die die leere Aartalsperre in nur 75 Minuten füllen würde! Zahlreiche Ortslagen wurden überflutet. Zum bisher einzigen Male trat damals der Katastrophenschutz des Regierungspräsidiums zusammen, um Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Die größten Schäden verursachte das Hochwasser im Lahn-Dill-Kreis und hier vor allem in der Stadt Herborn am Zusammenfluss von Aar und Dill.

Hochwasserwarndienst

Als Konsequenz aus diesem Geschehen nahm das RP seit 1984 den zentralen Hochwasserwarndienst in die Hand. Seitdem gehen bei jedem Hochwas-

ser rechtzeitige Warnmeldungen über Wasserstände und die voraussichtliche Entwicklung an zahlreiche Dienststellen, z. B. Landräte, Polizei und Schifffahrtsverwaltung sowie den Rundfunk. Seit Ende 2003 nutzt das RP dafür ein DV-gestütztes Hochwasservorhersagemodell, das stetig weiterentwickelt wird und noch früher über drohende Hochwassergefahren unterrichtet.

Ausweisung von Überschwemmungsgebieten

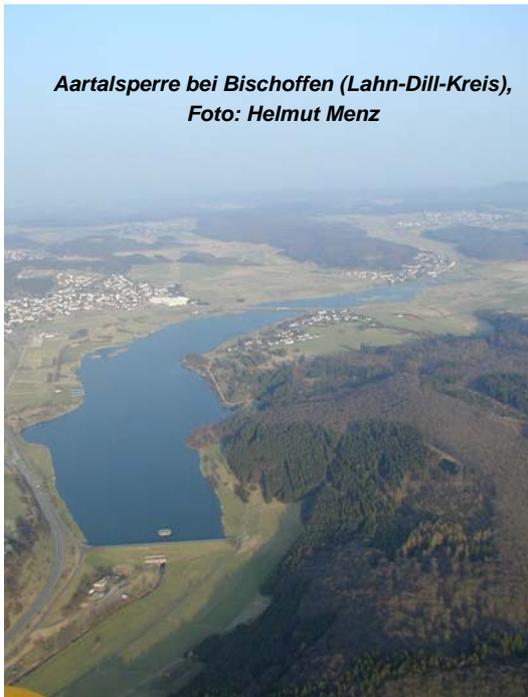
Um dem Verlust an natürlichen Hochwasser-Rückhalteräumen Einhalt gebieten zu können, stellt das RP seit einigen Jahren hessenweit Überschwemmungsgebiete förmlich fest und in einem Kataster zusammen. Auch die Überschwemmungsgebiete der Lahn sind neu erfasst.

Hochwasserschutzmaßnahmen

Zahlreiche Hochwasserschutzmaßnahmen von Städten und Gemeinden hat das RP in den vergangenen Jahren genehmigt und fachlich betreut, z.B. an der Lahn in Wetzlar und Marburg



Hochwasser in Wetzlar, Altenberger Straße



**Aartalsperre bei Bischoffen (Lahn-Dill-Kreis),
Foto: Helmut Menz**

oder an der Dill in Dillenburg, Herborn, Aßlar und Wetzlar. Dabei handelt es sich zumeist um die Errichtung von Hochwasserschutzmauern oder -dämmen und um Gewässerausbaumaßnahmen zur Verbesserung der Abflussverhältnisse oder zur Wiedergewinnung von natürlichen Retentionsräumen, z.B. durch die Rückverlegung bereits bestehender Deiche.

Hochwasserrückhaltebecken

Ein wichtiger Bestandteil des Hochwasserschutzes sind Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken. Hier ist insbesondere die Inbetriebnahme der Aartalsperre 1992 (Rückhalteraum ca. 2,5 Mio. m³) und der Perftalsperre bei Breidenstein 1993 (ca. 1,7 Mio. m³) zu erwähnen. Das größte Hochwasserrückhaltebecken bei Kirchhain/Ohm (Fassungsvermögen ca. 16 Mio. m³) sowie

jenes bei Wohra wurden in den letzten Jahren saniert und mit moderner Steuerungstechnik ausgestattet. 2006 soll die Ulmbachtalsperre (ca. 0,75 Mio. m³) umfassend saniert werden. Daneben wurden zahlreiche kleinere Hochwasserrückhaltebecken an den Lahnzufüssen (z. B. an der Lumda) errichtet, um dort Schäden zu vermeiden. Noch in

der Diskussion, insbesondere mit dem Nachbarland NRW, ist das Projekt Haigerbachtalsperre, welches für die Dillanlieger eine wesentliche Verbesserung des Hochwasserschutzes bedeuten würde. Die Stauanlagen werden vom RP als Talsperrenaufsicht regelmäßig überwacht.

Über eines muss man sich allerdings klar sein: mit diesen Maßnahmen kann man den größeren Hochwässern bis zum „Jahrhunderthochwasser“ entgegen treten, nicht aber solch katastrophalen Hochwässern wie vor drei Jahren an der Elbe. Vom „Jahrtausendhochwasser“ an der Lahn (und in ganz Mitteleuropa) im Juli 1342 zeigt der historische Pegel in Runkel bei Weilburg einen Wasserstand, der rund drei Meter höher als jener vom Februar 1984 lag!

Jürgen Hummel
Udo Baum
Dezernat 41.2 Wz

- 22.03.1985 Das RP gibt bekannt, dass die Sondermülldeponie der Farbwerke Hoechst in Limburg-Offheim zum 30.06.1985 geschlossen wird; um die Deponie bzw. den Betreiber Westdeutsche Deponie-Gesellschaft hatte es erhebliche Unregelmäßigkeiten gegeben.
- 23.08.1985 RP Müller dankt Polizei, Bundeswehr, Feuerwehren und freiwilligen Helfern, die bei der erfolgreichen Suche nach einem Dreijährigen aus Ehringshausen geholfen haben. Der Junge war beim Grillen im Wald verschwunden, was die größte Suchaktion, die jemals im Lahn-Dill-Kreis stattfand, auslöste. Nach drei Tagen wurde er „zwar verschmutzt und erschrocken, aber sonst wohlauf“, wie es in der Mitteilung des Dezernats Schutzpolizei hieß, aufgefunden.

Auch das gab es ...

Eine Stunde Kunstunterricht, die Schlagzeilen machte

Bis in die „Spiegel“-Ausgabe vom 18.11.1985 schaffte es eine Kunstreferendarin einer Gießener Schule mit ihrem experimentierfreudigen Unterricht – sie wird sich trotzdem nicht gern daran erinnern. Aus der löblichen Absicht, mit den Schülern im Kunstunterricht den Umgang mit Außenseitern zu thematisieren, wurde das Szenario entwickelt: Punker überfällt Rentnerin! Als, kurz gesagt, eine Schülerin („Rentnerin“) sich ein Kopftuch umband und fiktiv Geld bei der Bank abgehoben hatte, zückte ein Schüler („Punker“) seine Spielzeugpistole, drängte die „Rentnerin“ in einen Hauseingang und nahm ihr die karge Rente ab. Was beide, auch die Referendarin, nicht bedacht hatten: neben dem zum Tatort gemachten Hauseingang befand sich ein Juweliergeschäft. Der Juwelier

ahnte einen Überfall und rief die Polizei, die mit mehreren Streifenwagen anrückte und gar nicht „amused“ war über dieses täuschend echte Szenario. Auch der Schulleiter meinte, „was, wenn der Juwelier eine Pistole in der Schublade gehabt hätte?“



Bericht aus der Alsfelder Allgemeinen Zeitung vom 11.11.1985

So landete das ganze medienwirksame Geschehen bei der RP-Schulaufsicht, die disziplinarisch (vor-)ermittelte. Und letztlich gnädig war gegenüber der angehenden Kunstpädagogin: Man sehe von disziplinarischen Konsequenzen ab, teilte das RP am 5.12.1985 per Pressemitteilung mit, es seien

aber geltende Dienstvorschriften missachtet worden. Hierüber werde man sich mit den Betroffenen in geeigneter Form auseinandersetzen, hieß es mehrdeutig. Was gegenüber der Referendarin vermutlich nicht mehr nötig gewesen sein wird...

Manfred Kersten
Pressestelle

Auch das gab es ...

Walkman & Co im Straßenverkehr – schon 1985 ein Thema

Heute schmunzeln wir darüber – damals war das Thema „Medien im Straßenverkehr“ brandneu, noch bevor man von Handys am Steuer, von MP3-Playern und bunten Navigations-Bildschirmen träumte. Am 3. Oktober 1985 sah sich das RP auf Initiative des Dezernats Schutzpolizei veranlasst, vor der „gefährlichen Unsitte“ der Benutzung von „Walkmans“ (sind inzwischen schon wieder „out“) im Straßenverkehr zu warnen, besonders durch jugendliche Verkehrsteilnehmer. „Akustische Warnsignale werden überhört, herannahende Fahrzeuge nicht wahrgenommen und Defekte am eigenen Fahrzeug nicht sofort festgestellt“, so die Sorge der Polizei. Nicht ohne den Hinweis anzufügen, dass dies 20 DM Verwarnungsgeld kosten könne und auch für Fahrradfahrer gelte.

Manfred Kersten
Pressestelle

Frühj. 1986	Um Sickerwasser-Verunreinigungen in der Sondermülldeponie Kirchhain-Kleinseelheim gibt es öffentliche Diskussionen.
07.05.1986	Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl am 26.04.1986 werden vorsorgliche Maßnahmen für den Schulbetrieb verfügt.
1986	In Gießen findet auf Einladung des Regierungspräsidenten die erste Mittelhessenrunde zu regionalpolitischen Fragen statt (<i>siehe Beitrag</i>).

Auch das gab es ...

Der „Kuckuck“ auf dem Dienstwagen

Es war ein Tag wie jeder andere im Behördenalltag, doch er sollte bald anders werden und noch lange für Gesprächsstoff innerhalb und außerhalb des Regierungspräsidiums Gießen sorgen. Im Dienstzimmer am Landgraf-Philipp-Platz 1 klopfte es an einem Tag im März 1986 an die mit einem Milchglasausschnitt versehene Tür und herein traten zwei Herren. Vielleicht waren es Vertreter, die meinen Kollegen Gerd Einloft, der für die Beschaffung zuständig war, mit einem neuen Produkt überraschen wollten. Oder Antragsteller mit einer Rückfrage? Nein, diese beiden Herren formulierten gleich recht deutlich, wieso sie zielstrebig in die Präsidialabteilung des Präsidiums kamen: sie verlangten Geld und zwar sofort. Doch es war kein Überfall, sondern ein Bürger, der das Land Hessen verklagt hatte, wollte es sich nicht länger bieten lassen, auf die ihm zustehenden 27.000 Mark noch länger zu verzichten. Helle Aufregung herrschte auf dem Flur im zweiten Stock, wo auch der Präsident und sein



Vertreter residierten, nachdem die beiden Männer unmissverständlich ihre Forderung formuliert hatten; Ratlosigkeit machte sich breit. Die Telefone liefen heiß, der Hausjurist eilte herbei und in einer kleinen Krisensitzung beratschlagte die Führung des Hauses, wie man denn weiter vorgehe. Der Obergerichtsvollzieher hatte nicht lange Geduld. Was kann man dem Gläubiger anbieten? Die bange Frage lief schließlich auf einen Dienstwagen hinaus, aber nicht den vom Regierungspräsidenten, flüsterte man hinter vorgehaltener Hand. Das weiße Präsidentenauto mit Stern hatte in weiser Voraussicht der Fahrer von Knut Müller fluchtartig in Sicherheit gebracht. Der Obergerichtsvollzieher

und sein Auftraggeber blieben hart, sie folgten mir auf dem Fuß in die Südanlage; dort stand das erste Fahrzeug mit Katalysator, unbenutzt an diesem Tage - und das sollte sichtbar mit einem „Kuckuck“ versehen und somit „dienstuntauglich“ werden. Neben dem Schild im Heckfenster „Mit Katalysator“ verzierte der Vollstreckungsbeamte mit würdevoller Miene den weißen Kofferraumdeckel und klebte das Pfandsiegel auch auf Fahrertür und Zündschloss. 9.55 Uhr zeigte die Uhr, und erstmals in seiner langen beruflichen Geschichte hatte der Obergerichtsvollzieher auf der Suche nach vollstreckbaren Dingen einen Dienstwagen des Landes Hessen bei der „Geldeintreiberei“ vorgefunden. Doch es dauerte nicht lange, da wurden die amtlichen Marken wieder entfernt: Die Summe von 27.000 Mark konnte der Obsiegende per Scheck entgegennehmen, und die peinliche Angelegenheit, die in den Medien der Region und sogar im „Stern“ abgedruckt wurde, hatte ein Ende. Aufkleber auf Dienstfahrzeugen sind übrigens nicht zugelassen, aber durch die Siegel an Tür und Zündschloss hätte der weiße Santana mit dem Kennzeichen GI-4 sowieso nicht eingesetzt werden dürfen.

Regionaler Schulterschluss

Die Mittelhessenrunde und das Regionalmanagement

1986 trat erstmals die Mittelhessenrunde zusammen. In diesem regionalen Forum trafen sich auf Einladung des Regierungspräsidiums regelmäßig 50 – 60 Vertreter der mittelhessischen Wirtschaft, der Kreise und Kommunen, aus Politik, Hochschulen, Verbänden und Verwaltungen, die alle ein gemeinsames Ziel vor Augen hatten: die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch Zukunft sichernde Strukturmaßnahmen, vorangetrieben im regionalen Konsens.

Auf regionale Eigenkräfte besinnen und diese stärken

Dr. Pünder: Konkrete Arbeitsprozesse beginnen – Morgen Mittelhessenrunde

Wetzlar/Gießen (dr). Egal ob nun Mittelhessenkonferenz, wie ursprünglich einmal geplant, oder Mittelhessenrunde, so die inzwischen offizielle Bezeichnung der Veranstaltung: Wenn sich morgen in Wetzlar rund 60 Vertreter von Behörden, Verbänden und Institutionen gemeinsam mit Hessens Wirtschaftsminister Alfred Schmidt an einen Tisch setzen, dann geht es dort um die Zukunft der rund eine Million Mittelhessen. Kein allgemeines Jammern oder utopische Absichtserklärungen sollen bei dieser vierten Tagung der Mittelhessenrunde herauskommen. „Ganz konkrete Arbeitsprozesse sollen jetzt in Gang gesetzt werden“, so der Gießener Regierungspräsident Dr. Tilman Pünder (Bild) im Gespräch mit dem GA.

Elf Punkte, die während der dritten Mittelhessenrunde Ende September im sogenannten Mittelhessen-Papier erarbeitet und erfaßt worden waren, stehen morgen in Wetzlar zur Diskussion. Wirt-



Plenum der Regionalen Planungsgemeinschaft hat die im Mittelhessen-Papier zusammengefaßten Vorstellungen zustimmend zur Kenntnis genommen. „Zustimmend. Und nicht etwa nur zur Kenntnis genommen“, wie RP Pünder ausdrücklich betonte. Der Tatsache, daß Hessens Wirtschaftsminister zur vierten Mittelhessenrunde nach Wetzlar kommt, wird besondere Bedeutung beigemessen. Denn unbestritten ist, daß die Nord-

kreisen und Gemarkungsgrenzen gedacht würde“, so der Behördenleiter. Jetzt soll man sich auf die regionalen Eigenkräfte besinnen und diese mit Hilfe des Staates stärken.

Die Projektgruppen, die morgen ins Leben gerufen werden sollen, bilden dafür die geeignete Plattform. „Das ist auch kein geschlossener Verein“, so Dr. Pünder. Im Gegenteil, wie das Beispiel der geplanten Zusammenfassung aller Weiterbildungsmaßnahmen in Mittelhessen zeige: Bisläng hätten sich mit dieser Thematik überwiegend Politiker und Gewerkschafter beschäftigt. In den Projektgruppen aber erhofft man sich künftig eine Zusammenarbeit unter anderem mit Volkshochschulen und Kirchen. Ebenso verhält es sich etwa bei der beabsichtigten Weiterentwicklung und Nutzung neuer Technologien. Auch in diesem Fall sollen einzelne Firmen direkt

Giessener Anzeiger
vom 3.12.1987

Die Mittelhessenrunde hat in 19 Versammlungen ohne eigenes Personal und Budget mit ihrer Initiativgruppe, ihren Arbeitskreisen und Projektgruppen zahlreiche Projekte realisiert, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Mittelhessen beigetragen haben. Dazu zählen u. a.:

- ein Standortatlas Industrie und Gewerbe Mittelhessen,
- ein Berufsbildungsatlas,
- die Schaffung des Transferzentrums Mittelhessen für den Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft, aus dem die TransMIT GmbH mit ihren über 60 TransMIT-Zentren und Patentberatung hervorging (Die TransMIT GmbH hat bei der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebenen Bewertung der bundesdeutschen Patent- und Verwertungsagenturen den ersten Platz im Bereich Verwertung belegt. In 2003 stammten die Hälfte aller angemeldeten Erfindungen in Hessen aus den drei mittelhessischen Hochschulen),
- die Herausgabe eines Mittelhessenbuchs,
- die Phantastische Bibliothek in Wetzlar,
- der Mittelhessische Kultursommer,
- ein regionales Standortinformationssystem, dass anschließend hessenweit eingeführt wurde, und
- der durchgehende Lahn-Radwanderweg.

Durch die Stärkung der regionalen Kooperation und Identitätsbildung nach innen wie nach außen hat die Mittelhessenrunde den Boden für einen engeren Schulterschluss der regionalen Akteure bereitet. Vorbereitet durch den Lenkungsausschuss, resultierte daraus auf der 19. Mittelhessenrunde im Oktober 2001 der Beschluss, zur Stärkung der mittelhessischen Region und ihrer Wettbewerbsfähigkeit ein professionelles Regionalmanagement aufzubauen. Am 22. Januar 2003 konnte das Bündnis zwischen Wirtschaft und Hochschulen, Verwaltung und Politik als Verein "MitteHessen e.V." aus der Taufe gehoben werden, dessen 1. Vorsitzender Regierungspräsident Wilfried Schmied wurde.

- 14.04.1987 Die RP-Kriminalpolizei stellt in Linden das sichergestellte Diebesgut einer Bande aus; es kommen 750 Besucher, von denen 20 ihr Eigentum identifizieren - darunter ein Bad Camberger Gegenstände im Wert von 280.000 DM.
- 07.07.1987 Nach dem Tanklastzugunfall von Herborn kommen sämtliche Rettungskräfte zum Einsatz; das Unglück fordert fünf Todesopfer und verursacht einen Schaden von 40 Mio. DM.
- 1987 Um die beabsichtigte Dekontaminierung von 5.000 t radioaktiv belasteten Molkepulver in einer Hungener Molkerei gibt es heftige öffentliche Diskussionen; das RP lehnt das Vorhaben schließlich ab.
- 09.12.1987 Die verstärkte Zuwanderung von Spätaussiedlern führt dazu, dass das RP mit einem öffentlichen Aufruf Unterkünfte für Aussiedler sucht und erstmals Aussiedler in einer Turnhalle unterbringen muss; ein Mitarbeiter des Baudezernats wird Sonderbeauftragter für das Aussiedler-Wohnungsbauprogramm. Auch die Zahl der Übersiedler aus der DDR steigt.
- 30.12.1987 Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf, der seit Jahren über keine eigene Deponie verfügt, lehnt den Deponie-Standort Arzbachtal ab; das RP reagiert mit einer Kommunalaufsichtlichen Anweisung zugunsten der Planung.

- 1988 Der im Laufe des Jahres anhaltende Anstieg der Zahl der DDR-Übersiedler in Gießen findet große internationale Aufmerksamkeit.
- 15.06.1988 Unter Federführung des Regierungspräsidiums beginnt in Stadtallendorf mit der Untersuchung der Altlasten die schließlich 20 Jahre dauernde Sanierungsphase (*siehe Beitrag*)
- 18.07.1988 Um die Person des Schulleiters an der Gesamtschule Biebertal gibt es eine öffentliche Protest-Kampagne, die schließlich die RP-Schulabteilung veranlasst, ihn zu versetzen.
- 25.07.1988 Das RP erreicht in einem Raumordnungsverfahren, dass eine geplante 127 km lange Hochspannungsleitung von Borken nach Frankfurt quer durch (Mittel-)Hessen nicht neu gebaut werden muss, indem sie auf bereits vorhandene Masten gekoppelt wird („Entbehrlichkeit“ der Maßnahme).
- 27.07.1988 Das RP erteilt eine umstrittene Vorabgenehmigung für weitere Auskiesungen in der Lahnaue bei Heuchelheim.
- 06.10.1988 Um eine Mitbenutzungsanordnung des RP für die Deponie Bastwald (Vogelsbergkreis) zugunsten anderer Kreise gibt es öffentliche Diskussionen.
- 23.11.1988 Nach dem Antrag der Behringwerke auf – bundesweit erstmalige - Produktion eines gentechnisch veränderten Arzneimittels („EPO“) gibt es heftige Diskussionen; ein erster vom RP ange-setzter Erörterungstermin wird aufgehoben (*siehe Beitrag*)



Sanierungsarbeiten unter der Einhausung Kinzigstraße.

Stadtallendorf oder das Erbe des Krieges

500 Hektar Wohngebiet, Industrieflächen und Trinkwasserfördergebiet sind nach zwei Jahrzehnten Sanierung wieder voll nutzbar.

Die beiden größten Sprengstofffabriken Europas standen im Zweiten Weltkrieg im heuti-

gen Stadtallendorf - insgesamt 643 Betriebsgebäude und -anlagen. Nach Kriegsende

wurden sie gesprengt oder demontiert, andere blieben stehen und wurden neu genutzt. Ein Teil der Flächen kam in militärische Verwendung, während große Bereiche als Wohn- und Industriegebiet bebaut wurden. Und: mitten in einem Wassergewinnungsgebiet lagerte eine große Halde mit Schlämmen aus der Abwasserneutralisation der Sprengstoffproduktion.



Alliierte Luftaufnahme eines Werksteils von 1948

Die Sanierung dieses Rüstungsaltsstandorts war angesichts seiner Größe und Komplexität, seiner Dauer und der

Kosten eine besondere Herausforderung.

Heute ist die Sanierung des zivil genutzten Bereichs bis auf wenige Restflächen, die außerhalb der bebauten Ortslage liegen, abgeschlossen. Von den 840 ha des ehemaligen Werksgeländes stehen wieder 500 ha für die planerisch zulässige Nutzung zur Verfügung. Dort wohnen über 4.000 Menschen, und doppelt so viele finden auf den gewerblichen Flächen Arbeit. Nicht ohne Grund hat die Stadt Stadtallendorf den Abschluss der Sanierung im Sommer 2005 mit einem Fest gefeiert!

Fast zwei Jahrzehnte haben die Erkundungs-, Sicherungs- und Sanierungsarbeiten in Anspruch genommen, und wiederholt war schwieriges fachliches und rechtliches Neuland zu betreten. Das Regierungspräsidium Gießen war Genehmigungsbehörde für die Erkun-

dungs- und Sanierungsplanungen und zugleich Überwachungsbehörde für die einzelnen Schritte, nachgeordneter Auftraggeber für die mit der Sanierungsplanung und -durchführung beauftragte HIM-ASG und Vertragspartner der Grundeigentümer. Übergeordneter Auftrags- und Finanzgeber war das Hessische Umweltministerium.

Neu war auch das Modell der Stadtallendorfer Bürgerbeteiligung. Über einen Projektbeirat und ein Bürgerbeteiligungsbüro wurden die betroffenen Menschen von Anfang an in alle Planungen und Schritte einbezogen. Dies hat sich außerordentlich bewährt, hat wesentlich zur Akzeptanz aller notwendigen Schritte beigetragen und dient inzwischen bundesweit als Muster für vergleichbare Projekte.

Rund 150 Millionen € sind bis-

her für die Sanierung ausgegeben worden - eine von großem Umweltbewusstsein geprägte Entscheidung des Landes, das - neben einem Anteil des Bundes - den überwiegenden Teil der Kosten übernahm. Eine bedeutende Zukunftsinvestition: Stadtallendorf konnte als wichtiger Wirtschaftsstandort gehalten und die wichtige Wasserversorgung aus dem Raum Stadtallendorf langfristig gesichert werden.

Das Regierungspräsidium, insbesondere dessen Abteilung Umwelt, hat bei diesem Projekt die Leistungskraft einer Bündelungsbehörde, die unterschiedlichste fachliche Aspekte in einer Hand zusammenfasst, eindrucksvoll bewiesen.

Henning Bick
Hans-Jürgen Wolff
Dezernat 41.5



Die rund 250 Meter lange Einhausung der Trihalde - links davon das Wasserwerk

Um EPO gab es noch heftige Diskussionen

15 Jahre Vollzug des Gentechnikgesetzes

Erythropoietin - kurz EPO – ist heute den meisten eher als „Dopingmittel“ ein Begriff – tatsächlich ist es aber ein gentechnisch hergestelltes blutbildendes Hormon, das für Kranke segensreich wirken kann. Als 1988 die Behringwerke in Marburg die Genehmigung für die Produktion eines Medikaments auf gentechnischem Wege – EPO - beim Regierungspräsidium Gießen beantragten, war dies bundesweit der erste Fall und rief erhebliche öffentliche Diskussionen hervor. Skepsis gegenüber der Gentechnik war weit verbreitet, und die Bearbeitung erfolgte noch nach den Vorgaben des Bundesimmis-sionsschutzgesetzes. Erst 1990 schuf der Gesetzgeber das Gentechnik-Gesetz, und die EPO-Produktion wurde schließlich im Oktober 1990 genehmigt.

Auch das Verfahren für die erste Produktion gentechnisch hergestellter Humaninsulins am Standort Frankfurt-Höchst fand große Beachtung. Dieses Vorhaben – das Land hatte dem RP Gießen inzwischen auf Grund seiner spezifischen Erfahrungen die hessenweite Zuständigkeit für die Gentechnik übertragen - ist nach Novellierung 1993 das bislang einzige Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland, bei dem die Öffentlichkeit mit einem Anhörungsverfahren beteiligt wurde. Der Erörterungstermin konnte damals in einer sachlich geprägten Atmosphäre innerhalb eines Tages zügig abgeschlossen werden, und der Erteilung der Genehmigung wurde nicht widersprochen. In den folgenden Jahren wurden weitere Produktions-

anlagen vergleichbarer Größe im Rahmen von Anmeldeverfahren – das Gentechnik-Gesetz wurde mehrfach novelliert - gestattet.

Jahrelange „Ackerbesetzungen“ und die Gründung von Bürgerinitiativen hatte jedoch 1995 die erste Genehmigung zur Freisetzung von gentechnisch verändertem Mais auf hessischem Boden zur Folge. Auch hier betrat das RP Gießen als Überwachungsbehörde Neuland. Mittlerweile können solche „Freisetzungen“ in Hessen in der Regel ohne Komplikationen durchgeführt werden.

Mit diesen Beispielen sind bereits die wichtigsten Kernaufgaben der RP-Gentechnikfachleute umschrieben: sie sind hessenweit für die Konzessionierung gentechnischer Anlagen und Arbeiten, für die Überwachung gentechnischer Anlagen, für Freisetzungen und in Verkehr gebrachte GVO (gentechnisch veränderte Organismen) zuständig. Zahlreiche Bundesinstitute, Universitäten, Max-Planck-Institute und Großunternehmen der chemischen Industrie, aber auch viele Neugründungen und einige Schulen betreiben in Hessen über

450 gentechnische Anlagen.

Im Schnitt bearbeitet die Behörde 100 Konzessionierungsverfahren (Anmeldungen, Genehmigungen), etwa 150 Überwachungsmaßnahmen und rund 180 Mitteilungen im Jahr. Sie sind ebenso vielgestaltig wie die Zusammensetzung der Betreiber gentechnischer Anlagen. So wurde in Hessen 2005 die Errichtung der deutschlandweit ersten gentechnischen Anlage der höchsten Sicherheitsstufe (S4), ein Labor der Marburger Universität, genehmigt – ein Verfahren, das auf Grund seiner medizinischen Ausrichtung weitgehend Akzeptanz fand.

Dr. Anja Fehrenbach
Dezernat 43.1



- mehr als 50 gentechnische Anlagen
- 11-49 gentechnische Anlagen
- 1-10 gentechnische Anlagen

1989	Die Zahl der Übersiedler aus der DDR steigt massiv an und erreicht nach der Öffnung der ungarischen Grenze am 10.08.1989 bis dato unbekannte Dimensionen, um nach dem Fall der Mauer am 08.11.1989 noch einmal in die Höhe zu gehen (<i>siehe Beitrag</i>)
03.02.1989	Einen öffentlichen Disput verursacht der Antrag der Pro-Familia Gießen auf Errichtung einer Ambulanz für Schwangerschaftsunterbrechungen; das RP genehmigt diesen schließlich zur Jahresmitte.
21.12.1989	Die dem Hochwasserschutz dienende Aartalsperre wird erstmals eingestaut.

Das „Tor zum Westen“ stand für 800.000 Menschen in Gießen

Die Zentrale Aufnahmestelle rückte 1989 ins Blickfeld der Weltpresse

1988/89 stand Gießen im Blickpunkt internationalen Interesses, und Journalisten aus aller Welt fragten sich nach dem Gießener Meisenbornweg durch. Denn dort, nahe dem Bahnhof, stand die „Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen für Zuwanderer aus der DDR“, eine nachgeordnete

Behörde des Regierungspräsidiums. Die anschwellende Zahl der „Zuwanderer“ erhielt dort erste Unterkunft, Verpflegung und Betreuung und durchlief in wenigen Tagen die Aufnahmeformalitäten, bevor sie zu Freunden, Verwandten und Bekannten ins Bundesgebiet gingen. Und es

waren die Vertreter ausländischer Medien, von Australien bis zu den USA, die dort zuerst die Frage nach dem nahenden „Ende“ der DDR stellten.

Bereits 1984 richtete sich der Blick auf Gießen – die sog. Ausreisewelle im Frühjahr



Mit Applaus am Giessener Bahnhof empfangen: Ankunft 900 Flüchtlingen aus der Prager Botschaft
Foto: Gießener Anzeiger

brachte einen drastischen Anstieg von Übersiedlern, die mit Genehmigung der DDR-Behörden in den Westen kamen. Von 5.000 Personen in 1983 schnellte damals die Zahl in Gießen auf 25.000 in die Höhe – nur in Berlin-Marienfelde gab es noch eine kleinere Einrichtung gleichen Zwecks. Auch in den Folgejahren blieb die Zuwanderung mit 11 – 16.000 pro Jahr auf einem hohen Niveau. Besonders seit Mai 1988 – in der DDR erstarkte die Bürgerrechts-Bewegung – setzte erneut eine abrupte Steigerung ein. Dieses Jahr brachte einen neuen „Rekord“ mit 27.500 Zuwandern.



Über Ungarn nach Gießen: Trabi 601 S, Foto: Gießener Anzeiger

Seinen Höhepunkt fand dies ab August 1989. Nach der Grenzliberalisierung in Ungarn am 10. August schienen alle Dämme zu brechen. Allein in diesem Monat kamen über 15.000 DDR-Bürger vor allem über die ungarisch-österreichische Grenze nach Gießen, später auch über die Tschechoslowakei – in Erinnerung ist besonders der Zug, der im Oktober die Prager Botschaftsflüchtlinge brachte. Nicht nur die Deutschen interessierte, was

damals – wie wir heute wissen – Vorspiel der deutschen Einheit war. TV-Teams aus Europa und Übersee fragten die Übersiedler in Gießen, ob – so die Kernfrage – die DDR noch zu halten sei.

Unter höchster Anspannung arbeitete damals das für seinen Einsatz sehr gelobte Personal unter dem langjährigen ZAH-Leiter Heinz Dörr. Massive Unterstützung leistete das Regierungspräsidium: so wurde Personal abgestellt, die komplette Betreuung der Presse durch die RP-Pressestelle übernommen, die vorn und hinten nicht reichenden finanziellen Mittel und schließlich die notwendigen Ausweichunterkünfte in Turnhallen und früheren Kliniken besorgt. Bis zu 2000 Mahlzeiten gab im August und September 1989 die Küche jeden Tag aus. Gießen war schließlich dem Ansturm nicht mehr gewachsen, und der Bund musste jetzt eine Vielzahl von Außenstellen, vor allem in Bayern, errichten.

Monatlang hielt diese Entwicklung an, und eine nochmalige Steigerung brachte der 9. November 1989, als die Grenzen zwischen Ost und West geöffnet wurden. 22.500 Menschen kamen nur in diesem Monat nach Gießen. Im gesamten Jahr 1989 waren es schließlich 120.000 von inzwischen bundesweit 355.000 Übersiedlern, die damals auf eine

große Welle der Hilfsbereitschaft trafen.

Die Zuwanderung verringerte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1990 nur ganz allmählich. Noch einmal fanden 60.000 Menschen in Gießen Aufnahme. Am 30. Juni 1990, am Vortag der Währungsunion, drei Monate vor der Wiedervereinigung von BRD und DDR, endete der Weg der Übersiedlung in den Westen über Gießen. Ein Wechsel von Dresden nach Frankfurt war nun – noch kurz zuvor kaum vorstellbar – nichts anderes als ein Umzug von Hamburg in die Rhein-Main-Metropole.

Rund 800.000 Menschen aus den heutigen neuen Bundesländern – darunter auch bekannte Namen wie Hans-Dietrich Genscher, freigeverkaufte Häftlinge und dramatische Einzelschicksale – haben Gießen, die in der Aufnahmestelle beschäftigten Menschen, die hilfreichen Hände der dortigen Betreuungsorganisationen – und die Schaufenster des Gießener Selterswegs – als erste Station in den Westen kennen gelernt.

Manfred Kersten
Pressestelle

Auch das gab es ...

„Orson“ – der Löwe von Hüttenberg

Frei laufende Löwen in Mittelhessen? Auch das gab es schon, wenn auch nicht vollkommen frei laufend – nach Aussagen von Zeugen ging aber „Herrchen“ tatsächlich mit seinem Löwen namens „Orson“ in der schönen mittelhessischen Landschaft rund um Hüttenberg bei Wetzlar spazieren, hielt ihn dabei aber an der Leine. Aber das war nicht einmal das Hauptproblem – das Regierungspräsidium bekam mit der Sache zu tun, weil „Orson“, ein Berberlöwe, als solches unter Artenschutz steht und Herrchen keinerlei Papiere in der Hand hatte. Die Herkunft des geschützten Tieres, ob aus einer Nachzucht oder ob Wildfang, war also völlig unklar.

Was war geschehen? Im Frühjahr 1989 wird das RP-Artenschutzdezernat informiert, dass laut einer Zeitungsnotiz ein junger Löwe in einem Wetzlarer Autohaus(!) den Besitzer gewechselt hat. Das Veterinäramt wird losgeschickt, um die Sachlage und ggf. Herkunft des Tieres zu überprüfen. Tatsächlich wird im benachbarten Hüttenberg ein junger Löwe (*panthera leo*) in einem Pferdestall – genauer gesagt in einer Pferdebox – angetroffen. Der Löwe stammt angeblich von einer süddeutschen Tierhandlung, die ihn wiederum von einem rheinischen Tierpark haben will. Herkunft und rechtmäßigen Besitz – diese wird durch eine sog. CITES-Bescheinigung nach dem Washingtoner Artenschutz-Abkommen nachgewiesen – kann der Besitzer nicht belegen. Er erwähnt auch, dass das Tier zeitweise im Haus gehalten und regelmäßig (an einer Kette) ausgeführt wird: es sei sehr zahm!



„Orson“

Foto: Gießener Allgemeine Zeitung

Offensichtlich regt sich vor Ort aber Skepsis unter den Nachbarn, und die Gemeinde untersagt das „Gassi gehen“ mit dem Löwen. Auch für die Presse ist der Fall hoch interessant. Nachdem die Herkunft über Monate nicht belegt wird, beschlagnahmt das Artenschutzdezernat zeitgleich den mittlerweile erwachsenen Löwen, gerät damit aber in die Bredouille: es erweist sich als äußerst schwierig und zeitraubend, den Löwen anderswo unter artgerechten Bedingungen unterzubringen.

In der Sache ist dies nachvollziehbar: „Orson“ ist an Einzelhaltung gewöhnt und dürfte kaum von einem neuen Rudel akzeptiert werden, so die Fachleute. Bei anhaltendem Medienrummel werden verschiedenste Unterbringungen, vom Frankfurter Zoo bis hin zu einem Tierpark auf Mallorca, geprüft – ergebnislos. Das RP sieht sich zu folgendem Hinweis an den Halter veranlasst: (Auszug aus einem Schreiben) „Je älter das Tier wird, umso risikoreicher ist die Haltung. Mit dem Eintritt der Geschlechtsreife spätestens kommt es bei Löwen zu den natürlichen Rangauseinandersetzungen. Da für den Löwen der Halter Rudelmitglied ist, wird es auch zwischen ihm und dem Löwen zu Rangstreitigkeiten kommen. Die Kräfte des Löwen sind größer.“

Das Problem löst sich unvermittelt – wenn auch auf traurige Weise. Nachdem der Besitzer eine Bekannte mit in den „Löwenkäfig“ genommen hat und diese mehrfach in den Arm gebissen wird, entscheiden die herbeigerufene Gemeinde und das Veterinäramt, dass „Orson“ umgehend einzuschläfern ist. Da das Tier noch sehr aggressiv ist, scheitert dies und wird schließlich mittels Jagdgewehr vollzogen. Der Vorgang beschäftigt anschließend noch die Staatsanwaltschaft, die aber bestätigt, dass dies unumgänglich gewesen sei.

Manfred Kersten
 Pressestelle

- 20.03.1990 Durch den Orkan „Wiebke“ werden in Mittelhessen massive Windwurfschäden verursacht (*siehe Beitrag*)
- 21.05.1990 Im Vogelsberg werden bei Hartmannshain die ersten Windkraftanlagen Hessens genehmigt; zur Einweihung kommt später Umweltminister Joschka Fischer.
- 12.06.1990 Der im RP Gießen geschaffene Krankenhaus-Einsatzplan wird in ganz Hessen eingeführt.

07.09.1990	Der beabsichtigte Abtransport chemischer Waffen durch die US-Army sorgt für erheblichen Aufruhr; der Transport („Lindwurm“) verläuft unter großen Sicherheitsvorkehrungen schließlich reibungslos.
16.10.1990	Nachdem das Gentechnik-Gesetz in Kraft getreten ist, genehmigt das RP die Produktion von EPO durch die Behringwerke Marburg.
27.12.1990	Das RP schließt das Anhörungsverfahren für den Weiterbau der B 3a, den Regierungspräsident Dr. Rhiel zur „Chefsache“ gemacht hatte, ab.

Neue Akzente bei der Aufforstung

Eineinhalb Jahrzehnte nach dem verheerenden Sturm „Wiebke“

Vor eineinhalb Jahrzehnten stand die mittelhessische Forstwirtschaft vor einem Chaos. Mit bisher nicht vorstellbarer Stärke und Häufigkeit richteten in der Zeit vom 25. Januar bis 11. März 1990 fünf Stürme Verwüstungen ungekannten Ausmaßes in Hessens Wäldern an. Rund 14,5 Millionen Festmeter Holz wurden geworfen, davon im Regierungsbezirk

Gießen allein 3,8 Millionen - fast das Vierfache eines normalen Jahreseinschlages. Hauptbetroffen waren das Rhein-Main-Gebiet, der Spessart, der Vogelsberg sowie der Taunus und das Lahn-Dill-Gebiet.

Was war die Ursache? Die Waldböden waren während des Winters nicht gefroren, und nach häufigem Regen bot der

weiche Boden nur noch unzureichenden Halt. Die wiederholten Stürme lockerten nach und nach das Wurzelwerk, als zum Ende der fünfwöchigen Sturmperiode die beiden stärksten Orkane "Vivian" und vor allem "Wiebke" auf die großflächig destabilisierten Wälder trafen. Die Folge: hundertjährige Buchen wurden geworfen und vor allem Fichtenbestände schwer geschädigt.



Gefährliche Arbeit: Aufarbeitung eines Windwurfs

Die Kapazitäten der inländischen Holzwirtschaft und die vorhandenen Transportmittel waren dem „Zwangsangebot“ in keiner Weise gewachsen. Über einen Zeitraum von drei Jahren wurde im Staatswald das noch verwertbare Holz vermarktet und zu einem großen Teil (rund 25%) ins Ausland exportiert. Ein Teil blieb auf den Flächen liegen, um kommunale und private Waldbesitzer vor einem völligen Marktverlust zu schützen, die darüber hinaus Beihilfen der öffentlichen Hand erhielten. Über 15 Millionen DM an Fördermitteln wickelte das Förderdezernat der RP-Forstabteilung ab.

Auf die Aufarbeitung folgte die Wiederbewaldung: insgesamt 5.000 ha Wald mussten wieder begründet werden! Infolge der Stürme verschoben sich die

Akzente hin zu mehr Stabilität und Vielfalt im Wald, damit zugleich zu größerer Anpassungsfähigkeit und Naturnähe. Die Forstabteilung des RP entwickelte entsprechende neue Konzepte (natürliche Wiederbewaldung, Mischung der Bestände), die schließlich Richtschnur für die Schadflächenaufforstung wurden. Zudem kam es in den extrem trockenen Sommern 1990 und 1991 zu Massenvermehrungen der Borkenkäfer in den geworfenen Nadelbäumen. Aufbauend auf den ersten Erfahrungen, wurden schließlich vom Borkenkäfer besiedelte Befallsherde rechtzeitig vor dem Früh-

jahr ausgeräumt; der Einsatz von Insektiziden war nur als „letzte Möglichkeit“ vorgesehen. Nach 15 Jahren sind heute die unmittelbaren Schäden weitgehend bewältigt und die Freiflächen wieder bewaldet - geblieben sind aber aufgerissene Waldränder, ein Risiko für Folgestürme!

Die Begleitung des destabilisierten Ökosystems Wald sieht die Obere Forstbehörde des Regierungspräsidiums als eine vorrangige Aufgabe an. Dies fließt in die Genehmigungen der forstlichen Betriebspläne im Nichtstaatswald und die forstfachlichen Stellungnahmen und

Genehmigungen bei der Inanspruchnahme von Wald oder bei Vorhaben in Waldnähe ein. Zugleich gilt es, die gesamte Komplexität des Naturraums Wald der Öffentlichkeit zu vermitteln und transparenter zu machen. Dies deckt sich glücklicherweise mit der ausgeprägten und fundierten Auseinandersetzung interessierter Bevölkerungskreise mit Fragen von Natur und Umwelt.

Volker Heuser
Dez. 53.3

- 18.02.1991 Als Projekt der Mittelhessenrunde werden mehrere Bände eines Kulturatlases Mittelhessen herausgegeben; im April folgt als weiteres Projekt ein Buch über „Mittelhessen“, und im September wird das Transferzentrum als Bindeglied zwischen Industrie und Forschung der drei mittelhessischen Hochschulen auf Initiative der Mittelhessenrunde gegründet.
- 12.03.1991 Beginn des Forschungsprojekts Lahn. (*siehe Beitrag*)
- 14.03.1991 Planfeststellung des Weiterbaus der B 3a; sie wird in den kommenden Jahren zum größten Teil fertig gestellt (*siehe Beitrag*)
- 07.06.1991 Auf einem Erörterungstermin für die beantragte Auskiesung in der Lahnaue wird heftig gestritten; die Auskiesung wird schließlich abgelehnt
- 14.06.1991 Die RP-Regionalplanung stimmt dem Standort Holzheim für eine Deponie des Landkreises Gießen zu.
- Juli 1991 Um die beabsichtigten Freizeitnutzungen am Artalsee bei Bischoffen beginnen langjährige Diskussionen.
- 13.12.1991 Das RP legt fest, dass weitere Trinkwasserförderungen im Vogelsberg – u. a. bei Inheiden, Queckborn und Lauter-Wetterfeld) erst auf der Basis neuer Gutachten entschieden werden.

Ziel: Ein „guter Zustand“ der Gewässer

Die Renaturierung der Lahn und ihrer Nebengewässer

Bestimmte in früheren Zeiten eher das schnelle Ableiten des Wassers das wasserbauliche Handeln, richtet sich seit Mitte der 80iger Jahre der Fokus verstärkt auf eine Umwelt schonende Gewässerunterhal-

tung und Renaturierung. Diese Wende im Umgang mit unseren Gewässern ist unter dem Begriff „Naturnahe Fließgewässer“ das neue Leitbild für zahlreiche Projekte, die unter Federführung des Regierungspräsidiums

oder mit tatkräftiger Unterstützung der Projektträger durch RP-Dezernate realisiert wurden.

Als Meilenstein für die Lahn ist das 1994 vom Regierungsprä-



Die neue Dill bei Niederscheld

sidium Gießen zum Abschluss gebrachte Lahnprojekt („Die Lahn – Ein Fließgewässerökosystem. Modellhafte Erarbeitung eines ökologisch begründeten Sanierungskonzeptes“) hervorzuheben. So ist das 2002 im Auftrag des RP Gießen erstellte Rahmenkonzept „Strukturverbesserung an der Oberen Lahn“ mit seinen innovativen Ansätzen zur Renaturierung eine umsetzungsorientierte Fortsetzung des wissenschaftlichen Lahnprojekts - eine „Serviceleistung“ des RP in Form einer Angebotsplanung für die Kommunen und andere Vorhabensträger.

Von den zahlreichen realisierten Renaturierungsprojekten seien beispielhaft die unter kommunaler Trägerschaft ausgeführte Reaktivierung eines Hochflutmuldensystems der Lahn zwischen Caldern und Sterzhausen, die Deichrückverlegung in Wehrda und der oberwasserseitige Anschluss des Bellnhäuser Altarms genannt. Auch die Straßenbauverwaltung beteiligte sich mit Kompensationsmaßnahmen für Straßenbau-Projekte, etwa mit

der Rekonstruktion alter Flussverzweigungen (Furkationen) bei Biedenkopf oder der Anlegung einer breiten Tiefau bei Cölbe, wo mit Lahn und Ohm zwei unterschiedliche Gewässertypen zusammentreffen.

Auch innerhalb von Ortslagen rückte das „Zurück zur Natur“ ins Blickfeld. So ließ die Stadt Marburg im Innenstadtbereich („Auf der Weide“) mehrere Seitenarme, Flutmulden und Inseln im Lahnvorland anlegen und wertete damit den ökologischen Zustand dieses Flussabschnittes nachhaltig auf.



Lahn-Verzweigung bei Ludwigshütte (Biedenkopf)

In den letzten Jahren wurden solche Umgestaltungsmaßnahmen – Schaffung vielfältiger und hochwertiger Auenstrukturen - verstärkt in die großflächige Reaktivierung von Aue – und Überschwemmungsgebietsflächen eingebunden. Hier zu nennen sind für die mittlere Lahn die Maßnahmen an der Weil - oberhalb der Ortslage Audenschmiede und im Stadtbereich Weilmünster - sowie an der Dill zwischen den Ortslagen Niederscheld und Burg.

Zugleich wurden zahlreiche Wehranlagen und Sohlabstürze, Zeugen der früher intensiven Nutzung der Lahn und ihrer Zuflüsse durch Landwirtschaft, Bergbau und Eisen verarbeitende Industrie, mit Fischaufstiegshilfen versehen, so dass die Lahn inzwischen über längere Strecken für Fische und andere wassergebundene Lebewesen wieder durchgängig passierbar ist.

An der mittleren Lahn sind beispielsweise die Weil von der Kreisgrenze Hochtaunus bis zur Mündung in die Lahn (~ 20 km), die Dill im Sommer 2006 von Dillenburg bis Mündung in die Lahn (~ 30 km), der



Die Kläranlage Gießen

gesamte Siegbach im Frühjahr 2006 bis zur Mündung in die Aar sowie der Elbbach von Hadamar bis zur Mündung (~ 12 km) gewässerökologisch durchgängig.

Heutige Gewässerrenaturierungen berücksichtigen sehr stark den individuellen Charakter des jeweiligen Gewässers und setzen auf dessen eigen-dynamische Entwicklungsfähigkeit. Nicht gestalten, sondern Prozesse kostengünstig initiieren sind aktuelle Strategien bei der Revitalisierung unserer Gewässer.

Seit dem Jahr 2000 ist die Europäische Wasserrahmenrichtlinie Grundlage der Gewässerbewirtschaftung. Ziel ist, die Qualität aller Gewässer zu verbessern und einen „guten Zustand“ zu erreichen. Die Wasserrahmenrichtlinie geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus: die Gewässer sind - unter aktiver Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen - von der Quelle bis zur Mündung und für das gesamte Flusseinzugsgebiet zu bewirtschaften.

(Weitere Informationen unter www.flussgebiete.hessen.de).

Verbesserung der Gewässergüte

Im Jahr 1976 war noch ca. die Hälfte aller hessischen Fließgewässer stark bis übermäßig stark verschmutzt (Güteklasse III und schlechter) - im Jahr 2000 betrug dieser Anteil nur noch 5%! Diese beeindruckende Verbesserung der Wasserqualität der Oberflächengewässer ist hauptsächlich dem flächendeckenden Bau von Abwasseranlagen zu verdanken. Waren 1981 lediglich 60% der hessischen Bevölkerung an zentrale Kläranlagen angeschlossen, werden jetzt die Abwässer fast aller Bürger (Anschlussgrad: 99%) nach dem aktuellen Stand der Technik gereinigt.

Für die Lahn diagnostizierten Experten noch Anfang der 90er Jahre im Rahmen ihrer Untersuchungen zum „Lahnprojekt“ eine zu starke Belastung mit Nährstoffen, insbesondere Ammonium, Nitrit und Phosphor. Durch die Erweiterung aller größeren Kläranlagen um die so genannte 3. Reinigungsstufe (Phosphor – und Stick-

stoffelimination) im Zeitraum von etwa 1989 bis 1998 konnten auch diese Belastungen reduziert werden.

Heute sind insgesamt 221 kommunale Kläranlagen aller Größenklassen im Regierungsbezirk Gießen in Betrieb (1981: 41 Anlagen); sie besitzen eine Behandlungskapazität von 1.690.000 Einwohnerwerten (1981: 570.000 EW).

Die mit einer Ausbaugröße von 207.000 EW größte mittelhessische Kläranlage in Gießen wird zurzeit mit Investitionskosten von ca. 22 Mio. € auf eine Kapazität von 300.000 EW erweitert. Durchschnittlich flossen zwischen 1995 und 2004 Jahr für Jahr 37 Mio. € in den Bau kommunaler Abwasseranlagen, die das Land Hessen mit einer Förderquote von 57% unterstützt hat.

Mit Hilfe dieser leistungsfähigen Kläranlagen werden über 90% der organischen Stoffe, ca. 89% der Phosphor- und 79% der Stickstofffrachten aus den Abwässern entfernt und so aus den Gewässern fern gehalten. Problematisch sind nach wie vor diffuse Einträge von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln aus der Landwirtschaft.

Die Beratung der Kommunen, die Zulassung und Überwachung der Abwasseranlagen bis hin zur Abwicklung der Landesfinanzierung und die Festsetzung der Abwasserabgabe umreißen hier das Tätigkeitsfeld der Oberen Wasserbehörde.

Herbert Diehl, Werner Gleim, Melanie Krause, Frank Reißig, Gabriele Rundnagel
Dezernat 41.2

250 Anhörungsverfahren für ein funktionierendes Straßenverkehrsnetz

Basis einer modernen Verkehrsinfrastruktur in Mittelhessen



Bau der Ortsumgehung Biedenkopf-Wallau (B 62)

Gut ausgebaute Verkehrsverbindungen sind für Bevölkerung und Wirtschaft unerlässlich. Nicht nur, um die heutigen Verkehrsströme zu bewältigen, sondern auch, um die Städte und Gemeinden von stark frequentierten Ortsdurchfahrten zu entlasten oder Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Ein prominentes Beispiel dafür ist der Neubau der B3a zwischen Gießen und Marburg.

Die technische Planung von Straßen ist in der Regel Aufgabe der Ämter für Straßen- und Verkehrswesen. Am Ende einer solchen Planung steht bei bedeutsamen Straßenbaumaßnahmen, z. B. dem Neu- oder Ausbau von Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, schließlich der sog. Planfeststellungsbeschluss des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Dazwischen gilt es, in einem umfangreichen Beteiligungsprozess zu prüfen, ob das Pro-

jekt mit allen öffentlichen Belangen, aber auch privaten Interessen in Einklang zu bringen ist. Dies geschieht durch ein - oft von öffentlichen Diskussionen begleitetes - Anhörungsverfahren, welches das Regierungspräsidium durchführt.

Angehört werden eine Vielzahl von Fachbehörden (beispielsweise des Natur- und Immissionsschutzes, Wasserbehörden, Landwirtschaftsbehörden oder die Forstverwaltung), die betroffenen Kommunen, die Landesnaturschutzverbände, weitere Verbände sowie Versorgungsunternehmen, deren Aufgaben bzw. Belange von der geplanten Straßenbaumaßnahme berührt werden.

Beteiligt werden aber auch die Bürgerinnen und Bürger, indem die Planunterlagen in den Kommunalverwaltungen öffentlich ausgelegt werden. Die Einwendungen und Stellungnahmen der Bürger sowie aller Träger öffentlicher Belange werden dann, gemeinsam mit dem Vorhabensträger, unter Leitung des RP in einem Erörterungstermin mit dem Ziel verhandelt, einvernehmliche Lösungen zu erreichen.

Die Anhörungsbehörde fasst die Ergebnisse mit einer abschließenden Stellungnahme zusammen und leitet diese Planvorlage dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung zu, das mit seinem Planfeststellungsbeschluss zugleich das Baurecht schafft.

Etwa 250 solcher Anhörungsverfahren für Straßenbauvorhaben hat das Regierungspräsidium Gießen in den letzten 25 Jahren durchgeführt, darunter beispielsweise so vieldiskutierte Projekte wie die Ortsumgehungen von Weilburg, Haiger und Herborn-Seelbach, Langsdorf und Hungen, Schwalmthal-Brauerschwend und Biedenkopf-Wallau, den Bau der B 3a Marburg-Gießen oder den weitgehend abgeschlossenen Ausbau der A 5. Die Investitionskosten dieser Projekte belaufen sich über diesen Zeitraum auf rund 1 Milliarde Euro!

Auch für den Ausbau des Schienenverkehrsnetzes führt das Regierungspräsidium derartige Anhörungsverfahren durch. Hier ragt vor allem das inzwischen mit Milliardenaufwand realisierte Großbauvorhaben „ICE-Strecke Köln-Frankfurt“ mit dem mittelhessischen Abschnitt zwischen Elz und Bad Camberg hervor.

Dirk Becker
Steffanie Börner
Dezernat 33

1992	Nachdem die Zahl der Asylbewerber stark angestiegen ist (damals über 300.000 jährlich, heute rund 60-70.000 bundesweit), gibt es heftige Diskussionen um deren Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, sowohl mit den unterbringungspflichtigen Kreisen als auch mit Anwohnern und Gemeinden. Besonderer Streitpunkt sind die Groß-Unterkünfte in früheren Kasernen in Gießen, Herborn und Marburg sowie im Schloss Dehrn bei Runkel. Zugleich hält die starke Zuwanderung von Aussiedlern an, für die das RP bis zu 12.000 Unterkunftsplätze angemietet hat; auch diese Zahl ist von damals fast 400.000 auf heute rund 75.000 zurückgegangen.
13.01.1992	Auf Initiative des Regierungspräsidiums wird der Kulturförderkreis Mittelhessen e. V. gebildet, der im folgenden Jahr den ersten Mittelhessischen Kultursommer ausrichtet (<i>siehe Beitrag</i>)
1992	Angesichts der emotionalen Diskussionen gründet Regierungspräsident Bäumer einen „Runden Tisch Ausländerfragen“ im RP, dem u. a. Polizeipräsident Manfred Meise, Vertreter der Kirchen, des Ausländerbeirats u. a. angehören.
Aug. 1992	In der früheren Sixt-von-Arnim-Kaserne in Wetzlar werden rund 400 Flüchtlinge aus dem bosnischen Bürgerkriegsgebiet untergebracht.
17.09.1992	Im Marburger Schloss findet eine Mittelhessen-Konferenz statt.
04.11.1992	Erörterungstermin zur Deponie Arzbachtal bei Kirchhain-Großseelheim; die Planung wird später fallen gelassen.
16.12.1992	Veranstaltet vom „Runder Tisch Ausländerfragen“ im RP Gießen, findet in Gießen angesichts der Gewaltwelle gegen Ausländer und Asylbewerber eine Demonstration „Für Toleranz und gegen Gewalt“ statt; sie stößt mit 20.000 Teilnehmern als bis heute größte Demonstration in Mittelhessen auf starken Zuspruch. Zeitgleich wird ein entsprechender, Partei übergreifender Aufruf in allen Zeitungen Mittelhessens veröffentlicht, den u. a. der RP, die Landräte und Oberbürgermeister, Vertreter der Kirchen, des Kulturlebens, des Militärs, verschiedene Landtagsabgeordnete, Minister und andere prominente Persönlichkeiten aus Mittelhessen unterzeichnet haben.

Von „Kultur am Fluss“ bis „grenzenlos“

60 Gemeinden machen jedes Jahr beim Mittelhessischen Kultursommer mit



„Love Song Contest“ 2004 in Marburg

Zu einem festen Bestandteil und zu einem Begriff des sommerlichen Kulturlebens in der gesamten Region ist er mittler-

weile geworden, sein Bekanntheitsgrad hat sich von Jahr zu Jahr gesteigert, die Zahl der beteiligten Kommunen auf stets rund 60 Städte und Gemeinden vergrößert, und rund 30.000 Kulturinteressierte besuchen die Veranstaltungen, ebenso wie ihn die regionale Presse mit gesteigerter Aufmerksamkeit verfolgt: die Rede ist vom seit 1993 stattfindenden Mittelhessischen Kultursommer.

In dieser Zeit hat sich der Kultursommer als ein neues Modell nicht-institutionalisierter kultureller Breitenförderung in Mittelhessen profiliert und das kulturelle Leben zwischen Limburg und Lauterbach, Bad Camberg und Biedenkopf inspiriert. Jährlich wechselnde inhaltliche Schwerpunkte spiegeln sich im jeweilige Motto wider: 1993 „Kultur am Fluss“, 1994 „Kultur auf der Höhe“, 1995 „Kultur auf Tour“, 1996 „Theater auf Tour“, 1997 „Farben und Klänge“, 1998 „piano,



Ben Becker bei der Eröffnung 2004 im Dolce-Theater, Bad Nauheim

piano“, 1999 und 2000 „von hier aus“ und 2001 „Kunst in Bewegung“. Das Motto des 10. Kultursommers 2002 lautete nüchtern "Jubiläumsprogramm", 2003 folgte "im Duett", 2004 „Liebe“ und 2005 „grenzenlos“ – in 2006 wird das Motto „KonzerTanz“ lauten.

1992 wurde der „Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.“ auf Initiative des damaligen Regierungspräsidenten Hartmut Bäumer gegründet; seit 2000 führt der Trägerverein den Namen „Kultursommer Mittelhessen e.V.“, Vorsitzender ist seit 1995 Dieter Schormann aus Gießen, ebenso lange liegen Geschäftsführung und

künstlerische Leitung in den Händen von Sybille Atzbach.

Als Teil der hessischen Landeskulturpolitik verfolgt der Verein zwei Ziele: Die Förderung von Kultur in ihren vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten in der Region Mittelhessen einerseits sowie andererseits durch Förderung neuer Projekte und Initiierung kultureller Veranstaltungen eine Identifikation der Menschen mit ihrer Region zu ermöglichen ("Kultur aus der Region - Kultur für die Region").

Das Programm umfasst sowohl Musik aus allen Bereichen der "Weltmusik" (Irish-Folk, Musik der Sinti und Roma, spanische Gipsymusik, Jazzkonzerte, klassische Konzerte) als auch Theateraufführungen, Lesungen, Ausstellungen u. dgl.

Zahlreiche internationale Künstler waren zu Gast auf den Bühnen Mittelhessens, zugleich konnten viele originelle Projekte regionaler Künstler mit Hilfe des Kultursommers umgesetzt werden. Der Verein gibt über Seminare auch praktische

Hilfestellungen und verleiht seit 2000 jährlich den Kulturpreis Mittelhessen.

Finanzielle Basis des Vereins sind insbesondere die Förderung durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie Mittel der Sparkassen - Kulturstiftung. Hinzu treten Mitglieds- und Unterstützungsbeiträge der Landkreise, sowie der Städte Gießen, Marburg und Wetzlar; ferner finden einzelne Veranstaltungen in der Regel Förderung durch örtliche Sponsoren und die Gemeinden.

Als „Highlights“ der Veranstaltungsreihe erweisen sich stets die an wechselnden Orten stattfindenden Auftaktveranstaltungen, bei denen Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt ihr Publikum in der Region finden.

Sybille Atzbach
Intendanz/ Geschäftsführung
des Kultursommers Mittelhessen

29.01.1993	Das RP bemüht sich vergeblich um die Gründung eines Mittelhessischen Verkehrsverbunds.
25.03.1993	Nach heftiger Diskussion um angebliche Krähen-Angriffe auf Lämmer lässt das RP den Abschuss einzelner Vögel („Vergrämungsabschuss“) zu.
11.06.1993	In Elz findet unter reger öffentlicher Aufmerksamkeit der Erörterungstermin im ICE-Raumordnungsverfahren statt (<i>siehe Beitrag</i>)
1993 ff.	Diskussion um die Trassenführung für die Ortsumgehungen Biedenkopf-Wallau und Herborn-Seelbach mit Bildung von Bürgerinitiativen.
15.10.1993	Bundesweite Resonanz findet die vom RP bundesweit erstmals untersagten Tierversuche zu Ausbildungszwecken an der Universität Marburg.

1993	Beginn der bis heute anhaltenden Defizitproblematik bei den Landkreisen.
01.12.1993	Das Land gibt die Steubenkaserne Gießen, Schloss Dehrn (Runkel) und die Aartalkaserne Herborn auf; auch die Bosnienflüchtlinge (Sixt-von-Arnim-Kaserne Wetzlar) werden dezentral untergebracht. Die Diskussion um Asylbewerber beruhigt sich in der Folgezeit allmählich.
09.12.1993	Beginn der bau- und immissionsschutzrechtlichen Diskussion um Mobilfunksendeanlagen.
17.12.1993	Das Regierungspräsidium, die Lahn-Waschkies-GmbH und die Gemeinde Heuchelheim besiegeln in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag das Ende der Auskiesungen in der Lahnaue bei Heuchelheim (<i>siehe Beitrag</i>)

Auch das gab es ...

Eine Airbus-Entführung und ein RP-Dementi

In den Jahren 1992 und 1993 schlug das Asyl-Thema hohe Wellen, Medien und Öffentlichkeit reagierten besonders sensibel auf besondere Geschehnisse. So auch auf das Heimweh eines 20-jährigen Äthiopiens, der einen Asylantrag gestellt hatte, dem RP Gießen zugeteilt, von dort dem Lahn-Dill-Kreis zugewiesen und schließlich in einer Unterkunft in Dietzhölztal untergebracht wurde. Wo dann Heimweh aufkam, und nach sechs Monaten zog er seinen Asylantrag zurück und wollte nach Hause, hatte aber kein Geld für den Rückflug. Seine Sozialbetreuer wandten sich routinemäßig an eine internationale Organisation, die u. a. Programme für die Rückführung von Flüchtlingen anbietet, und erhielten von dort ein Flugticket Frankfurt-Addis Abbeba. Damit schafft man es normalerweise nicht bis in die „Heute“-Nachrichten des ZDF. Doch das Heimweh des jungen Mannes war nicht so stark, dass er den direkten Weg nehmen wollte: er kaperte über Österreich die Lufthansa-Maschine und dirigierte sie via Hannover nach New York, wo er sich ergab. In den „Heute“-Nachrichten hieß es daraufhin, er sei dem RP Gießen als Asylbewerber zugeteilt gewesen und mit einem „von den Behörden geschenkten Ticket“ geflogen. Was hier zu zahlreichen kritischen Anfragen führte, musste flugs die RP-Pressestelle dementieren. „Nicht geschenkt, sondern (s. o.) von einer nicht-staatlichen Stelle gesponsert“, hieß es sinngemäß. Aber auch dieser Genfer Organisation wird der „Umweg“ des 20-Jährigen nicht genehm gewesen sein.

Manfred Kersten
Pressestelle

Schutz und Nutzung der Lahnaue

Beispiel erfolgreicher Kooperation zwischen Bürgern und Behörden

Zwischen Gießen und Wetzlar ist das Lahntal so breit wie nirgends sonst. Wer hier nördlich des Flusses spazieren geht, trifft auf ausgedehnte Auenwiesen, prägende Einzelbäume und zahlreiche Wasserflächen mit einem überwältigenden Reichtum an brütenden oder rastenden Vogelarten. Mit über 200 ha Größe ist das heutige „Naturschutzgebiet Lahnaue“ eines der größten in Mittelhessen. Es kam auf ungewöhnlichem Wege zustande.

Am 17.12.1993 schloss das Gießener Regierungspräsidium mit einem dort Kies gewinnenden Unternehmen und der Gemeinde Heuchelheim einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, mit dem die jahrzehntelange Auskiesung beendet sowie die Rekultivierung und künftige Flächennutzung vereinbart wurde.

Die Geschichte eines eskalierenden Nutzungskonflikts

Denn in der Lahnaue wurde seit den 60er Jahren Kies

gewonnen, und bis Mitte der 80er Jahre waren bereits große Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung verloren gegangen. Nicht alle Kieslöcher konnten wieder verfüllt werden, so dass immer mehr Wasserflächen entstanden. Lange Zeit war diese Entwicklung mit der Planung einer Regattastrecke verknüpft. Mit wachsender Ausdehnung der Abbauflächen formierte sich dagegen seit Anfang der 80er Jahre Widerstand vor Ort, und ehrenamtli-

Teil der Lahnaue und zuletzt ausgekieste Flächen. Foto: K.-H. Göbel



cher Naturschutz, Landwirtschaft und ortsansässige Bevölkerung schlossen sich 1987 zu einer Bürgerinitiative „Rettet die Lahnaue“ zusammen, deren Ziel sich schließlich auch die kommunale Politik anschloss: den Kiesabbau zu stoppen und die Lahnaue als wertvolle, über Jahrhunderte gewachsene Kulturlandschaft zu erhalten.

Bürgerwille im Vordergrund, Naturschutz als Problemlöser

Die Landesregierung beauftragte schließlich das Regierungspräsidium, eine rechtlich ein-

wandfreie Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Die Obere Naturschutzbehörde war nun als Koordinator mit der Vermittlung zwischen den widerstrebenden Parteien und der Suche nach einer naturschutzfachlich sauberen Lösung gefordert. Ergebnis: die Aue sollte großflächig als Naturschutzgebiet mit der Möglichkeit begrenzter landwirtschaftlicher Nutzung ausgewiesen werden. Dreh- und Angelpunkt dieses Gesamtkonzepts war der eingangs genannte öffentlich-rechtliche Vertrag, der schließlich zwi-

schen dem Auskiesungsunternehmen, der Gemeinde Heuchelheim und dem Regierungspräsidium geschlossen wurde und nur noch begrenzte abschließende Auskiesungen vorsah. Das Land Hessen erwarb 45 ha Fläche, die das Unternehmen bereits angekauft hatte, und seit Ende 1996 werden die Abbauflächen weitgehend der natürlichen Entwicklung überlassen.

Heute ein multifunktionaler Landschaftsraum

Durch die vielfältigen Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen ist im Lahntal zwischen Gießen und Wetzlar eines der artenreichsten Vogelschutzgebiete Hessens entstanden; insgesamt 251 Vogelarten wurden hier bereits nachgewiesen! Die südlich der Lahn gelegenen wassergebundenen Freizeit- und Erholungseinrichtungen werden von den Bewohnern der angrenzenden Städte in vielfältiger Weise genutzt, während die Naturschutzverordnung in dem nördlich gelegenen Auenbereich Wanderern exklusive Naturbeobachtungen ermöglicht. Die Landwirte halten mit den vereinbarten Nutzungen die für den Hochwasserschutz wichtigen Flächen – die Aue wird regelmäßig überflutet und ist ein bedeutender Retentionsraum für die Lahn – offen. Dass diese Nutzungen heute konfliktfrei verlaufen, hat viel mit der Entstehung des Naturschutzgebiets und der weit reichenden Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Behörden zu tun.

Karl-Heinz Göbel
Burkhard Böttcher, Dez. 53.3

Mit 280 km/h durch den „Goldenen Grund“

Das Raumordnungsverfahren für die ICE-Neubaustrecke war ein Paradestück erfolgreicher Bündelung



Lahntalquerung bei Limburg, Foto: DB Netz AG

Das Jahr 1993 stand für das Regierungspräsidium ganz im Zeichen seines Kerngeschäfts als Bündelungsbehörde. Denn im Rahmen eines seit Jahren vorbereiteten Raumordnungsverfahrens galt es, nahezu alle Abteilungen des Hauses als Verfahrensbeteiligte in einen Abstimmungsprozess einzubeziehen: Die insgesamt 178 km lange ICE-Strecke zwischen Köln und Frankfurt betraf über eine Länge von rund 26 Kilometern auch den mittelhessischen Raum. Die DB-Neubaustrecke war und ist dabei nicht nur für die beiden Städte Köln und Frankfurt mit ihren jeweiligen Ballungsräumen von Bedeutung, sondern zugleich auch das Herzstück der Fernverbindung Paris – Mailand.

Für Mittelhessen, im südwestlichen Landkreis Limburg-Weilburg von der Trasse betroffen, stand viel auf dem Spiel. Um angesichts der massiven Beeinträchtigungen

für Natur und Landschaft, aber auch für die Menschen in betroffenen Ortslagen überhaupt eine Akzeptanz herstellen zu können, war ein ICE-Bahnhof in Limburg und die Verknüpfung mit der Lahntalbahn Koblenz-Fulda aus Sicht der Behörde unverzichtbar. Der vom 21. bis 23. Juni in Elz anberaumte Erörterungstermin stand nicht nur in dieser Frage unter keinen guten Vorzeichen. Nur wenige Wochen zuvor nämlich hatte die Bahn völlig überraschend dem Land Rheinland-Pfalz einen ICE-Bahnhof im benachbarten Montabaur zugestanden, was einen weiteren nahen Bahnhof in Limburg schier unmöglich erscheinen ließ. Außerdem führte die Bahn voreilige Grundstücksverhandlungen mit Hausbesitzern, die von der favorisierten Trasse besonders beeinträchtigt worden wären - und das Ganze noch vor Erörterung und Abschluss des Raumordnungsverfahrens als eigentlichem

„Trassenfindungsverfahren“. Dafür gab es einen „Rüffel aus Gießen für die Bahn“, wie die Nassauische Neue Presse am 22. Juni 1993 titelte.

Schließlich - nach zähen, aber auch fairen Verhandlungen – wurde neben dem Trassenkorridor auch der Haltepunkt Limburg mit stündlichem Halt der ICE-Züge verbindlich festgelegt, ebenso dessen Verknüpfung mit dem regionalen Schienennetz. Der exakte Trassenverlauf wurde in fünf nachfolgenden Planfeststellungsverfahren innerhalb von nur 13 Monaten ebenfalls durch das Regierungspräsidium detailgenau bestimmt, wie auch 75 Enteignungsverfahren weitgehend einvernehmlich abgeschlossen wurden.

Der nachfolgende, rund 6 Mrd. € teure Bau gilt als das größte Einzelprojekt der deutschen Eisenbahngeschichte. Und: Seit August 2002 fahren die ICE's mit rund 280 km/h durch Westerwald und „Goldenen Grund“ - und dank großer Eignigkeit in der Region fahren sie nicht an Mittelhessen vorbei. Rund 2000 Fahrgäste nutzen heute pro Tag den Anschluss, und am ICE-Bahnhof Limburg ist in nächster Nähe zur A 3 und zur B 49 ein Gewerbegebiet in allerbesten Lage entstanden.

Gudrun Baum
Seinerzeit Dezernat 31
(Regionalplanung)

1993/94	Mit den betroffenen Gemeinden gibt es erhebliche Diskussionen um bauliche Einschränkungen in Folge der neuen Landschaftsschutzgebiets-Verordnung Hessischer Westerwald und Gladenbacher Bergland.
13.04.1994	Abschlusspräsentation des wissenschaftlichen Lahn-Forschungsprojekts in Gießen.
24.06.1994	Auf einer Pressekonferenz in Fürfurth wird der neue Radwegeführer Lahn, ein Projekt der Mittelhessenrunde, vorgestellt; um den Lückenschluss zwischen Villmar und Aumenau gibt es bis heute anhaltende Diskussionen (<i>siehe Beitrag</i>).
07/1994	Kontroverse Diskussionen wegen der Inanspruchnahme von Natur und Landschaft gibt es um die geplanten Ortsumgehungen Reiskirchen (B 49) und der B 252 nördlich von Marburg.
02.11.1994	Das RP ordnet die Mitbenutzung der Deponie Aßlar (Lahn-Dill-Kreis) für den Hausmüll aus dem Landkreis Gießen an.

Erfolgsstory Lahn-Radwanderweg

Einer der beliebtesten Radfernwege Deutschlands



Eine mustergültige Beschilderung leitet zum Tagesziel.

Radwandern liegt seit Jahren im Trend, und unter den Radfernwegen sind die Flusstalwege besonders beliebt. So auch der 240 km lange Lahntal-Radwanderweg, der älteste Fernradweg Hessens. Seit 15 Jahren nimmt er einen enormen Aufschwung – Erfolg der Zusammenarbeit der Lahntalgemeinden, der Touristiker und der Behörden.

Am Anfang stand die Mittelhessenrunde, deren Mitglieder einen grenzüberschreitenden Radweg an der Lahn vereinbart hatten. 1988 gibt es erstmals eine einheitliche Beschilderung, und 1994 gründet sich die Lahntal-Kooperation der Touristiker - von der Quelle in NRW über (Mittel-)Hessen bis zur Mündung in den Rhein bei

Lahnstein (Rheinland-Pfalz). Und es erscheint der erste Radwanderführer für das Lahntal, vorgestellt am 24. Juni 1994 in Fürfurth nahe Weilburg. Etliche Trassenabschnitte werden in den Folgejahren verbessert, eine mustergültige Beschilderung angebracht und ein aktualisierter Radwegeführer aufgelegt.

Der Erfolg bleibt nicht aus: Eine Untersuchung der Gießener Universität ermittelt 2001 rund 240.000 Radwanderer pro Jahr. Im Oktober 2002 gründet sich der Lahntal-Tourismus-Verband, wird ein touristisches Infrastruktur-Konzept erarbeitet und ein Radwander-Flyer auf den Markt gebracht. Auch Seitentäler der Lahn, z. B. Weiltal und Kerkerbachtal, werden durch Radwege erschlossen.

Vor der Realisierung steht zur Zeit der Ausbau des letzten fehlenden Talabschnitts über fünf Kilometer zwischen Villmar und Aumenau auf Wirtschaftswegen und dem früheren Lein-



Radwanderer vor der Burg Runkel

pfad; dieser überaus reizvolle Abschnitt wird den letzten Umweg „über den Berg“ entbehrlich machen.

Laut ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) gehört der Lahntal-Radwanderweg inzwischen zu den zehn beliebtesten Radfernwegen in Deutschland. Die Zahl seiner Besucher dürfte in den nächsten Jahren die 300.000er-Marke überschreiten. Ein Projekt, zu dem das Regierungspräsidium Gießen (Mittelhessenrunde, Regional-

planung, Obere Naturschutzbehörde) wesentlich beigetragen hat.

Wir danken dem Lahntal-Tourismus-Verband für die Fotos und seine freundliche Unterstützung bei diesem Beitrag.

Manfred Kersten
Pressestelle

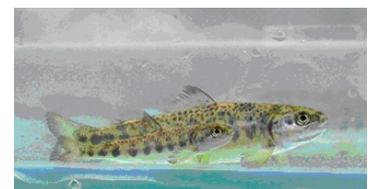
- 16.02.1995 Im RP Gießen informieren sich 15 Regierungspräsidenten über die hausinternen Reformen.
- 03.03.1995 Rege Aufmerksamkeit findet das Verfahren um die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in Maispflanzen durch die Firma Hoechst AgrEvo bei Wölfersheim, die das Robert-Koch-Institut Berlin schließlich genehmigt.
- 13.10.1995 Die RP-Polizeidernate richten eine „AG Moldau“ zur gezielten Bekämpfung der Brachial-Kriminalität osteuropäischer „Tresorknackerbanden“ ein.
- 03.11.1995 An der Dill und in der Weil werden unter reger öffentlicher Aufmerksamkeit erstmals 24.000 Jung-Lachse ausgesetzt (*siehe Beitrag*)

Der Lachs kehrt zurück

10 Jahre Lachsbesatz im Lahnsystem

Ein ganzer Berufszweig, die Rheinfischer, lebte bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts vom Atlantischen Lachs. Der Lachsbestand im Rhein muss einmal unfassbar groß gewesen sei, berücksichtigt man die Fangmethoden von damals: Jahresfänge von 250.000 Exemplaren, wie noch um 1885 am deutschen Rhein dokumentiert, waren keine Seltenheit.

Als vor gut 18 Jahren die Wiederansiedlung des Lachses im Rheinsystem begann, hat sicher wohl kaum jemand erwartet, dass sich dieses Vorhaben zum größten Artenschutzprojekt Deutschlands entwickeln würde. Zu ehrgeizig klang das Ziel: Kann man eine so empfindliche Fischart in einer derart hoch entwickelten Industrieregion wieder zum Bestandteil der heimischen Tierwelt werden lassen?



Junglachse (5-10 cm)

Alles begann 1986 mit einer Katastrophe im Chemieunternehmen Sandoz in Basel am Rhein, als hoch giftiges Löschwasser zu einer Umweltkatastrophe mit Millionen toter Fische führte. Als eine Folge

davon entwarfen die Rhein-anlieger Frankreich, Schweiz, Luxemburg, Deutschland und die Niederlande das Aktionsprogramm „Lachs 2000“.



Hälteranlage in Aumenau

Nachdem sich Anfang der 90er Jahre erste Erfolge mit rückkehrenden laichwilligen Lachsen in der Sieg (NRW) zeigten, startete auch Hessen unter der Führung der Oberen Fischereibehörde im RP Gießen 1995 zusammen mit Rheinland-Pfalz ein ehrgeiziges Lachsprogramm für die Lahn. Ziel: Sich selbst reproduzierende Lachspopulationen in Dill und Weil sowie im rheinland-pfälzischen Mühlbach aufzubauen.

Das wissenschaftlich begleitete Projekt konnte nur mit tatkräftiger Unterstützung der vielen ehrenamtlichen, zu Lachswarten ausgebildeten Helfer der Interessengemeinschaft Lahn (IG Lahn) vor Ort umgesetzt werden.



Mitglieder der IG Lahn mit zwei kapitalen Lachsen in Lahnstein

Die ersten 25.000 Lachse wurden 1995 in Nebenflüssen der besonders geeigneten Dill und in der Weil ausgesetzt. Sie wandern nach 1-2 Jahren ins

Meer, um dann nach weiteren 2-3 Jahren zum Laichen zurückzukehren. Der erste Rückkehrer wurde 1997 in Lahnstein, unterhalb der noch unpassierbaren Staustufe, nachgewiesen. Die Gesamtzahl der äußerst schwierig zu registrierenden Lachse liegt derzeit bei 44 Exemplaren. Allein im abflussarmen Herbst 2003, als die Befischungsbedingungen sehr günstig waren, wurden 15 adulte Lachse gefangen.

Um eine prinzipielle Eignung als Laichgewässer zu dokumentieren, wurden im Jahr 2000 in Lahnstein gefangene Lachse in den Mühlbach, einen Lahnzuffluss in Rheinland-Pfalz, verbracht. Im folgenden Sommer gelang der Nachweis natürlich aufgekommener Lachse.

Seit 2001 werden die vor Lahnstein gefangenen genetisch wertvollen Elterntiere in die gemeinsam mit Rheinland-Pfalz gebaute Lachshälteranlage nach Villmar-Aumenau gebracht. Hier werden die Tiere bis zum Abstreifen der Eier durch die Lachswarte der IG Lahn nach Geschlechtern getrennt in großen Rundstrombecken gehalten und zum Zeitpunkt der Eireife künstlich vermehrt, um so einen Teil der Besatzfische für die folgende Saison zu erhalten.

Damit alle Fischarten ihre jahreszeitlich bedingten Wanderungen auch wieder hindernisfrei vollziehen können und die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auch fristgerecht erfolgen kann, investiert das Land Hessen Millionen von Euro aus dem Programm „Naturnahe Fließgewässer“, der Ausgleichsabgabe und der Fischereiabgabe in den Flüssen des Landes.



Naturnahes Lachsgewässer: die Weil unterhalb Weilmünster

Allein für Mittelhessen weist die Bilanz der letzten zehn Jahre eine stolze Zahl von 104 Fischaufstiegsanlagen mit einem Bauvolumen von rund 7 Mio. Euro auf. Bis aber alle großen Hindernisse aus dem Weg geräumt sind und der Anschluss an den Rhein wieder hergestellt ist, werden noch einige Jahre ins Land gehen. In Lahnstein soll in einem neuen Fischpass eine Fang- und Kontrollstation integriert werden, um möglichst alle aufsteigenden Lahnlachse zu registrieren.

Seit 1990 sind über 2.400 erwachsene Lachse nachweislich den Rhein hinauf gewandert, davon 700 durch den neuen Fischpass an der Staustufe Iffezheim, 700 km vom Meer entfernt! Noch können die Lachse nicht ohne menschliche Hilfe und Besatz auskommen, doch in den Nebenflüssen des Rheins vermehren sich die Lachse bereits auf natürliche Weise, u. a. auch in der hessischen Wisper, einem Rhein-Zufluss aus dem Taunus!

All dies gibt Anlass zur Hoffnung, auf stabile Wildlachspopulationen im Rheinsystem bis zum Jahr 2020 und damit auch in der Lahn, die mit rund 60 Prozent ihrer Länge durch Mittelhessen fließt.

Walter Fricke
Dezernat 53.2.

28.03.1996	Das Regierungspräsidium gibt einen viel beachteten Leitfaden für das öffentliche Vergabewesen heraus.
03.07.1996	Das RP legt den ersten ICE-Bauabschnitt zur Planfeststellung vor; die übrigen folgen 1996/97.
12.12.1996	Nach Erarbeitung eines Leitbilds, der Einführung eines Verfahrens-Controllings sowie von Zielen und Mitarbeitergesprächen erhält das RP Gießen als erstes Regierungspräsidium den renommierten „Speyer-Preis“ der dortigen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (<i>siehe-Beitrag</i>)
19.12.1996	Im Zuge der neuen Landschaftsschutz-Verordnung „Auenverbund Lahn-Dill“ ordnen künftig 36 Ein- und Ausstiegsstellen den boomenden Kanutourismus; die Vereinbarungen zwischen RP, Touristikern und Kommunen sind letztlich der Anstoß für zahlreiche strukturelle Verbesserungen im Lahn-Tourismus.

Schnelle Genehmigungsverfahren –

ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft

Die Wahrnehmung vieler Verantwortlicher außerhalb wie auch innerhalb der Verwaltung, dass Verfahrensabläufe insbesondere in umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren mitunter sehr zeitaufwändig sind und

behördliche Entscheidungen oft erst nach vielen Monaten oder Jahren getroffen werden, führte schon in den achtziger und besonders in den neunziger Jahren zu einer vehementen Diskussion über die

„Beschleunigung von Genehmigungsverfahren“.

Diese Diskussion veranlasste auch Bundes- und Landesgesetzgeber zu Aktivitäten, u. a. wurden entsprechende „Beschleunigungsgesetze“ auf den Weg gebracht.



Viele Vollzugsbehörden reagierten zunächst eher verhalten und sahen keinen Grund, bewährte Strukturen von heute auf morgen in Frage zu stellen. Bestärkt wurden sie in ihrer Haltung auch dadurch, dass auf konkrete Nachfrage bei Kritikern, welche Verfahren denn zu lange gedauert hätten, oft nur allgemeine und unklare Angaben gemacht wurden.

Auch im Regierungspräsidium war die Skepsis groß, als im Zuge einer behördenweit vom damaligen Regierungspräsidenten Hartmut Bäumer (1991-1999) initiierten internen Verwaltungsstrukturreformdiskussion das Thema „Beschleunigung von Genehmigungsverfahren“ auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Schließlich analysierte die Unternehmensberatung Kienbaum, Düsseldorf, im Auftrag der Behörde die Ist-Situation und erstellte 1994 ein Gutachten zur Optimierung von Zulassungsverfahren. Die darin enthaltenen Vorschläge wurden 1995 mit der Einführung eines Steuerungssystems für Bündelungsverfahren in die Praxis umgesetzt.

Für die wichtigsten 20 Verfahrensarten wurden Verfahrensbücher erstellt, mit deren Hilfe die Verfahrensabläufe standardisiert und transparent gestaltet wurden. Darauf basierende Verfahrenskonten gaben für jeden laufenden Einzelantrag Aufschluss über zeitliche Abläufe durch Ist/Soll-Vergleiche. Diese Verfahrenskonten bildeten gleichzeitig die Grundlage für eine statistische Auswertung der Verfahrensdauer in Bündelungsverfahren (Verfahren, in denen verschiedenste fachliche Aspekte geprüft und in einer Entscheidung gebündelt werden).

Für jede Verfahrensart wurden Verfahrensführer bestellt, die als Verantwortliche die Einhaltung der Standards und insbesondere die zeitliche Abwicklung überwachen sollten. Eine neu errichtete Stabsstelle Controlling schließlich hatte die Aufgabe, die Umsetzung insgesamt zu überwachen und die Behördenleitung und die Führungskräfte in regelmäßigen Berichten über die Entwicklungen zu informieren.

Anfangs gab es zunächst Unsicherheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angesichts dieser für die Behörde neuen Art der Kontrolle von Arbeitszielen bzw. -ergebnissen. Es bedurfte einiger Überzeugungsarbeit, um diese Vorbehalte abzubauen.

Doch die Erfolge dieses Steuerungssystems stellten sich schnell ein. Allein die Tatsache, dass zeitliche Vorgaben auch in solchen Verfahrensarten eingeführt wurden, in denen (anders als z. B. im Immissionsschutz) keine gesetzlichen Zeitvorgaben existieren, führte zu einem Beschleunigungseffekt - der, wie die aktuellen Berichte zeigen, auch nachhaltig ist.

Wichtig in dem Zusammenhang war auch die breite Streuung und Diskussion der jährlichen Controllingberichte, was in vielen Teilbereichen zu einer Art internen Wettbewerbs beitrug.

Der eingetretene Effekt lässt sich deutlich an folgender Tabelle erkennen:

Verfahrensart	Durchschnittliche Dauer 1995 (in Monaten)	Durchschnittliche Dauer 2004 (in Monaten)
Abweichungsverfahren nach Hess. Landesplanungsgesetz	12,93	6,19
Verfahren zur Festsetzung von Wasserschutzgebieten	212	47,33
Verfahren zur Erteilung von Wasserrechten zur Wasserförderung (gehobene Erlaubnis, Bewilligung)	53,88	17,05
Genehmigungen für Wasserversorgungsanlagen	6,66	1,76
Planfeststellungsverfahren für Maßnahmen zum Gewässer- bau	76,62	6,89
Genehmigungsverfahren für kommunale Abwasseranlagen	5,32	2,39
Verfahren zur Genehmigung von Sanierungsplänen bei Altlasten	3,70	1,15
Vereinfachte Genehmigungen nach dem Bundes- Immissionsschutzgesetz	3,66	2,02
Plangenehmigungsverfahren für Deponien	5,41	2,26
Anmeldeverfahren für gentechnische Anlagen bzw. Arbeiten	1,22	0,84

Auch im Rahmen des in Hessen seit 2000 laufenden Projekts „Umweltallianz“ spielt der Faktor Verfahrensdauer eine wichtige Rolle. Dies und die Entwicklungen im Zuge der in jüngster Zeit in der gesamten

Landesverwaltung eingeführten Neuen Verwaltungssteuerung führten dazu, dass die Grundzüge des beim Regierungspräsidium Gießen bereits existierenden Steuerungssystems landesweit für umweltrechtliche

Genehmigungsverfahren eingeführt wurden.

Adolf Laux
Seinerzeit Leiter der Stabsstelle Controlling

Februar 1997	Die BSE-Diskussion erreicht mit dem ersten hier auftretenden Fall Mittelhessen.
21.02.1997	Beginn der Diskussionen um die Trasse für die Ortsumgehung Weilburg.
06.03.1997	Bei einer Wertholzversteigerung der RP-Forstabteilung werden für einen Bergahorn 28.500 DM Erlöst.
24.11.1997	Das RP genehmigt die „Trockenstabilat“-Anlage der Firma Herhof auf der Deponie Aßlar.

Auch das gab es ...

Ein krähender Hahn...

...und ein salomonisches Urteil der RP-Bauristen

„Die Hühner dürfen bleiben, aber der Hahn muss weg“ – dieses „Urteil“ fällten die RP-Baujuristen nach intensiven rechtlichen Recherchen und Inaugenscheinnahme vor Ort in einem verzwickten Fall. Was war geschehen? Ein aus der heimischen Presse recht bekannter und bei Grundschulen beliebter „Hühnerdokter“ – ein echter Doktor – lag seit acht Jahren mit seinen Nachbarn in Fehde, weil sein Hahn tat, was alle Hähne tun: er krähte, und zwar lauthals. Der städtischen Baubehörde war der Disput schließlich zu viel, sie untersagte die Hühnerhaltung. Womit, qua Widerspruch des Doktors, die RP-Bauaufsicht ins Spiel kam. Diese entschied nach genauester Prüfung im Oktober 1997: Die Hühner dürfen bleiben, bis zu 20 zuzüglich Küken. Aber: Was früher gang und gäbe gewesen sei, sei auf Grund des „häufigen und durchdringend lauten Schreiens“ den Bewohnern eines allgemeinen Wohngebiets (heute) nicht mehr zumutbar – der Hahn müsse weg! Kleines Trostpflaster: er müsse (und dürfe) nicht zwingend ständig im Garten gehalten werden, könne aber gelegentlich zu den Hühnern gelassen werden. Eine salomonische Entscheidung, die in den Medien lebhaften Widerhall fand. Ob sie auch den Hühnern passte, blieb unbekannt.

Manfred Kersten
 Pressestelle

1998	Für Bootswanderer werden zur Orientierung und Lenkung im gesamten Lahnabschnitt Tafeln mit den wichtigsten Informationen aufgestellt (<i>siehe Beitrag</i>).
23.01.1998	Die Zahl der Aussiedler in Übergangwohnheimen des RP ist von 13.500 auf 3.900 gesunken.
16.03.1998	Die Verfahrenssteuerung zeigt Wirkung: In nur fünf Wochen genehmigt das RP eine 60-Mio-Investition bei Krupp Thyssen Nirosta in Dillenburg.
09.04.1998	Nach verschiedenen Vorfällen gibt es öffentliche Diskussionen um „gefährliche Hunde“; in Marburg werden vermutlich für Hundekämpfe verwendete Kampfhunde beschlagnahmt und, da „nicht resozialisierbar“, eingeschläfert.
23.12.1998	Der neue Regionalplan Mittelhessen weist erstmals „Bereiche für Windenergienutzung“ aus; an vielen Standorten gibt es konträre Diskussionen (<i>siehe Beitrag</i>)

Die Lahn – Bootswandern im Mittelgebirge

Paradefall einer naturverträglichen „Steuerung durch Angebote statt Verbote“



Informationstafeln an allen Ein- und Ausstiegsstellen enthalten die wichtigsten Informationen zum Bootswandern, zum Naturschutz, über Sehenswürdigkeiten und die „Goldenen Regeln“.

Schon seit Jahrzehnten gilt die Lahn ob ihrer schönen Umgebung als Tipp für Bootswanderer und wegen ihres gutmütigen Dahinfließens auch als „familientauglich“. Zahlreiche Bootsvermieter haben sich dort angesiedelt. 1996 wurden große Teile des Lahntals unter Landschaftsschutz („Auenverbund Lahn-Dill“) gestellt - die wachsende Nutzung durch Bootswanderer schien zunächst im Widerspruch dazu zu stehen. Es kam aber ganz anders.

Schon zuvor hatte sich ein Arbeitskreis mit dem Thema befasst, und 1994 hatte das Gutachten „Sanfter Tourismus an und auf der Lahn“ von Achim Girsig, Leiter der „Frei-

zeitregion Lahn-Dill“, die großen Potentiale aufgezeigt. Die Landschaftsschutzverordnung nahm deren Gedanken auf: durch ein entsprechendes Angebot an Infrastruktur sollte das Bootswandern naturverträglich gestaltet und durch rund 50 Ein- und Ausstiegsstellen und Rastplätze gelenkt werden.

Nicht nur die Bootsvermieter waren zur Zusammenarbeit

bereit, auch die Lahn-Anrainerkommunen – nachdem es zunächst heftige Diskussionen gegeben hatte - erklärten sich bereit zur Mitarbeit. 1997 wurden ein Arbeitskreis Lahn bei Regierungspräsidium (Obere Naturschutzbehörde) gegründet und schließlich Informationstafeln an allen Ein- und Ausstiegsstellen errichtet, Informationsblätter für die Bootswanderer erarbeitet, Übernachtungsmöglichkeiten auf Camping- und Jugendzeltlagerplätzen auch für junge Kanufahrer ausgeweitet und anderes mehr. 2002 wird das mittelhessische Lenkungskonzept auch in Rheinland-Pfalz umgesetzt, und 2005 saßen erstmals alle Lahnge-

meinden von Marburg bis Lahnstein gemeinsam an einem Tisch.

Bootswanderer auf der Lahn können heute eine gut funktionierende Infrastruktur nutzen, und der Betrieb läuft auch an schönen Frühsommer- und Sommertagen, wenn Hunderte Kanuwanderer im Lahntal unterwegs sind, naturverträglich und ohne größere Reibungen ab. Die heimische Tourismuswirtschaft profitiert davon, und die Lahn hat mittlerweile bundesweit einen hervorragenden Ruf als Bootsrevier – zudem mit einer einmaligen Attraktion: dem einzigen Schiffstunnel Deutschlands in Weilburg.

Das Konzept, durch Angebote zu lenken anstelle von Verboten, war also ein Erfolg – sowohl für Kanubegeisterte als auch für den Landschaftsschutz.



Wir danken der Freizeitregion Lahn-Dill für die Fotos und ihre Unterstützung bei der Erstellung dieses Beitrags.

Manfred Kersten
Pressestelle

In Mittelhessen stehen 240 Windkraftanlagen



240 Windkraftanlagen sind derzeit (2005) in Mittelhessen in Betrieb und erzeugen eine Gesamtleistung von 240 Megawatt. Sie konzentrieren sich vor allem auf den waldfreien Mittelgebirgshochflächen mit hoher „Windhöffigkeit“, insbesondere im Hohen Vogelsberg (50% aller Windkraftanlagen Hessens) und im Westerwald.

Erneuerbare Energien wie Windkraft, Wasserkraft, Solarenergie und nachwachsende Biorohstoffe können nur dort genutzt werden, wo die Voraussetzungen wirtschaftlicher Nutzung gegeben sind. Um geeignete Standorte für die Windenergienutzung zu sichern und eine gewisse Konzentrationswirkung in der Landschaft zu erzielen, wurden im Regionalplan 1998 erstmals Vorrangflächen (Bereiche für Windenergienutzung) ausgewiesen. Dabei wurden verschiedene Kriterien angelegt, um unvermeidbare, nachteilige Auswirkungen in Bezug auf Lärmentwicklung, Orts- und Landschaftsbildbeeinträchtigung, Vogel- und Naturschutz weitgehend durch Mindestabstände und Bündelung in „Windparks“ zu verringern.

Unverkennbar ist, dass die Vorbehalte gegen Windräder in weiten Teilen der Bevölkerung eher zugenommen haben. Allerdings sind Konzepte, die erkennbar darauf ausgerichtet sind, Windkraftanlagen völlig auszuschließen („Verhinderungsplanung“), zum Scheitern verurteilt. Im Rahmen der derzeitigen Neuaufstellung des Regionalplans wird daher angestrebt, durch eine Erweiterung der Prüfkriterien die Errichtung von Windkraftanlagen noch differenzierter raumverträglich zu steuern.



Auf der Grundlage der Verpflichtungen der Weltkonferenz von Rio de Janeiro und der Weltklimakonferenz von Kyoto besteht aber in Bund und Land politischer Konsens, die Umweltbelastung durch Klima gefährdende Gase aus der Energienutzung deutlich zu mindern und erneuerbare, emissionsarme Energiequellen zu fördern. Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil erneuerbarer Energien bei der Energieerzeugung bis zum Jahre 2015 in Hessen auf 15 % zu erhöhen – wozu die Windenergienutzung in erheblichem Umfang beiträgt.

Martin Krauß
Dezernat 31

Mai 1999	In der Erstaufnahmeeinrichtung Gießen (Rivers Barracks) werden Bürgerkriegs-Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen.
07.07.1999	Die einst umstrittene Insulin-Großanlage der Hoechst AG wird nach dem Gentechnik-Gesetz genehmigt.

14.02.2000	Die Zahl der nach Hessen zugewiesenen Aussiedler ist 1999 von 28.100 (1990) auf 7.400 gesunken.
22.03.2000	Die Regionalversammlung beschließt die östliche Herrwald-Trasse der A 49; ein Grundsatzbeschluss legt fest, dass die umstrittenen FOC (Factory Outlet Center = Fabrik-Direktverkaufszentren) nur in den Kernstädten der Oberzentren zulässig sind.
18.05.2000	Das RP startet das „Pilotprojekt Mittelrhein“; für die entsprechenden Gewässerabschnitte gilt künftig unter Federführung der RP-Abteilung Umwelt eine Disziplin übergreifende Betrachtung
08.11.2000	Das RP unterstützt maßgeblich die Stadt Gießen in ihrem Bemühen die Ansiedlung eines BMW-Werks, das schließlich in Leipzig errichtet wird.

05.01.2001	Das RP verkauft die als Fiskus geerbte „Alsfelder Nähfabrik“ und sichert damit 73 Arbeitsplätze (<i>siehe Beitrag</i>)
19.03.2001	Die „Marburger Rohstoffverwertung“ zieht nach langen Auseinandersetzungen mit Anwohnern in Lahntal den Antrag für eine thermische Anlage zur Verwertung von Kunststoffen aus Alt-Kfz („LISA 21“) zurück.
03.04.2001	In Wettenberg und Biebertal führen Verdachtsfälle auf Maul- und Klauenseuche infolge des sofort errichteten Sperrbezirks mit Desinfektionsschleusen zu erheblichen Einschränkungen im täglichen Leben (<i>siehe Beitrag</i>)
15.05.2001	Das RP präsentiert sich zusammen mit den Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel in Dietzenbach erstmals – und künftig jährlich - auf einem Hessentag.
19.06.2001	Die Fa. Buderus lobt die Behörde für das zügige Genehmigungsverfahren für eine Bremsscheiben-Gießerei in Breidenbach, die mit einem Investitionsvolumen von 43,5 Mio. DM rund 100 Arbeitsplätze sichert.

Das RP als Fabrikbesitzer

In Alsfeld ging es um den Erhalt von 70 Arbeitsplätzen

Einen seiner vermutlich ungewöhnlichsten Fälle schloss das Gießener Regierungspräsidium im Januar 2001 ab: die Nachlasssache „Firma Grünewald“ in Alsfeld.

Nach dem Tod des letzten Besitzers hatte das Land Hessen mangels Erben als Fiskus die Firma geerbt. Das Dezernat Hoheitsverwaltung stand vor

einer schwierigen und für die Verwaltung höchst ungewöhnlichen Aufgabe. Mit der Herstellung und dem Verkauf von Nachthemden, Pyjamas und Bademänteln hatte im RP niemand so rechte Erfahrung - es sind aber vor allem Nachtbekleidungen und Morgenmäntel, die die Firma in ihrem Nähsaal in Alsfeld herstellt und zusammen mit Importen an große Handelsketten vertreibt.

Zwei Millionen Teile werden jährlich produziert.

Selbst der damalige Vertriebsleiter und nunmehrige Firmenmitinhaber bestätigte dem RP, die Aufgabe mit viel Elan übernommen zu haben. Über drei Jahre hin wurde mit Hilfe einer Unternehmensberatung die im Übernahmzeitpunkt hoch verschuldete Firma soweit stabilisiert, dass sie im Jahr 2000 erstmals

wieder schwarze Zahlen schrieb und für Kaufinteressenten attraktiv wurde. Denn das Land wollte natürlich nicht auf Dauer Fabrikbesitzer bleiben!

Vorausgegangen waren umfangreiche Sanierungsarbeiten. Grundstücke wurden verkauft, Umschuldungen vorgenommen und sogar eine neue Produktionsstätte angemietet, um den Verkauf des Firmengeländes an den Vogelsbergkreis zum Zwecke einer Schulerweiterung als letzten und entscheidenden Punkt zu ermöglichen. Verkauft wurde die Firma schließlich zu gleichen Teilen an den damaligen Vertriebsleiter sowie einen der Hauptlieferanten des Unternehmens aus Bayern.

Die symbolische Schlüsselübergabe an die neuen Eigentümer erfolgte unter reger öffentlicher Aufmerksamkeit am 05. Januar 2001 durch Regierungspräsident Wilfried Schmied in Alsfeld.



Die eigentlichen Gewinner des Verkaufs aber waren und sind die 70 Beschäftigten der Firma, überwiegend Näherinnen. Denn es war im Verkaufsvertrag gelungen, den neuen Eigentümern eine zweijährige Beschäftigungsgarantie für die Belegschaft abzuhandeln. Auch die Beschäftig-

ten hatten durch die Ableistung unbezahlter Überstunden einen wichtigen Sanierungsbeitrag geleistet.

Die Firma Grünewald existiert weiterhin, auch wenn sie es auf dem bekanntlich schwierigen, mit „Billigimporten“ kämpfenden Textilsektor nicht leicht hat. Wenn auch nicht alle frei werdenden Arbeitsplätze wieder besetzt werden konnten, sind betriebsbedingte Kündigungen bis heute ausgeblieben.

Manfred Becker
Seinerzeit Dezernatsleiter
Hoheitsverwaltung

Maul- und Klauenseucheverdacht in Mittelhessen



Diese für die Hessische Veterinärverwaltung höchst alarmierende Meldung erreichte telefonisch am 03. April 2001 gegen 12:00 Uhr das Dezernat Veterinärwesen des Regierungspräsidiums. In einem Bestand in Krofdorf-Gleiberg waren 15 Schafe erkrankt und zeigten Symptome der Maul- und Klauenseuche (MKS). Dies löste bis dahin in Mittelhessen beispiellose Bekämpfungsmaßnahmen aus.

Was war der Hintergrund? Seit Februar 2001 wütete die MKS

in England, verbreitete sich über große Teile des Landes und auch in Rinder- und Schweinebestände. Zwischen dem 20. Februar und dem 30. September 2001 kam es zu 2030 Ausbrüchen, und von den englischen Veterinärbehörden mussten in über 10.000 Betrieben 4,2 Millionen Tiere getötet werden! Eine geordnete Entsorgung war nicht mehr möglich - unvergessen sind die Bilder brennender Scheiterhaufen von Tierkadavern. Ganze Regionen wurden nahezu von der Außenwelt abgeschnitten, Schulen geschlossen, Sportveranstaltungen abgesagt. Als die Seuche auch Frankreich und die Niederlande erreichte, war Deutschland unmittelbar bedroht und bereitete sich auf die mögliche Einschleppung vor.

Die MKS ist eine der schlimmsten Tierseuchen der Klautiere (Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen), leicht übertragbar auch durch Wind, Menschen, Fahrzeuge und somit schwer zu bekämpfen. Nur eine Tötung erkrankter Tiere kann die Gefahr stoppen, die Leitlinie aller Maßnahmen lautet daher *„rasch, eng und streng“* - also eine sofortige Sperre des Gehöftes und Ergreifen aller notwendigen Maßnahmen, um die Verbreitung des Virus zu stoppen.

Alle Krisenstäbe wurden am 03. April 2001 aktiviert, und das örtliche Krisenzentrum, dem die Hauptlast der Vor-Ort-Bekämpfung zukam, wurde in Gießen eingerichtet. Um das Gehöft wurde ein Verdachtssperrgebiet gebildet und angesichts vieler Fragen aus der Bevölkerung ein Bürgertelefon sowie ein Pressezentrum eingerichtet. Unter der Leitung des Gießener Landrats Marx wurden in

den folgenden vier Tagen bis zu 1.100 Personen eingesetzt. Der Sperrbezirk umfasste schließlich Krofdorf-Gleiberg, Launsbach, Wißmar, Vetzberg, Rodheim, Königsberg und Blasbach; dort standen 5.250 Klautiere.



Desinfektionsschleuse vor Krofdorf-Gleiberg

Für die Bevölkerung am auffälligsten waren die fünf Straßen-Desinfektionsschleusen, die an den Sperrbezirksgrenzen eingerichtet wurden. Den betroffenen Bürgern wurde damit ein hohes Maß an Einschränkung ihrer persönlichen Bewegungsfreiheit zugemutet.

21 Amtstierärzte aus ganz Hessen wurden zum örtlichen Krisenzentrum abgeordnet. Die Feuerwehren der betroffenen Gebiete und aus dem Umkreis führten zusammen mit Kräften des THW Desinfektionsmaßnahmen durch, Polizeikräfte sperrten Straßen, transportierten Proben und sicherten die Maßnahmen – sie alle sind hier im Detail, wie auch viele Ereignisse zwischendurch, nicht darstellbar.

Am 8. April 2001 kam schließlich die erlösende Information aus Tübingen: der MKS-Erreger konnte endgültig nicht nachgewiesen werden, und alle Sperren wurden aufgehoben. Die ursächliche Erkrankung konnte nicht diagnostiziert werden.

Insgesamt mussten 80 Tiere getötet werden. Die Kosten des

Einsatzes beliefen sich auf 687.000 DM, und vorsorglich waren für 1.200.000 DM Impfstoffe und Antigenreserven geordert worden. Die Kosten des MKS-Zuges in England – der zu spät erkannt wurde, bei dem ein "rasches, enges, strenges" Handeln nicht mehr möglich war und der somit "aus dem Ruder" lief – belaufen sich nach Schätzungen auf mehr als 5 Mrd. €

Im Zuge der intensiven Nachbereitung wurden in Hessen eine „Task Force Tierseuchenbekämpfung“ eingerichtet, detaillierte Maßnahmenkataloge ausgearbeitet, Übungen durchgeführt, und im RP-Katastrophenschutzlager in Wetzlar wird für ganz Hessen entsprechendes Material vorgehalten – u. a. auch für die Bekämpfung der im Herbst 2005 akut gewordenen Gefahr der Ausbreitung der sog. Vogelgrippe.

Dr. Erwin Brüne
Dezernat 54

22.05.2002	Das RP lehnt den Planfeststellungsantrag für die Deponie Holzheim (Kreis Gießen) endgültig ab (<i>siehe Beitrag</i>).
Juni 2002	Meldungen über gesundheitsgefährdende Rückstände im Schweinefutter (Januar) und Geflügelfutter (Juni) veranlassen intensive hessenweite Überprüfungen des RP-Futtermitteldezernats (<i>siehe Beitrag</i>).
16.08.2002	Das Katastrophenschutzdezernat des RP hilft mit Mensch und Material (u. a. mit 350.000 Sandsäcken) beim Elbhochwasser in Sachsen.
01.11.2002	Bei einer Gefahrgutkontrolle des RP wird einem Lkw mit einer Überladung von 242% (!) die Weiterfahrt untersagt.
Ende 2002	Mit Problemen in Heimen oder gar der Schließung von Heimen in Hessen rückt die Heimaufsicht, seit 2002 beim RP Gießen, wiederholt ins öffentliche Interesse (<i>siehe Beitrag</i>)

Von der Deponierung zur Wiederverwertung

Nach 25 Jahren landen nur noch 8% des Hausmülls auf Deponien



**Rekultivierung der Deponie Gießen-Allendorf:
Herstellung der Oberflächenabdichtung**

1980 lagerten die fünf mittelhessischen Landkreise ihre Siedlungsabfälle noch - ohne jegliche Vorbehandlung - vollständig auf Deponien ab. Dies hat sich inzwischen radikal gewandelt.

Mitte der 80er Jahre setzte der Trend zur Getrenntsammlung verwertbarer Siedlungsabfälle ein – manches Mal erst mit „sanftem“ Nachdruck aus den RP-Abfallwirtschaftsdezernaten. Von Biomüll über Glas, Papier, Pappe, Metall und später auch Kunststoffverpackungen wurden stets größere Mengen getrennt gesammelt und dann einer Verwertung zugeführt. Diese Entwicklung belegen die Zahlen für 2004 eindrucksvoll: Von der Gesamtmenge von 505.000 t Siedlungsabfällen werden heute 27% (136.500 t) als Wertstoffe und weitere 29% (147.000 t) als Bioabfälle wieder verwertet. Auch das Sperrmüllaufkommen (ca. 21.500 t) wird teilweise wieder verwertet. Von den

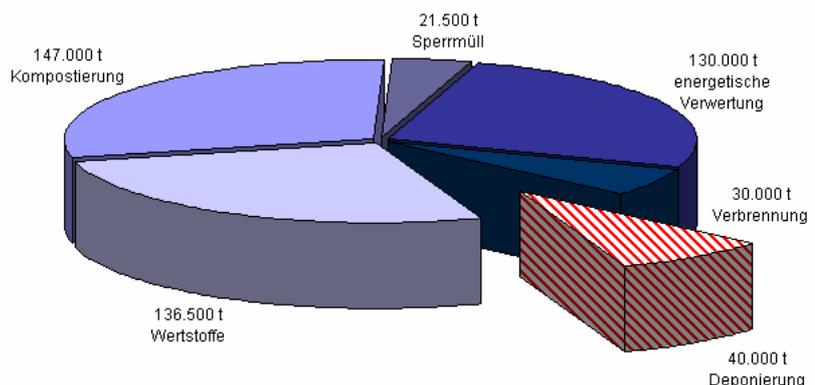
verbleibenden rund 200.000 t Hausmüll aus der grauen Tonne werden weitere 130.000 t mechanisch-biologisch so behandelt, dass sie energetisch – also als Brennstoff – genutzt werden können; 30.000 t werden ohne Vorbehandlung verbrannt, und nur noch etwa 40.000 t (2004) direkt auf Deponien abgelagert. Letzteres – Ablagerung ohne Vorbehandlung - ist seit dem 1. Juni 2005 infolge der Tasi (Technische Anleitung Siedlungsabfall) nicht

mehr zulässig.

Regelmäßiges Thema war die Abfallwirtschaft in den Schlagzeilen der letzten 25 Jahre, und häufig war vom bevorstehenden „Müllnotstand“ die Rede. Mehrere Landkreise waren in den 80er Jahren ohne eigene Mülldeponie oder auf der Standortsuche nach einer Nachfolgedeponie. Mit „Mitbenutzungsanordnungen“ musste das Regierungspräsidium eingreifen, um Entsorgungsnotstände zu vermeiden. Solche Anordnungen oder auf Druck der Behörde abgeschlossene Vereinbarungen benötigten vor allem die Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf; unfreiwillige Abnehmer waren der Lahn-Dill-Kreis (Deponie Aßlar), der Vogelsbergkreis (Deponie Bastwald) und der Landkreis Limburg-Weilburg, der zeitweise für das Rhein-Main-Gebiet seine Deponie in Beselich zur Verfügung stellen musste.

Wer erinnert sich nicht an die heftigen Bürgerproteste gegen die geplanten Deponiestandorte Pohlheim-Holzheim (Kreis

**Verwertung der Siedlungsabfälle in Mittelhessen im Jahr 2004
(alle Angaben in Tonnen)**



Gießen), wo es insgesamt 3.000 Einwendungen und u. a. den Versuch der Blockade von Standortuntersuchungen gab, sowie Arzbachtal im Amöneburger Becken (Landkreis Marburg-Biedenkopf) mit rund 6.000 Bürger-Einwendungen, die eine Woche lang in einer Halle in Kirchhain erörtert wurden! Beide Deponiestandorte wurden schließlich nicht realisiert, nachdem auf Grund der eingangs geschilderten Fortschritte letztlich auch kein Bedarf mehr bestand. Der Müllnotstand trat nicht ein.

So sind seit Mitte der 80er Jahre zahlreiche Kompostierungsanlagen entstanden und entlasteten die Deponien. Auch hier ging die Standortsuche nicht ohne teils heftige Diskussionen ab; neue Technologien sorgten aber für eine geruchsarme Verwertung der Kompostabfälle, wobei ein heimisches Unternehmen aus dem Lahn-Dill-Kreis marktführend war; dieses investierte schließlich auch in weitere zukunftsweisende Technologien der Abfallverwertung: das sog. Trockenstabilat-Verfahren mit nachgeschalteter Energiever-

wertungsanlage (EVA), realisiert u. a. auf der Deponie Aßlar.

Heute sind große Deponie- und Müllverbrennungsanlagen zuweilen bundesweit auf der Suche nach Müll, um ihre groß dimensionierten Anlagen wirtschaftlich betreiben zu können. Sogar aus Italien stammenden Abfall nahm eine heimische Deponie in jüngster Vergangenheit an – zulässig nach EU-Recht.

Adolf Laux
Abteilung IV Umwelt

Gesundes Futter - gesunde Tiere - gesunde Lebensmittel

Vorbeugender Verbraucherschutz bei Erzeugern, Verarbeitern und Großhandel

Meldungen über unzulässige, gesundheitsgefährdende Stoffe im Tierfutter (Januar: Nitrofen im Geflügelfutter, Juni: Antibiotika im Schweinefutter) schrecken die Verbraucher 2002 auf – sie reagieren äußerst sensibel auf solch alarmierende Nachrichten. Das Kontrollsystem der amtlichen Futtermittel-Überwachung hat in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen, dass Hessen von großen „Futtermittelskandalen“ weitestgehend verschont geblieben ist. Von Wetzlar aus führt das RP-Dezernat 51 diese Kontrollaufgaben bei Erzeugern, Verarbeitern und im Handel in ganz Hessen durch - mit jährlich rund 6.000 Analysen. Die überwiegende Zahl der Proben wird nach dem Zufalls-

prinzip, ohne konkreten Verdacht, gezogen. Sollte bei der Analyse im Labor ein verbotener Stoff im Futter festgestellt werden, wird umgehend reagiert: der Betrieb wird noch am selben Tag aufgesucht, entsprechende Futtermittel-Chargen werden sichergestellt und die Wege der Produktion und Verteilung über Ländergrenzen hinweg zurückverfolgt. Die BSE-Krise hat die EU veranlasst, für Vieh und Fleisch strenge Vorschriften für die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit zu erlassen. Wenn der Metzgermeister ein Stück Rindfleisch aus Deutschland anbietet, kann der Verbraucher sicher sein, dass es auch aus Deutschland stammt – auch dies ist Gegenstand der hes-

senweiten Überwachungstätigkeit des RP, ebenso wie die korrekte Einstufung der Schlachtkörper von Rindern und Schweinen in Handelsklassen. Dies stellt sicher, dass die heimischen Landwirte korrekt bezahlt werden und die Abnehmer fehlerfrei eingestufte und gekennzeichnete Ware erhalten. Ähnlich ist es bei Eiern und Geflügel. Registrierung und Kontrollen bei Packstellen, Erzeuger- und Handelsbetrieben stellen sicher, dass der Verbraucher sich auf die Angaben auf der Verpackung oder auf dem Etikett verlassen kann.

Dr. Werner Pohlmann
Dezernat 51.3

Beratung, Aufsicht und Unterstützung neuer Ideen

Der Heimaufsicht geht es um angemessene Lebensbedingungen in den Heimen

Bei Problemen in Heimen oder gar der Schließung von Heimen in Hessen rückt die Heimaufsicht bei den Versorgungsämtern und – seit 2002 – beim RP Gießen wiederholt ins öffentliche Interesse.

Dies gelingt nicht in allen Fällen, so dass eine Aufsicht sinnvoll und notwendig ist: sie ist kritischer Begleiter und gibt Impulse zur Qualitätsentwicklung.

kompetente Beratung meist schneller erreichen.

Führt die Beratung nicht zum Erfolg, werden notwendige Verbesserungen unter Fristsetzung angeordnet. Dennoch müssen in jedem Jahr auch Verstöße geahndet werden, etwa wegen baulicher Mängel (z.B. fehlender Notrufanlagen) oder personeller Unzulänglichkeiten (z.B. unzureichender Fachkraftausstattung). Letztes Mittel ist die Betriebsuntersagung, wenn die persönliche oder wirtschaftliche Zuverlässigkeit des Heimträgers nicht mehr gewährleistet ist.



Kontakt erwünscht: im Pflegeheim

Mehr als 1200 Einrichtungen nach dem Heimgesetz gibt es heute in Hessen: Altenwohnheime, Altenheime, (Alten) Pflegeheime und Heime für Menschen mit Behinderung. Doppelt so viele wie 1975 – eine Folge wachsender Lebenserwartung und sich verändernder familiärer Strukturen.

Heime sind Wirtschaftsunternehmen, die ein Höchstmaß an Fachkompetenz in der Pflege und Betreuung bei angemessenem Wohnraum zu vernünftigen Preisen bieten müssen.

Dafür verfügt das Team Heimgesetz in den sechs Ämtern für Versorgung und Soziales und beim hessenweit zuständigen Regierungspräsidium Gießen über Pflegefachkräfte, Sozialarbeiter(innen), Sozialpädagog(inn)en, Ernährungswissenschaftler, Verwaltungsfachleute, Juristen und betriebswirtschaftlich geschulte Kräfte. Ihre Priorität liegt in der Beratung, denn Verbesserungen im Interesse der Bewohner(innen), aber auch der Mitarbeiter lässt sich durch überzeugende fach-

Erfreulich ist in den letzten Jahren der Ideenreichtum zur Weiterentwicklung der (teil)stationären Alten- und Behindertenhilfe in Hessen, dem der Gesetzgeber durch die 2002 ins Heimgesetz aufgenommene „Experimentierklausel“ Rechnung getragen hat. Die Heimaufsicht begleitet konstruktiv die Entwicklung neuer Wohn- und Betreuungsformen, für die die Interessen und Bedürfnisse der Bewohner(innen) maßgeblich sind. Beispiele dieser Entwicklungen sind etwa Hausgemeinschaften, insbesondere für demenziell erkrankte Menschen, und die zunehmende Differenzierung klassischer Heime in überschaubare Wohngruppen.

Gunter Crößmann
Dezernat 62

17.01.2003	In der IHK Gießen wird, basierend auf einem Beschluss der Mittelhessenrunde, der Verein für Regionalmanagement für Mittelhessen „MitteHessen“ e. V. gegründet; den Vorsitz übernimmt Regierungspräsident Schmied (<i>siehe Beitrag</i>)
2003	Beginn des Abtrags der Sonderabfallhalde aus der Sprengstoffproduktion (Trihalde) in Stadtlenddorf; das Material wird in einer Anlage bei Leipzig unschädlich gemacht.
01.07.2003	Nach heftiger Kritik um die Amtsführung des Bürgermeisters ernennt das RP einen staatsbeauftragten Bürgermeister für die Gemeinde Gemünden (Vogelsbergkreis).
Okt. 2003	Beginn einer neuen Diskussionsphase um den A 49-Bau auf Grund neuerer Untersuchungen.

Der Verein MitteHessen stellt sich vor:

Mittelhessen – wir wachsen zusammen!



Der Vorstand von MitteHessen:

(sitzend) Landrat Robert Fischbach (Kreis Marburg-Biedenkopf), Regierungspräsident Wilfried Schmied, IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Leder, IHK-Geschäftsführerin Beate Hammerla; (stehend von links) Präsident Karl-Heinz Lust (IHK Wetzlar-Dillenburg), Oberbürgermeister Wolfram Dette (Wetzlar), Fachhochschulpräsident Prof. Dietrich Wendler (FH Gießen-Friedberg). Es fehlen: Hauptgeschäftsführer Harald Brandes (Handwerkskammer Wiesbaden), Bürgermeister Herbert Diestelmann (Alsfeld), Vorstandsvorsitzender Dr. Dagobert Kotzur (Schunk-Gruppe, Heuchelheim).

„Ich werbe mit Nachdruck dafür, dass Mittelhessen seine Chancen im starken Wirtschaftsraum Hessen wahrnimmt. Dazu gehört die Zusammenarbeit der Landkreise und Gemeinden, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Im Regionalmanagement MitteHessen e.V. sehe ich diese regionalen Interessen am besten aufgehoben. In nur drei Jahren hat unser Verein erste Erfolge erarbeitet und Vertrauen erworben. Erstklassige Fachleute aus vielen Wissensbereichen unterstützen uns dabei ehrenamtlich - dies wird sich in wichtigen Projekten in der Region niederschlagen. ‚Zusammenwachsen, um gemeinsam zu wachsen‘ ist dabei unser Credo!“, sagt Regierungspräsident Wilfried Schmied, seit Gründung am

17. Januar 2003 Vorsitzender von MitteHessen e.V.

MitteHessen bildet einen Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und will der Region ein eigenes Gesicht geben und durch einen gemeinsamen Auftritt die Stärken nach außen sichtbar machen. Derzeit ziehen 57 Städte, Landkreise, Kammern, Hochschulen und Unternehmen an einem Strang. Sitz des Vereins ist die Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg. IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Leder und IHK-Geschäftsführerin Beate Hammerla führen ehrenamtlich die Geschäfte des Vereins. „Ich sehe Mittelhessen als eine Region, in der viele junge Menschen zuziehen. Mittelhessen ist attraktiv, hat gute Universitäts-

ten, vielfältige Freizeitmöglichkeiten und bietet vor allem qualifizierte Arbeitsplätze“, so MitteHessen-Geschäftsführer Dr. Leder zum Potential der Region.

Jens Ihle, langjähriger Geschäftsführer der Basketball-Bundesliga-Mannschaft »Gießen 46ers«, der viele Kontakte in alle Teile der Region hat, ist seit Mai 2004 als Regionalmanager für MitteHessen tätig. „Ich bin ein leidenschaftlicher Vertreter der Netzwerkidee. Wenn wir uns in der Region gemeinsam den Herausforderungen stellen, können wir viel erreichen“, erklärt der Diplomkaufmann. Er erstellte gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Wirtschaftsförderung“ ein



Bildungsregion Mittelhessen:
Studenten der Fachhochschule Gießen-Friedberg

Markenprofil für die Region Mittelhessen, kümmert sich um die Öffentlichkeitsarbeit, das

Event-Management und betreut die derzeit dreizehn Arbeitskreise.

Innovationsregion

Die Photonik - die Übertragung und Verarbeitung von Informationen mit optischen und optoelektronischen Mitteln - ist ein herausragender Wirtschaftsfaktor und hat eine lange Tradition in Mittelhessen. Der Arbeitskreis „Photonik-Zentrum Wetzlar“ begleitete die inhaltliche Konzepterstellung. Am 1. Dezember 2005 wurde das Photonik-Zentrum gegründet.

Infrastruktur und Mobilität

Im Bereich Infrastruktur treibt der Arbeitskreis „A 49“ die Schließung der Lücke in der Autobahn A 49 von Kassel nach Gießen voran. Dies würde den Unternehmen genauso nützen wie die Ortschaften entlasten und damit auch der Umwelt dienen.

Bildungsregion

Der Arbeitskreis „Berufsschulen in Mittelhessen“ hat alle an der dualen Ausbildung Beteiligten der Region an einen Tisch zusammen geführt. Die Teilnehmer erarbeiten Lösungen, um zukunftsfähige Ausbildungswege in Mittelhessen voran zu entwickeln.

Die Mitglieder des Vereins arbeiten ehrenamtlich in Arbeitskreisen innerhalb der drei großen Projektbereiche "Bildung", „Infrastruktur“ und „Innovation“ zusammen. Dort tut sich Einiges: Den ersten mittelhessischen Gemeinschaftsstand auf der Gewerbeimmobilienmesse EXPO REAL in München mit 13 Standpartnern hat der Arbeitskreis „Wirtschaftsförderung“ verantwortet. Dort präsentierte sich vom 10.-12. Oktober 2005 die Region und vermarktete ihre Gewerbeflächen.

Mitglieder über ihren Beitritt bei MitteHessen:

Martin Richard, Bürgermeister der Stadt Limburg:

"Die Ziele des Vereins MitteHessen, insbesondere das umfassende und aktive Regionalmarketing, haben die Stadt Limburg zum Beitritt bewogen. Der erste Mittelhessentag im Frankfurter Flughafen war bereits ein erster Beweis der Leistungsfähigkeit der Mannschaft. Für Limburg bedeutender war die gelungene Werbeveranstaltung zum ICE-Bahnhof am 18. Januar 2005 in der Limburger Stadthalle, die eine große Wirkung in der Öffentlichkeit hatte. Danach sind die Kooperationen mit Fraport und der Deutschen Bahn zu Ansiedlungen im ICE-Gebiet und zur Steigerung der Fahrgastzahlen wieder intensiviert worden. Wir wollen strategische Partnerschaften und Kooperationen für gemeinsame Ziele. Der Erfolg der Region ist immer auch Erfolg für uns."

Wolfgang Bergenthum, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Gießen:

„Ganz im Sinne ihres öffentlichen Auftrags engagiert sich die Sparkasse Gießen traditionell für die Belange der Menschen und der Wirtschaft in der Region. Im Rahmen unserer praktizierten Wirtschaftsförderung sehen wir uns als einer der Beteiligten in einem regionalen Netzwerk, zu dem auch der Verein Mitte Hessen zählt. Mit der Vereins-Mitgliedschaft wollen wir unsere Zugehörigkeit zu diesem Netzwerk festigen und zeigen, dass wir auch in Zukunft ein verlässlicher Partner bei der Weiterentwicklung unserer Region sein werden.“

Rainer Noll, Geschäftsführer der Licher Brauerei:

„Wir als mittelhessisches Unternehmen haben uns für eine Mitgliedschaft beim Regionalmanagement MitteHessen e.V. entschieden. Wir begrüßen die Initiative zur strategischen Profilierung der Region über das hochrangige Netzwerk MitteHessen e.V. außerordentlich. Wir wollen unsere Mitgliedschaft aktiv gestalten und dabei helfen, die Ziele des Vereins zu realisieren.“



EXPO REAL 2005 - Messe München Pressebild - Foto: AlexSchelbert.de

Jens Ihle

Regionalmanager MitteHessen e. V.

Mehr Informationen unter <http://www.mittehessen.de/>

- 05.03.2004 Mit der Meldung einer vierten Tranche hält das RP die Meldung von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten an die EU für abgeschlossen (*siehe Beitrag*)
- 09-11.05.2004 Das Regierungspräsidium Gießen ist erstmals Gastgeber der Bundeskonferenz der Regierungspräsidenten; Höhepunkt ist der Empfang des Ministerpräsidenten im Kloster Arnsburg (Lich) (*siehe Foto*)
- 26.05.2004 Das RP ergreift die Initiative zur Herrichtung des früheren Lahn-Leinpfads zwischen Villmar und Aumenau als letztem großen Lückenschluss entlang der mittelhessischen Lahn.



24. Bundeskonferenz der Regierungspräsidentinnen und Regierungspräsidenten

- 1. Reihe v. l.: Regierungspräsident Karl Noltze (RP Chemnitz), Regierungspräsident Wilfried Schmiel (RP Gießen), Regierungspräsident Andreas Wiebe (Bezirksregierung Detmold), Regierungspräsident Hans Angerer (Regierung von Oberfranken), Regierungspräsident Werner-Hans Böhm (Regierung von Oberbayern)
- 2. Reihe v. l.: Regierungspräsidentin Renate Drewke (Bezirksregierung Arnsberg), Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle (RP Karlsruhe), Präsident Dr. Josef Peter Mertes (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier), Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger (Regierung der Oberpfalz)
- 3. Reihe v. l.: Regierungspräsident Ludwig Schmid (Regierung von Schwaben), Regierungspräsident Dr. Udo Andriof (RP Stuttgart), Regierungspräsident Dr. Henry Hasenpflug (RP Dresden), Regierungspräsident Lutz Klein (RP Kassel)
- 4. Reihe v. l.: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Regierung von Unterfranken), Regierungspräsident Hubert Wicker (RP Tübingen), Regierungspräsident Dr. Sven von Ungern-Sternberg (RP Freiburg), Präsident Hans-Dieter Gassen (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord), Präsident Dr. Klaus Weichel (Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd)
- 5. Reihe v. l.: Regierungspräsident Dr. Jörg Twenhöven (Bezirksregierung Münster), Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger (Regierung von Niederbayern), Präsident Peter Stephan (Landesverwaltungsamt Thüringen), Präsident Thomas Leimbach (Landesverwaltungsamt Halle), Regierungspräsident Gerold Dieke (RP Darmstadt), Regierungspräsident Jürgen Roters (Bezirksregierung Köln)

Auf dem Foto fehlen: Regierungspräsident Walter Steinbach (RP Leipzig), Regierungspräsident Karl Inhofer (Regierung von Mittelfranken), Regierungspräsident Jürgen Büssow (Bezirksregierung Düsseldorf)

NATURA 2000 - Europäisches Naturerbe in Mittelhessen

Mit der letzten Meldung im Jahre 2004 hat das Regierungspräsidium Gießen insgesamt 140 Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) mit einer Größe von 58.737 ha sowie 16 Vogelschutzgebiete in einer Größenordnung von 105.342 ha der EU für das Schutzgebietssystem NATURA 2000 vorgeschlagen. Diese ausgewählten und gemeldeten

Gebiete beheimaten aus europäischer Sicht schützenswerte Lebensraumtypen sowie Pflanzen- und Tierarten, deren „günstiger Erhaltungszustand“ bewahrt oder wiederhergestellt werden soll. Hierfür ist der jeweilige EU-Mitgliedsstaat auf der Grundlage der EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 sowie der Flora-Fauna-Habitat-

Richtlinie von 1992 verantwortlich.

Insgesamt umfasst die gemeldete „Gebietskulisse“ rund 23 % der Fläche Mittelhessens. Der darin enthaltene Flächenanteil der schützenswerten Lebensraumtypen oder Arten ist unterschiedlich hoch und beträgt im Durchschnitt 20 bis 30 Prozent.



Halbtrockenrasen auf der „Hörbacher Viehweide“ bei Herborn mit *Orchis morio.*
Foto: C.Wedra

Welche Verantwortung hat Mittelhessen bei diesem Schutzgebietsnetz?

Ohne den Einfluss des Menschen wäre Mittelhessen ein Waldland. Einst lockerten nur wenige waldfreie Bereiche wie Seen, Flüsse, Bäche oder Moore die landschaftsbeherrschenden Buchenwälder auf. Durch Jahrtausende dauernde menschliche Tätigkeit entstand, vor allem in der „Rodungsperiode“ zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert, eine reich differenzierte Kulturlandschaft mit einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensräume.

Zahlreiche dieser inzwischen gefährdeten Lebensraumtypen mit ihren zugehörigen Arten haben in unserer Region ihren Schwerpunkt.



Waldmeisterbuchenwald, weit verbreitet in Mittelhessen.
Foto: R.Kubosch

Artenreiche, extensiv bewirtschaftete Mähwiesen des Flach- und Hügellandes und artenreiche Bergmähwiesen in den höheren Lagen des Vogelsberges und Westerwaldes sind typische Vertreter dieser Lebensraumtypen, für deren Erhalt Mittelhessen aufgrund der landesweiten Verteilung eine besondere Verantwortung zukommt. Aber auch den Pfeifengraswiesen auf kalkreichen und lehmigen Böden und den

artenreichen Borstgrasrasen, die nur noch sehr kleinflächig vorkommen, gehört unser besonderes Augenmerk.

Aufgabe des Gießener Regierungspräsidiums ist es, den langfristigen Schutz der NATURA 2000-Gebiete durch naturschutzfachliche Pflege und Bewirtschaftungsmaßnahmen zu steuern und in Zusammenarbeit mit den Forstämtern und den Landkreis-Ämtern für den ländlichen Raum umzusetzen. Einzelne Maßnahmen zur Wahrung des günstigen Erhaltungszustandes von Lebensräumen oder Artenvorkommen führt in der Regel der Grundeigentümer durch; er kann hierbei durch das Land z. B. im Rahmen von Förderprogrammen unterstützt werden.

Franz Baier
Dezernat 53.3

03.01.2005	Das RP nimmt – bundesweit erstmals – eine Einbürgerung wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen zurück; der Fall findet überregional Interesse.
09.02.2005	Die Oberhessische Versorgungs-AG (OVAG) erhält eine Fördergenehmigung für das größte mittelhessische Wasserwerk in Hungen-Inheiden über 16,5 Mio. cbm Wasser, die als Modell für künftige naturverträgliche Grundwasserförderungen dienen soll (<i>siehe Beitrag</i>)
04.04.2005	Die RP-Landwirtschaftsdezernate „EU-Zahlstelle“ und „Zentraler technischer Prüfdienst“ haben in 2004 EU-Mittel in Höhe von 237 Mio. € ausgezahlt und die korrekte Verwendung überwacht.
17.-26.06.2005	Das RP präsentiert sich über zehn Tage auf dem Hessentag im heimischen Weilburg
05.07.2005	Die beiden vom RP Gießen betreuten hessischen Rettungshubschrauber „Christoph 2“ und „Christoph 7“ fliegen rund 2.700 Einsätze zu den bundesweit günstigsten Tarifen (<i>siehe Beitrag</i>)
11.08.2005	Der Einbruch eines Stollens einer früheren Erzgrube verursacht eine dreitägige Sperrung auf der B 49 Wetzlar-Limburg (<i>siehe Beitrag</i>)
05.09.2005	Das RP genehmigt das bundesweit erste Hochsicherheitslabor der Sicherheitsstufe S4 (höchste Stufe nach dem Gentechnik-Gesetz) an der Universität Marburg.
04.11.2005	Bei einer Stadt-Umland-Konferenz erreicht das Regierungspräsidium, dass die Stadt Gießen und die Umland-Gemeinden erstmals eine enge Zusammenarbeit bei der Erschließung eines großen Gewerbegebiets bei Lützellinden vereinbaren.

Trinkwasser für Rhein-Main...

...oder der mühsame Weg zu einer Umwelt schonenden Wassergewinnung im Vogelsberg



Feuchtgebiet „Mairied“

Der Vogelsberg, der größte inaktive Vulkan Europas, birgt reiche Grundwasservorkommen guter Qualität. In den Gipfellaugen bestehen seltene Hochmoore, und in zahlreichen Quellen, Bächen und Feuchtbiotopen leben anderswo längst ausgestorbene Gewässerorganismen wie der Edelkrebis oder die Flussperlmuschel. Aus dem Grundwasservorkommen werden aber auch durch die Oberhessischen Versorgungsbetriebe AG (OVAG) Hunderttausende von Menschen mit Trinkwasser versorgt: zu einem Drittel im Vogelsberg, zu etwa zwei Dritteln der Ballungsraum Rhein-Main.

Eine Trockenperiode in den 70er Jahren und eine erhöhte Förderung in den 80er Jahren führte zum Trockenfallen von Bachläufen und Feuchtgebieten und zu Setzungsschäden an Gebäuden. Bürgerinitiativen bildeten sich und die Naturschutzverbände wurden aktiv. Die Suche nach einer Lösung des Konflikts zwischen Landschaftsökologie und Sicherstellung der Trinkwasserversorgung lösten Mitte der 90er Jahre intensive Untersuchungen der Regierungspräsidien Gießen und Darmstadt sowie

des Hessischen Umweltministeriums über die Ursachen der Trockenschäden im Vogelsbergkreis aus. Umfangreiche Erhebungen flossen schließlich in ein Gutachten „Übergreifende Bewertung der Grundwasserentnahmen im Vogelsberg“ ein.

Das RP-Dezernat „Grundwasserschutz, Wasserversorgung“ legte dieses nun den folgenden Wasserrechtsverfahren zu Grunde. Intensive Projektarbeit zielte in dem ersten und größten Wasserrechtsverfahren für die Förderung im Wasserwerk Hungen-Inheiden darauf, durch offenen Informationsaustausch zwischen der OVAG und den Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden einen Konsens zu erzielen.

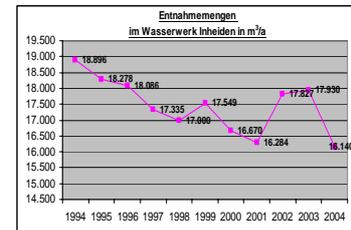


Wasserwerk Inheiden

Ende 2004 konnte schließlich mit allen Beteiligten, die seit Jahren in der „Großen Vogelsbergkommission“ zusammenarbeiten, eine weitgehende Einigung über das Ausmaß einer umweltverträglichen Grundwasserentnahme – 16,5 statt 18 Mio. m³ pro Jahr - und die künftige Fördersteuerung über eine Vielzahl an Indikatoren erzielt werden.

Mit diesem positiven Ergebnis werden viele besonders schützenswerte Feuchtgebiete wie

die „Gänsweid“ oder das „Mairied“ für die Zukunft gesichert sein, und das Verfahren „Inheiden“ steht nun Pate für die derzeit laufenden, ebenfalls bedeutenden Wasserrechtsverfahren für die Wasserwerke der OVAG „Rainrod“ und „Lauterwetterfeld“.



Erstmals werden auch die Regierungspräsidien als Genehmigungs- und Überwachungsbehörden Zugang zu einem mit Unterstützung des Landes Hessen aufgebauten wasserwirtschaftlichen Informationssystem (Förderbrunnen, Fördermengen, Grundwasserstände u. a. mehr) der OVAG via Internet erhalten, das künftig die zeitnahe Beobachtung der steuerungsrelevanten Grundwasserstände ermöglicht. Eventuellen negativen Trends (Unterschreitung vorgegebener Grenzgrundwasserstände) kann somit frühzeitig durch Reduzierung der Fördermengen begegnet werden.

Gerd Einloft
Manfred Serwe
Dezernat 41.1

Pro Jahr 2.700 Luftrettungen



Rettungseinsatz auf der Autobahn

Nach einem Unfall ist schnelle ärztliche Hilfe unerlässlich. Neben der Bodenrettung kommt der Rettung per Luft eine inzwischen nicht mehr wegzudenkende Rolle zu. Gerade im ländlichen Raum können Helikopter mit einer Geschwindigkeit von bis zu 240

Stundenkilometern sehr viel schneller am Unfallort sein als ein Rettungswagen.

Zwei der drei in Hessen eingesetzten Hubschrauber – Christoph 2 und Christoph 7 – stehen unter der Verwaltung des Regierungspräsidiums Gießen. Sie werden, in Kassel und Frankfurt stationiert, jährlich jeweils rund 2.700 Mal angefordert. Bereits diese Zahl belegt die Notwendigkeit ihrer Einsätze. Bei einem Einsatzradius von 60 km brauchen die „fliegenden Retter“ durchschnittlich 24 Minuten für Hin- und Rückflug und sparen damit wertvolle

Minuten, die Leben retten können. Christoph 2 in Frankfurt erreicht in 50 % der Anforderungen den Einsatzort innerhalb von zehn Minuten. Seinem Kasseler Pendant gelingt dies sogar in 70 % der Fälle.

Durch kostenbewusstes Handeln gelingt es dem Regierungspräsidium immer wieder, Christoph 2 und 7 zu den bundesweit günstigsten Tarifen fliegen zu lassen. Das gilt auch für Verlegungstransporte, die neben der vorrangigen Aufgabe, Notarzt und Equipment schnell an den Unfallort zu bringen, von den Hubschraubern durchgeführt werden.

Ralf Spieß
Dezernat 22

86 Betriebe unterliegen heute noch der Bergaufsicht

Eine Behörde mit außergewöhnlich langer Tradition

„Sperrung der B 49 bei Wetzlar Richtung Limburg“ – so hieß es am 20. Juli 2005 drei Tage lang in den Verkehrsmeldungen. Lange Staus rund um diese viel befahrene Verkehrsverbindung waren die Folge. Unter der Fahrbahn hatte sich plötzlich ein Hohlraum aufgetan, den die herbeigerufenen Fachleute des RP-Bergdezernats mit Hilfe alten Kartenmaterials schnell einordnen und damit eine zielgerichtete Schadensbehebung herbeiführen konnten: denn es handelte sich um einen Stollen einer früheren Grube namens „Eckstein“. Hierfür sind die im Dezernat verfügbaren Vermessungsunterlagen über den „Alt-

bergbau“ – die ältesten datieren um 1800 – von hohem Nutzen.



Das „Loch“ vom Juli 2005 auf der B 49.

Mittelhessen hat eine lange Bergbautradition. Die ersten Spuren finden sich schon um das Jahr 500 v. Chr., als keltische Stämme u. a. im Bereich der mittleren Lahn siedelten, dort Eisensteine sammelten und im Rennfeuer zu schmiedbarem Eisen schmolzen. Auch keramischer Ton wurde schon gewonnen. Zu jener Zeit bedurfte der Bergbau offenbar noch keiner speziellen Aufsichtsbehörde. Der erste Bergbeamte taucht erst in Urkunden und Akten der nassauischen Landesregierung im 16. Jahrhundert auf, aber eine flächendeckende technische Aufsicht durch fachlich entsprechend ausgebildete

Beamte sollte es erst rund 300 Jahre später – wegen der besonderen Gefahren des untertägigen Bergbaus - geben. Wegen der nach 1830 lebhaften Aufwärtsentwicklung des Bergbaus im Raum Weilburg schuf das Herzoglich-Nassauische Staatsministerium schließlich 1842 den Bergmeistereibezirk in Weilburg, Vorläufer des heutigen RP-Bergdezernats.

Im Zuge des damals bedeutenden Bergbaus beaufsichtigte die Bergmeisterei Weilburg im Jahre 1854 insgesamt 290 in Betrieb befindliche Gruben sowie 608 vorübergehend stillgelegte Betriebe. Der Bergbau war im Wesentlichen auf die Gewinnung von Braunkohle, Eisenerz, Blei, Zink, Kupfer, Mangan, Schwerspat, Dachschiefer, Walkelerde und Ton gerichtet. Die Bodenschätze wurden größtenteils auf der Lahn verschifft und gaben schließlich auch den Anstoß für den Bau der Lahntalbahn ab 1862.

Vor allem der Erzbergbau entwickelte sich damals aufwärts, und 1872 wurde mit 1.241.687 t

die Höchstförderung erreicht. In den Jahren 1930 bis 1940 erreichte der Bergbau wegen der Autarkiebestrebungen erneut ähnliche Größenordnungen (1.049.047 t Eisenerz im Jahre 1940), und auch nach dem 2. Weltkrieg hielt bis etwa 1963 eine Aufwärtsentwicklung an, als der Gegenwert der Erzförderung im Bergamtsbezirk Weilburg bei über 35 Mio. DM lag. Danach wurden die heimischen Erze nach und nach durch Importe ersetzt.

1997 wurde die hessische Umweltverwaltung neu organisiert und das Bergamt Weilburg als Dezernat Bergaufsicht Teil des Regierungspräsidiums Gießen. Heute reicht dessen Aufgabenspektrum von der Aufsuchung bestimmter Bodenschätze über deren Gewinnung und Aufbereitung bis zur Wiedernutzbarmachung bzw. Rekultivierung der Abbaubetriebe. Zwecks ganzheitlicher Betrachtung des Betriebsgeschehens hat das Bergdezernat auch Zuständigkeiten beispielsweise im Arbeitsschutz, Katastrophenschutz und medienübergreifenden Umwelt-

schutz, insbesondere im Immissions- und Strahlenschutz, im Gewässerschutz sowie bei der Abfallentsorgung.

Heute unterliegen 86 Bergbaubetriebe im Regierungsbezirk Gießen der Bergaufsicht. Hierzu zählen 35 Basalt- und Diabas-, 28 Ton-, 15 Quarzsand- und Quarzkies- sowie jeweils ein Kalkstein-, Bauxit- und Rotschiefer-Tagebau. Im Jahr 2004 produzierten diese insgesamt eine verwertbare Förderung von 7,8 Mio. t. Schließlich sind auch noch vier Besucherbergwerke und –höhlen zu nennen, und in jüngster Zeit ist die Genehmigung von Erdwärmebohrungen über 100 m Tiefe von wachsender Bedeutung.

Fred Weiß
Dezernat 44

Zahlen und Daten zum Regierungsbezirk Gießen

Landkreise	Gesamtfläche in km ²	Anteil Waldfläche in %	Einwohner (EW) am 30.06.2005	Bevölkerungsdichte EW/km ²
Gießen	854,62	34,3	255.801	299
Lahn-Dill	1.066,64	46,3	260.887	245
Limburg-Weilburg	738,36	33,6	176.039	238
Marburg-Biedenkopf	1.262,48	40,2	253.058	200
Vogelsberg	1.458,95	38,0	116.401	80
Reg.-Bez. Gießen	5.380,85	39,0	1.062.186	197

Universitäten:

Justus-Liebig-Universität, Gießen
 Philipps-Universität, Marburg

Fachhochschulen:

Gießen-Friedberg (Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften)
 Außenstelle Gießen der Verwaltungsfachhochschule
 Wiesbaden
 Marburg (Archivwesen)

Theater:

Stadttheater Gießen, Hessisches Landestheater Marburg

Kulturdenkmale:

Limburger Dom, Elisabethkirche Marburg, Wetzlarer Dom, Burg Greifenstein (in Greifenstein), Burg Gleiberg (in Wetttenberg), Schloss Braunfels (in Braunfels), Schloss Eisenbach (in Lauterbach)

Städtebaulich bedeutende Ensembles in den Städten:

Alsfeld, Amöneburg, Herborn, Schlitz, Weilburg

Autobahnen:

Frankfurt – Gießen – Alsfeld – Kassel (A 5)
 Hanau – Wetzlar – Dillenburg – Dortmund (A 45)
 Frankfurt – Wiesbaden – Limburg – Köln (A 3)

Bundesbahnstrecken mit überregionaler Bedeutung:

ICE Köln – Frankfurt (Haltepunkt Limburg)
 Frankfurt – Gießen – Marburg – Kassel
 Frankfurt – Gießen – Wetzlar – Siegen
 Koblenz – Limburg – Gießen – Lauterbach – Fulda

Entfernungen:

Gießen (Marburg) – Frankfurter Messe/Hauptbahnhof:
 60 (90) km
 Gießen (Marburg) – Flughafen Frankfurt: 70 (100) km
 Gießen (Marburg) – Kassel: 125 (85) km

Mittelgebirge:

Vogelsberg, Westerwald, Taunus

Senken:

Idsteiner Senke, Wetterau, Amöneburger Becken

Flüsse:

Lahn (gesamt 245 km), Dill (48 km), Ohm (40 km), Fulda (Randlage)

Medien:

13 mittelhessische Tageszeitungen
 Regionalstudio des Hessischen Rundfunks in Gießen
 Regionalstudio Radio FFH in Gießen



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt
Stand: 30. Juni 2004

Die Regierungspräsidenten von 1981 - heute

Knut Müller, Regierungspräsident von 1981 - 1987



Dr. Tilman Pünder, Regierungspräsident von 1987 - 1989



Dr. Alois Rhiel, Regierungspräsident von 1989 - 1991



Hartmut Bäumer, Regierungspräsident von 1991 - 1999



Wilfried Schmied, Regierungspräsident von 1999 - heute

